

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**„Food versus Fuel.
Der europäische (Agrar-)Imperialismus und seine
Auswirkungen auf Afrika“**

Verfasserin

Manuela Pichlmaier

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Stefan Brocza

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, ohne deren Unterstützung diese Diplomarbeit nicht möglich gewesen wäre.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern, *Sonja* und *Peter Pichlmaier*, die mich während meiner gesamten Studienzeit finanziell unterstützt haben, sowie meinem Bruder, *Lukas*, dessen emotionale Unterstützung und aufheiternde Worte über viele schwierige Phasen während des Schreibprozesses hinweggeholfen haben.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Verwandten, meinen Freunden sowie meinem Freund, *Edgard Tuatsop*, für die motivierenden Worte und die moralische Unterstützung, vor allem in der Endphase der Erstellung dieser Arbeit.

Ein besonderes Dankeschön gebührt auch meinem Betreuer, *Dr. Stefan Brocza*, der mich während des gesamten Schreibprozesses mit hilfreichen Ratschlägen, aufbauenden Worten und viel Engagement begleitet hat.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	7
Tabellenverzeichnis.....	8
Abkürzungsverzeichnis.....	9
1) Einleitung.....	13
1.1) Forschungsgegenstand und Forschungsinteresse	13
1.2) Forschungsfrage und Forschungsthese	17
1.3) Aufbau und Methodik.....	20
2) Theoretischer Rahmen	22
2.1) Die Imperialismusdebatte	22
2.1.1) Klassische Imperialismustheorien.....	24
2.1.2) Imperialismustheorien nach 1945	29
2.1.3) Die neuen Imperialismustheorien	35
2.2) Die Akkumulation des Kapitals- Rosa Luxemburg und ihre Theorie des Imperialismus	38
2.3) Akkumulation durch Enteignung. Der neue Imperialismus David Harveys	49
2.4) Food Regime Theorie	57
3) Die europäische Agrartreibstoffpolitik	63
3.1) Was ist Agrarenergie?- Eine Begriffserklärung	63
3.2) Agrartreibstoffe in der EU- Energiepolitik	67
3.2.1) Gründe für die Forcierung von Agrartreibstoffen in der EU – Die Europäische Energiestruktur.....	67
3.2.2) Die Agrartreibstoffpolitik in der EU.....	70
4) Ein Weltmarkt für Agrartreibstoffe	88
4.1) Die Entstehung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe	89
4.2) Strategie zur öffentlichen Akzeptanz der Implementierung der Biokraftstoffpolitik	92
4.3) Die Akteure hinter dem Biokraftstoffboom	96
4.4) Agrartreibstoffe im „Corporate Food System“ oder die Bedeutung der Biokraftstoffe für den Kapitalismus	100
4.5) Biodiesel, Bioethanol und Afrika – Ein wachsender Markt findet seine „Goldgrube“ oder Hoffnungsträger afrikanischer Regierungen.....	104
5) Die Auswirkungen der europäischen Expansionsbestrebungen im Agrartreibstoffsektor	108

5.1) Agrartreibstoffe, europäische Beimischungsziele und ihre Bedeutung für den aktuellen Land Grabbing Boom.....	109
5.1.1) Der Prozess der Landanpachtung am Beispiel Tansania	113
5.1.2) Die Rolle der europäischen Agrartreibstoffinteressen im aktuellen Land Grab Boom am Beispiel Tansania	114
5.2) Die Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffbestrebungen und ihren Folgeerscheinungen für die Landbevölkerung in den Anbauländern	117
5.2.1) Die Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffbestrebungen auf die Ernährungssicherheit	120
5.3) Hunger und gebrochene Versprechen- Die Auswirkungen europäischer Agrartreibstoffbestrebungen am Beispiel Sun Biofuels Ltd in Tansania	123
6) Schlussfolgerungen.....	128
Literaturverzeichnis:	132
Anhang.....	144
Zusammenfassung.....	145
Abstract.....	146
CURRICULUM VITAE.....	147

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EU Erdöl- und Erdgasimporte im Jahr 2008

Abbildung 2: EU Kohleimporte im Jahr 2008

Abbildung 3: Landnahmen nach Kontinent

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Endverbrauch an Biokraftstoffen in den Ländern der Europäischen Union im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen im Jahr 2010

Tabelle 2: Einflussreiche Akteure aus der Wirtschaft und des Finanzsektors die in Agrartreibstoffe investieren

Abkürzungsverzeichnis

ADM	Archer Daniels Midland Company
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik-Staaten (ACP- States)
Biofrac	The Biofuels Research Advisory Council
Bio- ETBE	Bio- Ethyl-tert-butylether
Bio-MTBE	Bio- Methyl-tert-butylether
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BP	British Petroleum
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
COPA-COGECA	Zusammenschluss aus COPA (Comité des organisations professionnelles agricoles/ Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) und COGECA (Comité général de la coopération agricole de l'Union européenne / Allgemeiner Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften)
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
EU	Europäische Union
EBTP	European Biofuels Technology Platform
EIB	Europäische Investitionsbank
ESCR	Economic, social and cultural rights
FAO	Food and Agriculture Organization of

	the United Nations
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
GMO	Genetically modified organism
IEA	International Energy Agency
IFC	International Finance Corporation
ILUC	Indirect Land Use Change/ indirekte Landnutzungsänderung
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung, Energie
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Ktoe	Kilotonne of Oil Equivalent
Maastricht ETO Principles	Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the area of Economic, Social and Cultural Rights
NGO	Non-Governmental Organisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development/ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries/ Organisation erdölexportierender Länder
PDF	Partnership Dialogue Facility
PGGM	Pension Fund for Care and Well-Being

PKA	Pensionskassernes Administration A/S
TIC	Tanzania Investment Center
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
USA	United States of America/ Vereinigte Staaten von Amerika
WTO	World Trade Organisation / Welthandelsorganisation

1) Einleitung

1.1) Forschungsgegenstand und Forschungsinteresse

Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand sind eng verbunden mit Energie.

Die benötigte Energie für den Aufbau und die wirtschaftliche Weiterentwicklung der europäischen Staaten wird lange Zeit, neben der Verwendung von Atomenergie, beinahe ausschließlich aus fossilen Energieträgern, also Kohle, Erdgas und Erdöl, bezogen.

Fossile Brennstoffe bringen allerdings ein Problem mit sich, für das es bis dato keine Lösung gibt- sie stehen dem Menschen nicht unendlich zur Verfügung.

Während der Bedarf an Energie weltweit steigt, verknappt sich das Vorkommen an jenen Energielieferanten, auf die die Wirtschaft aufbaut, langsam aber sicher.

Die Drastik der Problematik wird einem richtig bewusst, wenn man bedenkt, dass 33 der 48 bedeutendsten erdölproduzierenden Länder das Ölfördermaximum in der Vergangenheit bereits erreicht haben, was bedeutet dass sich ihre Ölvorräte aktuell also im Sinken befinden. (Vgl. Skarstein 2011: 60)

Diese Energieknappheit bringt, wenn man keine Lösung findet, desaströse Auswirkungen für die Wirtschaft und somit für den Wohlstand und die Entwicklung der Staaten mit sich. In weiterer Folge führt sie, wie man bereits heute sehen kann, zu politischen Spannungen und als Folge dessen zum Kampf um die verfügbaren Rohstoffquellen unseres Planeten.

Aber nicht nur die Verknappung der Vorkommen an fossilen Energieträgern wird zu einem immer größeren Problem, auch ihre negativen Auswirkungen auf die Umwelt stellen die Staaten immer mehr vor große Herausforderungen.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Suche nach alternativen Energiequellen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

In diesem Zusammenhang haben Kraftstoffe auf Pflanzenbasis in den letzten 2 Jahrzehnten beständig an Bedeutung gewonnen. Eine Zeit lang gelten sie sogar als eine

Art „Patentlösung“ für all die oben genannten Probleme. Umweltschützer, die seit Jahren gegen fossile Kraftstoffe und ihre negativen CO₂ Werte kämpfen, befürworten die nachhaltige Energiequelle anfangs wegen ihrer angeblich umweltschonenden Eigenschaften.

Staaten schätzen sie bis heute nicht nur der Umwelt zu Liebe, sondern vor allem auch weil sie das Potential in sich tragen, die immer näher rückende bedrohliche Energiekriege in Zukunft abzuwenden oder zumindest abzuschwächen.

Die Europäische Union nimmt mit der *Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor* (EU 2003), die eine Beimischungspflicht von Biokraftstoffen von 5,75 Prozent bis zum Jahr 2010 festlegt, eine Vorreiterrolle in der Förderung des neu entstehenden globalen Marktes für Agrartreibstoffe ein.

Mit der *Richtlinie 2009/28/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG* (EU 2009) erhöht sich der verpflichtende Beimischungssatz auf 10 Prozent.

Um dieses Ziel zu erreichen, reichen die Produktionskapazitäten im EU- Binnenmarkt, sowie jene der bis dahin genutzten Exportpartner Lateinamerika und Asien, alleine nicht aus.

Mit seinen weiten Landflächen und günstigen Wirtschaftsbedingungen gilt der afrikanische Kontinent als zukünftiger Hoffnungsträger des Energiepflanzenanbaus, und somit als vielversprechender Produktionsort des, als wichtigen Teil der Lösung des Problems des Klimawandels propagierten, Biokraftstoffs. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die positive Haltung, die afrikanische Regierungen gegenüber den Biokraftstoffvorhaben der europäischen Unternehmen einnehmen, in der Hoffnung dadurch die wirtschaftliche Situation ihrer Länder zu verbessern.

Doch seit dem in Kraft treten der Biokraftstoffrichtlinie hat sich viel getan.

In den letzten Jahren konnte beobachtet werden wie die Produktion der, für die Herstellung von Biokraftstoffen benötigten, Energiepflanzen zu Verdrängungseffekten führt.

Die Böden, die in der Vergangenheit bearbeitet wurden, dienten hauptsächlich als Anbaufläche für Nahrungsmittel. Mit dem nun vermehrt stattfindenden Anbau von Energiepflanzen erhöht sich der Bedarf an Ackerland und der Anbau von Nahrungs- und Futterpflanzen wird oft zu Gunsten der Energiepflanzen auf Böden verlegt, die bis dahin nicht landwirtschaftlich genutzt wurden.

Diese Entwicklung, auch indirekte Landnutzungsänderung oder ILUC genannt, führt dazu, dass neue Landflächen landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden müssen, eine Vorgehensweise die hohe Treibhausgasemissionen zur Folge hat.

Mittlerweile gibt es viele Studien und Arbeiten die sich mit den negativen Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen auf die Umwelt beschäftigen.

Auch die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren aus dem Jahr 2012 nimmt sich diesem Thema an.

Während der Umweltaspekt in Zusammenhang mit Biokraftstoffen bereits seit längerem breit diskutiert wird, wird den sozioökonomischen Konsequenzen von den Verantwortlichen verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt.

Dabei sind diese genauso gravierend wie das Scheitern der Reduktion der Treibhausgasemissionen, denn sie betreffen oft die Ärmsten der Gesellschaft.

Dennoch gibt es viele Befürworter der EU- Agrartreibstoffpolitik, sowohl seitens der Politik als auch der Wirtschaft. Bis zum heutigen Tag betreiben sie aktiv Lobbying für den Einsatz von Agrartreibstoffen.

Europäische Akteure sind, angesichts des enormen Profites, weiterhin bemüht das lukrative Geschäft am Leben zu erhalten, während Regierungen der Anbauländer teilweise immer noch auf positive Langzeitfolgen für ihre eigene Wirtschaft hoffen.

Trotz ernüchternder Ergebnisse im Bezug auf die Klimafreundlichkeit, und die oft verheerenden Konsequenzen für die Landbevölkerung der Anbauregionen, hält die Europäische Union an den Beimischungsverpflichtungen fest.

Zwar sieht es im November 2013 danach aus als würde die, in der *Erneuerbaren-Energien-Richtlinie* festgelegte, 10 Prozent Quote auf 6 Prozent gesenkt werden, dennoch scheint dies weniger in Hinblick auf die Lebensbedingungen der Menschen in den Anbaugebieten, als eher im Umweltschutzgedanken, und damit verbunden dem, immer größer werdenden, Druck der Kritiker, begründet zu liegen.

Die Frage, die mich schließlich dazu bewegte die Agrartreibstoffinteressen der EU zum Thema meiner Diplomarbeit zu machen, lautet: „aus welchem Grund?“

Aus welchem Grund forciert die Europäische Union Biokraftstoffprojekte obwohl deren Umweltvorteile, durch den Einsatz der derzeitigen Produktionsmethoden, bereits widerlegt wurden?

Aus welchem Grund sind die Beimischungsverpflichtungen in der *Erneuerbare-Energien-Richtlinie* dennoch mit 10 Prozent festgelegt?

Aus welchem Grund berücksichtigt weder die *Biokraftstoffrichtlinie*, noch die *Erneuerbare-Energien-Richtlinie*, noch der *Richtlinienvorschlag zur Biokraftstoffpolitik* aus dem Jahr 2012 die sozioökonomischen Konsequenzen der Biokraftstoffpolitik genug, um verbindliche Gesetzgebungen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung in die Richtlinien mit aufzunehmen?

Nach ausführlicher Beschäftigung mit der Thematik reifte der Entschluss, die EU-Agrartreibstoffpolitik, und damit einhergehend, die Praktiken europäischer Unternehmen, aus dem Blickwinkel der Imperialismustheorien Rosa Luxemburgs und David Harveys, sowie der Food Regime Theorie, zu betrachten und zu analysieren.

Der Wahl Afrikas als Fokusregion für diese Arbeit liegen zwei Ursachen zu Grunde. Zum einen hat sich die Beschäftigung mit dem afrikanischen Kontinent, unter anderem auch wegen der bewusst gewählten Fokussierung im Zuge der freien Wahlfächer, durch meine gesamte Studienzeit gezogen.

Zum anderen rückt der Kontinent in den letzten Jahren vermehrt ins Visier europäischer Biokraftstoffinvestoren. Eine Entwicklung, die ich persönlich als sehr alarmierend erachte und die, meiner Meinung nach, in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung findet.

Im Verlauf des Schreibens dieser Arbeit habe ich mich allerdings bewusst gegen ein ausführliches Länderbeispiel entschieden, da der Fokus meines Forschungsinteresses auf den Hintergründen der EU- Agrartreibstoffpolitik liegt.

Afrika ist ein Kontinent der Vielfalt. Die Fokussierung auf ein Länderbeispiel würde diesen Umstand, meiner Meinung nach, nicht gerecht werden.

Zwar sind die Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffinteressen von großer Bedeutung für diese Arbeit, weshalb sich auch Beispielen aus Tansania bedient wird um diese zu analysieren, der Fokus bleibt dabei aber immer auf den oben genannten Hintergründen, und nicht auf dem Land selbst. Dadurch wird es möglich, die Thematik unabhängig von bestimmten landesspezifischen Politiken, kulturellen Hintergründen oder sonstigen Einschränkungen, die eine zu große Beschäftigung mit einem Land mit sich bringen würde, zu analysieren.

Im öffentlichen Diskurs liegt der Fokus leider immer noch zu oft ausschließlich auf der Klimaproblematik sowie auf dem Scheitern der Möglichkeit, durch die Forcierung von Biokraftstoffen, zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen beizutragen.

Während die Wichtigkeit der Beschäftigung mit dieser Thematik, sowie einer realistischen Möglichkeit der Verschlimmerung des CO₂-Ausstoßes durch Produktionsmethoden, in denen sich die kapitalistische Profitgier der Unternehmen widerspiegelt, außer Frage steht, muss die Thematik meiner Meinung nach ganzheitlicher betrachtet werden.

Der Faktor Umweltschutz ist nicht der einzige, der die Forcierung von Beimischungspflichten in den letzten Jahren vorangetrieben hat.

Ich hoffe mit meiner Diplomarbeit dazu beizutragen, die dahinterliegenden Interessen etwas mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken.

1.2) Forschungsfrage und Forschungsthese

Die zentralen Fragestellungen dieser Arbeit, in denen die oben genannten Fragen zusammenlaufen, lauten daher:

- *Inwieweit sind die Entscheidungen, die die Europäische Union in Bezug auf ihre Agrartreibstoffpolitik trifft, von wirtschaftlichen Interessen geprägt?*
- *Inwieweit wirken sich diese Entscheidungen auf die Landbevölkerung in afrikanischen Ländern aus?*
- *Inwiefern manifestiert sich darin eine neue Art des Imperialismus?*

Während die oben genannten Fragestellungen maßgeblich zur Formulierung der Forschungsfragen dieser Arbeit beigetragen haben, bedarf es zu deren gewissenhaften Beantwortung, sowie zu einer logischen Gliederung, noch weiterer (Unter-) Fragen, denen im Zuge dieser Arbeit auf den Grund gegangen werden soll:

- Aus welchem Grund nehmen Agrartreibstoffe eine so große Rolle in der EU Energiepolitik ein?
- Wie sieht die aktuelle EU Gesetzgebung zu Agrartreibstoffen aus?
- Wie hat sie sich entwickelt?
- Welche Vorgaben für die Beimischung von Agrartreibstoffen gibt es aktuell?
- Wie kommt es zu der Entstehung des globalen Marktes für Agrartreibstoffe?
- Welche Interessen stecken dahinter?
- Welche Argumente werden vorgeschoben um die globale Ausbreitung des Anbaus von Energiepflanzen zu rechtfertigen?
- Wer sind die Akteure die davon profitieren?
- Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein um aus dem Anbau von Energiepflanzen ein profitables Geschäft zu machen?
- Aus welchem Grund befürworten afrikanische Regierungen europäische Investitionen in Biokraftstoffplantagen in ihren Ländern?
- Welche Kompromisse sind sie bereit einzugehen um die Investition europäischer Konzerne in ihren Ländern zu gewährleisten?
- Unter welchen Bedingungen finden sogenannte Landnahmen statt?

Dieser Fragenkomplex ergibt sich aus einer Reihe von Hypothesen, die im Laufe der Beschäftigung mit der Thematik entstanden sind.

1) Beständiger Wachstum ist eine Grundvoraussetzung für das Überleben im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Der wachsende Agrartreibstoffmarkt trägt zum Wachstum vieler Branchen bei, indem er eine neue Möglichkeit der Kapitalakkumulation darstellt.

2) Der Agrartreibstoffboom der letzten Jahre ist nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik, denn die europäische

Agrartreibstoffpolitik setzt die Rahmenbedingungen fest, innerhalb derer europäische Unternehmen agieren können.

3) Die Beimischungsziele der Europäischen Union sorgen für eine gewisse Sicherheit der kapitalistischen Produzenten. Seit der Biokraftstoffrichtlinie aus dem Jahr 2003, steigt der festgesetzte Prozentsatz für die Beimischung von Biokraftstoffen beständig an. Diese Entwicklung scheint sich erst durch die, am 11. September 2013 stattfindende, Abstimmung über den am 17. Oktober 2012 präsentierten Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu ändern. Aber selbst nach dieser Abstimmung scheint der festgelegte Prozentsatz der Beimischung nicht unter 6 Prozent zu fallen, was bedeutet, dass die Industrie auch weiterhin mit sicheren Abnehmern für ihr Produkt „Biokraftstoff“ rechnen kann.

4) Die durch die hohen Beimischungsbestrebungen der Europäischen Union erhöhte Nachfrage nach erneuerbaren Energieträgern erfordert eine Ausweitung der Anbaugelände über den europäischen Kontinent hinaus. Dadurch kommt es zu groß angelegten Landnahmen in den Ländern des Südens, wobei Afrika, mit seinen riesigen, offiziell ungenutzten, Landressourcen im Zentrum des europäischen Expansionsinteresses steht.

5) Europäische Akteure profitieren als einzige von dieser Ausweitung auf den afrikanischen Kontinent. Die derzeit praktizierten kapitalistischen Produktionsmethoden, in Kombination mit der Art und Weise, wie europäische Akteure in den Besitz des Landes kommen, und wie sie mit der, von den Land Deals betroffenen, Bevölkerung umgehen, schließen aus, dass die, von Biokraftstoffbefürwortern viel propagierte, „Win-Win“ Situation Realität wird.

1.3) Aufbau und Methodik

Um den Rahmen festzulegen, innerhalb dessen das Forschungsthema bearbeitet werden soll, beschäftigt sich das 2. Kapitel mit der Herausarbeitung der theoretischen Grundlagen, die den Ausgangspunkt für den weiteren Verlauf der Arbeit darstellen. Der Blickwinkel, von dem aus die Thematik betrachtet wird, ist ein marxistischer, der sich aus einer Kombination der Imperialismustheorien Rosa Luxemburgs und David Harveys, sowie der Food Regime Theorie Harriet Friedmanns und Philip McMichaels zusammensetzt.

Im Anschluss folgt ein Kapitel, das sich mit der europäischen Agrartreibstoffpolitik auseinandersetzt. Bevor diese aber, vom Beginn des 21. Jahrhunderts weg, betrachtet und analysiert wird, ist es zunächst wichtig, den Begriff Agrarenergie zu definieren sowie einen Blick auf die europäische Energiestruktur zu werfen, um zu analysieren, aus welchem Grund Biokraftstoffe überhaupt eine zentrale Rolle in der Energiepolitik Europas einnehmen.

Das darauffolgende Kapitel analysiert den globalen Agrartreibstoffmarkt, seine Akteure, seine Funktionsweise sowie die Bedeutung die ihm im kapitalistischen Wirtschaftssystem zukommt. Desweiteren wird an dieser Stelle der Frage nach der Bedeutung Afrikas für den Agrartreibstoffmarkt und vice versa nachgegangen.

Das fünfte Kapitel schließlich, stellt eine Analyse der Auswirkungen der Biokraftstoffregelungen dar. Es wird untersucht, ob ein direkter Zusammenhang zwischen der Biokraftstoffpolitik der Europäischen Union und den zunehmenden Landnahmen in Afrika besteht, und welche Konsequenzen dadurch für die Landbevölkerung der betroffenen Gebiete entstehen. Beispiele aus Tansania sorgen dabei für einen fließenden Übergang zwischen der theoretischen Sphäre und der beweisbaren Realität.

Abschließend werden die Schlussfolgerungen, die aus der Beschäftigung mit der Thematik im Zuge des Schreibprozesses entstanden sind, präsentiert sowie der Frage, ob sich die Hypothesen, die zu Beginn der Arbeit aufgestellt wurden, verifiziert haben, nachgegangen.

Die Methoden, die dabei angewandt werden, sind jene der Literaturrecherche, gefolgt von der Quellenkritik und der Quelleninterpretation.

Grundsätzlich gibt es eine Fülle von Literatur die sich mit der Agrartreibstoffproblematik auseinandersetzt.

Nach einer sorgfältigen Analyse der vorhandenen Quellen zu der Thematik der Arbeit stellt sich aber heraus, dass es gar nicht so einfach ist, Material zu finden, das nicht von NGOs und Agrartreibstoffgegnern verfasst wurde, und sich der EU Biokraftstoffpolitik und deren Auswirkungen auf afrikanische Länder dennoch kritisch nähert.

Zwar gibt es einige Quellen, die nicht von oben genannten Ursprung sind, die sich der Agrartreibstoffproblematik kritisch annehmen, doch bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass sich, mit Ausnahme einer Studie, die im Rahmen des Projektes *Biofuels as Social Fuels*, das vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert wird, durchgeführt wurde, diese Kritik entweder auf die Gesetzgebungen der afrikanischen Regierungen, oder auf die dadurch möglichen Anbaubedingungen, meist verbunden mit dem Umweltaspekt, bezieht, und, wenn überhaupt, nur indirekt die Verantwortung der Europäischen Union betrachtet.

Zum eigentlichen Forschungsinteresse dieser Arbeit, herauszufinden inwieweit die gesetzten Handlungen der Europäischen Union in imperialistischen Beweggründen wurzeln denen wirtschaftliche Motivationen zu Grunde liegen, gibt es nur Literatur, die von NGOs verfasst wurde, und selbst diese behandeln, im Zusammenhang mit dem afrikanischen Kontinent, meist nicht direkt diese Thematik.

Die meisten NGOs stehen Projekten, wie jenen der Biokraftstoffförderung, naturgemäß kritisch gegenüber, weshalb ihre Analysen und Studien, genauso wie die Dokumente der Europäischen Union, auch genauestens auf ihre Neutralität hin überprüft werden, bevor sie als Quelle in dieser Arbeit Anwendung finden.

Die Herausforderung besteht also darin, aus den mannigfach vorhandenen Quellen jene herauszufiltern, die authentisch und neutral verfasst wurden, und diese dann, durch den Blickwinkel der, dieser Arbeit zu Grunde liegenden Theorien, zu interpretieren.

2) Theoretischer Rahmen

Dieses Kapitel beginnt mit einem kurzen Überblick über die wichtigsten Imperialismustheorien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Einführung in das vielfältige Feld der Imperialismusdebatten stellt keine Analyse der einzelnen Theorien dar, sondern dient lediglich als geschichtlicher Überblick einem besseren Verständnis der Differenziertheit, Komplexität sowie den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Thematik.

Im Anschluss daran folgt eine Darstellung der Theorien Rosa Luxemburgs und David Harveys, die, neben der Food Regime Theorie, als Basis für die Untersuchung der Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffpolitik herangezogen werden.

Den Schlussteil dieses Kapitels bildet die Food Regime Theorie, die zwar nicht zu den Imperialismustheorien zählt, aber mit der theoretischen Beschäftigung Luxemburgs und Harveys die marxistische Herangehensweise an ein Problem teilt. Ebenso wie *Die Akkumulation des Kapitals* und *Der neue Imperialismus* haben auch die Werke Philip McMichaels maßgeblich zur Findung und späteren Konkretisierung des Forschungsthemas dieser Arbeit beigetragen.

2.1) Die Imperialismusdebatte

Die theoretische Beschäftigung mit imperialistischer Politik ist ein sehr komplexes Feld, das durch eine Einteilung in 3 Phasen gekennzeichnet ist.

Frank Deppe, David Salomon und Ingar Solty teilen sie in drei „Wellen“.

Die „erste Welle“ ordnen sie in die Zeit des Übergangs vom 19. in das 20. Jahrhundert.

Diese „erste Welle“ von Imperialismustheorien entsteht in einer Zeit, die durch drastische Veränderungen der bis dahin bekannten Weltordnung geprägt ist. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 13)

„Der Terminus „Imperialismus“ selbst, der zunächst als historisches Ornament einer ausgereiften Kolonialpolitik durch die politische Rhetorik geistert[...], soll[...] hierbei als gleichermaßen politisch wie ökonomisch gefüllter, umfassender

Periodisierungsbegriff für ein bestimmtes Stadium des Kapitalismus etabliert werden und zugleich politische Strategien begründen, die pazifistisch- reformorientierte (Hobson), sozialistisch- „ökonomistische“ (Hilferding, Kautsky) oder revolutionär-kommunistische (Luxemburg, Bucharin, Lenin) Alternativen zum status quo verspr[echen].“ (Deppe, Salomon et al. 2011: 14)

Die „zweite Welle“ beginnt in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Zusammenfassend kann man sagen dass sich die imperialismus- theoretische Beschäftigung dieser Zeit in zwei Kategorien einteilen lässt. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 17)

Auf der einen Seite findet man einen Fokus auf die innere Strukturierung der kapitalistischen Metropolen selbst, auf der anderen Seite steht die Fokussierung auf die Beziehung zwischen den reichen und den armen Staaten und dem immer noch vorhandenen Abhängigkeitsverhältnis, das nur seine Form verändert hat. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 17f)

Das Aufkommen einer „dritten Welle“ wird hier mit dem terroristischen Anschlag auf die USA am 11. September 2001 und dem in Folge davon ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ geordnet. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 19)

Die zu dieser Zeit beginnende dritte Hochblüte der theoretischen Beschäftigung mit Imperialismus unterscheidet sich von den vorangegangenen. Während der Begriff in den vergangenen Jahrzehnten sehr kritisch betrachtet wird und die Theorien der Vergangenheit meist darauf ausgerichtet sind zu beweisen, dass imperialistische Politik das Ungleichheitsverhältnis der Weltordnung fördert und nur dem Nutzen der westlichen Industriestaaten diene, treten nun auch positive Assoziationen an die Öffentlichkeit. Angeheizt durch den Kampf gegen den Terrorismus treten viele Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten für einen „Export der Freiheit“ ein, in dem Glauben durch eine (kriegerische) Durchsetzung einer westlichen Art des Denkens und der Politikführung den Frieden auf der Welt sichern zu können und das Leben vieler Gesellschaften zu verbessern. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 19)

Ein zweiter signifikanter Unterscheidungspunkt zu früheren theoretischen Beschäftigungen, vor allem der ersten Welle, ist die, schon während der zweiten Welle einsetzende, Schwerpunktverlagerung innerhalb wissenschaftlicher Kreise weg von Europa hin zu den USA als Schmiede imperialistischer Politik. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 18f)

Tobias ten Brink teilt das Feld in folgende drei historische Phasen: „der nicht-hegemonialen Phase des „klassischen Imperialismus“ (1870-1945), der Weltordnungsphase des „Kalten Krieges“ (1945-1989) und der Phase der „neuen Weltordnung“ ab 1989.“ (ten Brink 2008: 3)

Als „roter Faden“, der sich durch die theoretische Beschäftigung mit Imperialismus als Politikform zieht, identifiziert er die Analyse des Verhältnisses zwischen dem Zentrum zur Peripherie und der Beziehungen der führenden kapitalistischen Staaten untereinander. (Vgl. ten Brink 2008: 3)

2.1.1) Klassische Imperialismustheorien

Die ersten Imperialismustheorien versuchen, ausgelöst durch die schwierige Zeit ihrer Entstehung, das Verhältnis zwischen der militärischen Spannung auf internationaler Ebene und dem System der Kapitalakkumulation zu analysieren. (Vgl. ten Brink 2008: 15)

Jener Theoretiker, der die Imperialismusdebatte in Gang setzt, ist John Atkinson Hobson.

Mit seinem Werk *Der Imperialismus*, das 1902 veröffentlicht wird, schafft der liberale Ökonom den ersten wichtigen und ausführlichen Beitrag zur theoretischen Betrachtung des Imperialismus, in dem er der imperialen Politik zwar zugesteht unter bestimmten Umständen, nämlich dann, wenn man den Fortschritt der Menschheit dadurch sichern könne dass unterentwickelte Gesellschaften durch zivilisierte kontrolliert werden, gerechtfertigt zu sein, sie im großen und ganzen aber als nachteilig für die Entwicklung „moderner“ Staaten einstuft und kritisiert, dass die Kolonien im Endeffekt mehr Geld verschlingen als sie den modernen Staaten einbringen. (Vgl. ten Brink 2008: 17)

Hobsons Analyse der Gründe für die Entstehung dieser Politikform stützt sich zum einen auf eine wirtschaftssoziologische und zum anderen auf eine ökonomisch strukturelle Perspektive. (Vgl. ten Brink 2008: 17)

Hobsons wirtschaftssoziologische Perspektive fokussiert sich auf die sozialen Gruppen, die ein großes Interesse am imperialistischen System aufweisen, das ihnen, anders als dem Staat als Ganzen, große persönliche Vorteile bringt. Zu diesen Gruppen zählen die Produzenten von, in den Kolonien benötigten, Gütern, Mitglieder der Aristokratie, die im Verwaltungsapparat der Kolonien berufliche Chancen sehen, Transportunternehmen oder etwa die Rüstungsindustrie. (Vgl. Heinrich 2003: 283; ten Brink 2008: 17f)

Die genannten Interessensgruppen sind bei weitem noch nicht alle, die vom Vorhandensein von Kolonien profitieren, aber ihre Aufzählung dient dem besseren Verständnis in welchen Branchen und Gesellschaftsschichten die Profiteure und somit die Unterstützer des Imperialismus angesiedelt sind.

Das Hauptproblem, das den Imperialismus erst bedeutend hat werden lassen, sieht er in dem, durch das Niedrighalten der Arbeiterklasse entstehende, Problem der „Unterkonsumption“ in den Industriestaaten selbst. Je weiter die Monopolisierung der Wirtschaft der einzelnen Staaten voranschreitet, desto mehr konzentrieren sich die profitablen Einnahmen auf eine immer kleinere Gruppe, was zur Folge hat, dass die Nachfrage innerhalb der Wirtschaft der Länder immer weiter zurückgeht, was wiederum dazu führt dass Investitionen im Inneren immer weniger werden. Eine Entwicklung, die die Gefahr einer wirtschaftlichen Depression mit sich bringt. Um eine solche zu umgehen investiert man die Profite in Form von Kapitalanlagen im Ausland. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 33; ten Brink 2008: 18f)

Aus ökonomisch-struktureller Perspektive betrachtet identifiziert Hobson also die Gewinne, die durch das im Ausland investierte Kapital erzielt werden, als ausschlaggebend für das Vorhandensein und dem Interesse am Fortbestand imperialistischer Politik. Zu den Profiteuren zählt er hier neben den aus der Wirtschaft stammenden Investoren vor allem das Bankwesen, das sogar doppelt profitiert. Zum einen dadurch, dass die Investoren ihre Projekte durch Kredite finanzieren, zum anderen dadurch, dass sich das gesamte imperiale System durch öffentliche Anleihen finanziert. (Vgl. Heinrich 2003: 284; ten Brink 2008: 18)

Dieser letzte Punkt ist es auch, der Hobsons Ansicht erklären kann, dass das Vorhandensein von Kolonien zwangsläufig negative Auswirkungen auf den Staat als Ganzes hat. Hobson zur Folge ist das Aufrechterhalten der Kolonien nur durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung realisierbar, da eine reine Finanzierung durch die Steuereinnahmen der Bürger zu Aufständen im eigenen Land führen würde. Dieser Argumentation folgend identifiziert Hobson das Bankwesen als eigentlicher Motor des Voranschreitens des Imperialismus. (Vgl. Heinrich 2003: 284f)

Während Hobson den eingeschlagenen Weg der imperialistischen Expansion als falschen Weg innerhalb des Kapitalismus betrachtet, werten marxistische Theoretiker ihn als neue Phase des Kapitalismus.

Die klassischen marxistischen Imperialismustheorien stützen sich, obwohl sie sich in ihren Aussagen und Schwerpunkten unterscheiden, doch alle auf die von Karl Marx entwickelte Konzeption der Kapitalakkumulation. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 33)

Berühmte Vertreter dieses Stranges innerhalb der Imperialismustheorien sind zum Beispiel Rudolf Hilferding, Wladimir I. Lenin oder Rosa Luxemburg.

Rudolf Hilferding vertritt in seinem 1910 erschienenen Werk *Das Finanzkapital* die These, dass die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital ein neues Stadium des Kapitalismus kennzeichnet, das seinen Ausdruck in einer Politik des Imperialismus findet. Er beobachtet eine zunehmende Monopolisierung der Industrie und des Bankwesens, sowie die Entstehung von „Finanzkapital“, einem von ihm geprägten Begriff, der die Verwandlung von Bankkapital durch Kredite oder Aktien zu industriellem Kapital beschreibt, wobei in dieser Finanzbeziehung eine deutliche Abhängigkeit der Industrie von den Banken erkennbar ist. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 34; Heinrich 2003: 288)

Der freie Kapitalismus ist also zu einem Monopolkapitalismus geworden, der von den Banken kontrolliert wird und dessen Akteure ein großes Interesse daran haben, dass sich ihr Wirtschaftsgebiet für sie ausdehnt, ohne dass Akteure von außen Zugang dazu haben. Aus diesem Grund brauchen sie den imperialistischen Staat und dessen Kolonien. Denn innerhalb eines Landes ist es möglich die Konkurrenz in denselben

Produktionszweigen auszuschalten, auf dem globalen Markt allerdings ist es schwierig das Aufkommen von neuer Konkurrenz zu verhindern. (Vgl. Heinrich 2003: 288; ten Brink 2008: 21f)

„Hierin liegt für Hilferding das Bindeglied zwischen den veränderten Strukturmerkmalen der nationalen Kapitalismen und dem Aufstieg des Imperialismus. Die Monopole entwickeln ein Interesse an einer protektionistischen Handelspolitik des Staates mit Zöllen und Subventionen als den Hauptinstrumenten.“ (ten Brink 2008: 22)

Die Politik der Schutzzölle trägt dazu bei, dass immer mehr Kapital anstelle von Waren exportiert wird, mit der Aussicht in den Kolonien Mehrwert zu erwirtschaften und somit im Endeffekt mehr Profit zu erlangen als durch den einfachen Verkauf von Waren. Dies wiederum führt dazu, dass der Drang nach immer größeren Wirtschaftsgebieten enorm zunimmt, eine Entwicklung die sich sehr einfach erklären lässt. Ein größeres Einflussgebiet vergrößert auch die Möglichkeiten der Arbeitsteilung, was wiederum eine Vergrößerung der Betriebe ermöglicht. Vergrößerung in diesen beiden Bereichen führt dazu dass, trotz der daraus folgenden größeren Fixausgaben, die Möglichkeit größerer Profite steigt, die man wiederum in den Weltmarkt investieren kann. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 35; ten Brink 2008: 22)

Diese Vorgehensweise führt aber dazu, dass der Konkurrenzdruck um möglichst viele und möglichst große Wirtschaftsgebiete unter den europäischen Industriestaaten immer mehr ansteigt. Hilferding zur Folge ist die einzig mögliche Konsequenz dieser Entwicklung ein Krieg der kapitalistischen Staaten um die Vormachtstellung am Weltmarkt. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 35)

Die bedeutendste Schrift der klassischen marxistischen Imperialismustheorien ist Wladimir I. Lenins 1917 veröffentlichtes Werk *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, das noch Jahrzehnte nach seinem Erscheinen großes Ansehen und starken Einfluss auf die kommunistischen Parteien genießt.

„Mit seiner Imperialismusschrift verfolgt[...] Lenin unmittelbar politische Ziele. Er [will] zeigen, dass der Krieg ein imperialistischer Krieg [ist], der um die Aufteilung der Welt unter die Großmächte geführt w[ird] [...].“ (Heinrich 2003: 289)

Theoretisch knüpft Lenin in seiner Analyse sowohl an Hilferdings Werk *Das Finanzkapital* als auch an die, bereits von Hobson als Basis genommene, Unterkonsumtionstheorie an.

Lenin unterscheidet zwischen dem alten Kapitalismus, der von einem System der freien Konkurrenz geprägt ist, und dem Stadium des neuen Kapitalismus, in dem freie Konkurrenz durch Monopolbildung und der Herrschaft des Finanzkapitals abgelöst wird. Für ihn ist Imperialismus gleichbedeutend mit diesem Stadium, das er als das letzte Stadium des Kapitalismus bezeichnet. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 37f; Heinrich 2003: 290; ten Brink 2008: 22f)

Er fasst die Grundeigenschaften dieser letzten Phase des Kapitalismus folgendermaßen zusammen:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet“ (Lenin, zitiert nach Heinrich 2003: 290)

Lenin betrachtet den ersten Weltkrieg also als ein Mittel zum Zweck. Die Monopole brauchen immer neue Absatzmärkte und immer größere Wirtschaftsräume. Das Problem ist aber, dass alle Teile der Welt bereits im Besitz der kapitalistischen Länder sind. Die einzig logische Folgerung daraus ist also ein Krieg der zu einer Neuaufteilung führt. (Vgl. Heinrich 2003: 291)

Lenins Imperialismustheorie ist ein Teil seiner Vision einer revolutionären Politik, weshalb er den Imperialismus auch als das katastrophengebeutelte Endstadium des Kapitalismus hinstellt, als eine logische Folge der kapitalistischen Entwicklung. Weiter betont er, dass der Kapitalismus dem Stadium des Imperialismus nicht mehr entwachsen könne und ein Weiterleben deshalb eine Reihe neuer imperialistischer Kriege hervorbringen würde. (Vgl. Heinrich 2003: 291f)

2.1.2) Imperialismustheorien nach 1945

Angesichts des Endes des zweiten Weltkrieges und der Entwicklungen der darauffolgenden Jahre, verstummt die Imperialismusdebatte, außer in den Ostblockstaaten, wo Lenins Imperialismustheorie nichts an Bedeutung einbüßt, beinahe völlig.

„Mit der Entstehung der „Neuen Linken“ nach 1956, den aufkommenden sozialen Bewegungen seit Mitte der 1960er und dem Ende des Nachkriegsbooms verändert[...] sich die Einstellung in Bezug auf die Imperialismustheorien. Daneben [finden] aufschlussreiche Debatten in den Geschichtswissenschaften und den gesellschaftswissenschaftlichen Theorien der Internationalen Beziehungen statt, die nicht immer unmittelbar vom Imperialismusbegriff inspiriert [sind], gleichwohl aber wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Diskurses produzier[...]en.“ (ten Brink 2008: 66)

Zentrale Themen dieser Renaissance der Debatte sind, ausgelöst durch die immer noch bestehende, nun allerdings informelle und hauptsächlich ökonomische, Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien von den früheren Metropolen, vor allem die Nord-Süd Beziehungen sowie „ab Ende der 1960er Jahre die Frage nach dem Ende (und den hieraus resultierenden Folgen) der amerikanischen Hegemonie.“ (ten Brink 2008: 66)

Diese „zweite Welle“ imperialismus- theoretischer Beschäftigung unterscheidet sich in ihrer Schwerpunktsetzung maßgeblich von der vorangegangenen.

So fokussieren sich Imperialismustheoretiker aus den Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften zum Beispiel auf die Kolonialpolitik des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts (Vgl. ten Brink 2008: 67), wobei ihre Beschäftigung mit der Thematik in folgende drei Stränge geteilt werden kann: „Imperialistische Gewalt bzw. Staatenkonflikte als eine Funktion des Nationalismus, als universalgeschichtliche Konstante oder, in einer neo-schumpeterianischen Version, als Relikt vorkapitalistischer Strukturen und Handlungsweisen.“ (ten Brink 2008: 67)

Ab den 1960er Jahren kommt es innerhalb der theoretischen Beschäftigung mit dem Imperialismus aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive vermehrt zu kritischen

Betrachtungsweisen und politökonomische Ansätze gewinnen wieder an Bedeutung. (Vgl. ten Brink 2008: 73)

Neben den gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven der Untersuchung des Imperialismus, kommen in dieser Zeit zum ersten Mal Analyseansätze auf, die sich auf die entstandene Nord-Süd Abhängigkeit und auf den Neokolonialismus beziehen.

Einer der bedeutendsten unter ihnen ist zweifelsohne jener der Dependenztheorien, ein besonders in Lateinamerika verbreiteter Theoriestrang, der eine Kritik an den damals geltenden Entwicklungstheorien darstellt, das Abhängigkeitsverhältnis der Entwicklungsländer zu den Industriestaaten analysiert und eine weitreichende Kritik an dem bestehenden Wirtschaftssystem übt, das rein auf den Profit der reichen Staaten ausgerichtet sei und somit den Ländern der Peripherie gar nie nützlich sein könne. (Vgl. ten Brink 2008: 77)

Ein bekannter Vertreter dieser Denkrichtung ist zum Beispiel Paul Baran, dessen 1957 erschienenes Werk *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums* einen zentralen Stellenwert in der Abhängigkeitsdebatte zwischen Nord-Süd einnimmt. Die zentrale Aussage seiner Theorie ist, dass die wirtschaftliche Situation und somit die Unterentwicklung der Länder der Peripherie nicht auf Selbstverschulden und mangelnder kapitalistischer Produktion zurückgeführt werden kann, sondern darauf, dass der westliche Kapitalismus sich der ehemaligen Kolonien bemächtigt und ein System eingeführt wird, dessen einzige Profiteure die reichen Länder des Westens sind. Dieses System imperialistischer Machtstrukturen, das seinen Ursprung in den Interessen der reichen westlichen Nationen hat, wird zu einem großen Teil von Unternehmen, die sich in den ärmeren Ländern niederlassen, deren Hauptsitz sich aber in den reichen Industrienationen befindet, sowie von bestimmten Interessensgruppen, wie auch Regierungen, die sich durch die Kooperation mit den westlichen Interessen Vorteile versprechen, gestützt.

Die Aufgabe des Imperialismus, den er als eine, dem Kapitalismus innewohnende, Eigenschaft bezeichnet, in der Zeit nach der Dekolonisation, sieht Baran darin, den Fortschritt und die Entwicklung der ehemaligen Kolonien so weit wie möglich zu unterdrücken. (Vgl. ten Brink 2008: 79f)

„Obwohl Baran sich auf Hobson, Lenin, Hilferding und Luxemburg bezieht, die stärker die „innerimperialistischen“ Widersprüche betonen, postuliert er für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine qualitative Veränderung des Imperialismus hin zu einer Art Konfrontation „des“ Imperialismus mit dem Sozialismus und den 3.- Welt-Bewegungen.“ (ten Brink 2008: 80)

Der berühmteste Theoretiker der Dependenztheorie ist Andre Gunder Frank. In seinem 1967 erschienenen Werk *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, geht er, ebenso wie Baran, davon aus, dass es der Kapitalismus ist, der für den großen Mangel an Fortschritt und Entwicklung in den ärmsten Ländern der Welt verantwortlich ist. Unterentwicklung ist also kein natürlich vorkommendes Phänomen, sondern eines, das vom kapitalistischen System durch die Schaffung eines Systems der Abhängigkeit, erschaffen wird. (Vgl. ten Brink 2008: 80f)

Er kritisiert, dass das globale System von fundamentalen Widersprüchen geprägt ist, wie zum Beispiel, dass sich die reichen Staaten, die er als „Metropole“ bezeichnet, an dem Mehrprodukt der ärmeren Länder, den „Satelliten“, bereichern. Die kapitalistische Entwicklung, die unser Weltsystem eingeschlagen hat, führt zu einer Aufteilung der Welt in arm und reich und somit zu einem Widerspruch zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Peripherie. Dieser Widerspruchsbeziehung zwischen Metropolen und Satelliten zieht sich durch alle Ebenen unseres Systems und findet sich somit nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder. (Vgl. ten Brink 2008: 81)

Trotz der Tatsache, dass das kapitalistische System kein starres Konstrukt ist, sondern sich im Laufe seiner Geschichte wandelt, kommt es doch immer wieder zu einer Reproduktion des Metropolen-Satelliten Verhältnisses. (Vgl. ten Brink 2008: 81)

Obwohl die Dependenztheorie hauptsächlich bei Theoretikern der Peripherie einen zentralen Stellenwert einnimmt, wird ihre Betrachtungsweise des Kapitalismus von Theoretikern der USA und Westeuropa aufgegriffen und in der „kritischen Friedensforschung“ weitergeführt. (Vgl. ten Brink 2008: 82)

Der deutsche Friedensforscher und Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas zum Beispiel, greift in seinen Analysen des Imperialismus das, aus der Dependenztheorie stammende, „Konzept der „Abhängigkeit“ (ten Brink 2008: 83) auf und integriert dieses mit dem aus „[...] der Friedensforschung begründete[n] Konzept der „strukturellen Gewalt“.“ (ten Brink 2008: 83)

Er argumentiert, ganz im Sinne der Dependenztheorien, dass die Länder der Peripherie seit der Begründung von Kolonien ihre Eigenständigkeit verloren haben und in das System der internationalen Arbeitsteilung hineingezwungen werden, was zu einer künstlich erschaffenen Abhängigkeit führt die, solange das System beibehalten wird, nicht überwunden werden kann.

Senghaas geht allerdings noch einen Schritt weiter, indem er durch die Analyse der, dem System der Abhängigkeit zu Grunde liegenden, Strukturen und Funktionsmechanismen versucht, den dependenztheoretischen Ansatz, der seiner Ansicht nach „kaum auf innerkapitalistische Beziehungen“ (Senghaas, zitiert nach ten Brink 2008: 84) eingeht, zu vertiefen und zu präzisieren. (Vgl. ten Brink 2008: 83f)

Das von Senghaas in seiner Analyse verwendete Konzept der „strukturellen Gewalt“ geht auf den Begründer der Friedensforschung, Johan Galtung, zurück. Als „strukturelle Gewalt“ bezeichnet dieser jene Form von Gewalt, die nicht direkt von einem handelnden Akteur ausgeführt wird, sondern einen Teil des Systems darstellt. (Vgl. Galtung 1969: 170f)

„The violence is built into the structure and shows up as unequal power and consequently as unequal life chances.“ (Galtung 1969: 171)

Imperialismus nach Galtung ist eine spezielle Form von Herrschaftsverhältnis, das strukturelle Gewalt beinhaltet und somit der „Nation im Zentrum“ erlaubt, Macht über die „Nation an der Peripherie“ auszuüben. Präziser ausgedrückt: „Imperialism is a relation between a Center and a Periphery nation so that (1) there is harmony of interest between the center in the Center nation and the center in the Periphery nation, (2) there is more disharmony of interest within the Periphery nation than within the Center nations, (3) there is disharmony of interest between the periphery in the Center nation and the periphery in the Periphery nation.“ (Galtung 1971: 83)

Auch die marxistischen Imperialismustheorien erfahren in dieser Zeit eine Weiterentwicklung. „Die marxistische Imperialismustheorie“ gibt es auch in dieser Periode nicht, viel mehr lassen sich den einzelnen marxistischen Imperialismustheorien oft noch weniger Gemeinsamkeiten abringen als jenen der vorangegangenen Periode. (Vgl. ten Brink 2008: 93)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind es, wie oben bereits erwähnt, hauptsächlich Theoretiker aus kommunistischen und sozialistischen Kreisen, für die die Imperialismustheorie eine wichtige Rolle spielt. (Vgl. ten Brink 2008: 93)

Die Imperialismustheorie Lenins, die nach 1945 zur Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ausgeweitet wird, wird zum Ausgangspunkt der Kapitalismus Analyse der kommunistischen Bewegung. Sie geht davon aus, „daß [sic!] sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz um die Jahrhundertwende zum Monopolkapitalismus gewandelt habe und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in das Stadium der Verschmelzung der mächtigen Monopole mit dem Staat eingetreten sei.“ (Kisker 1999: 1)

Der Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ bezieht sich auf die vermehrte Zunahme staatlicher Interventionen in die Wirtschaft, die darauf ausgerichtet sind Monopolbedingungen zu schaffen. Die staatlichen Eingriffe, die durch die Krise des Systems entstanden und notwendig geworden sind, werden durch ihre gesetzliche Legitimation zu einem fixen Bestandteil des kapitalistischen Systems dieser Zeit. Die vom Staat geschaffenen Monopolbedingungen führen zu einem künstlichen Eingriff in die natürliche Verteilung des Nationaleinkommens. (Vgl. Katzenstein 1973: 1; ten Brink: 95)

„Von Staats wegen [werden] hier Bedingungen in der Wirtschaft gesetzt, die die Verwertung des Kapitals [beeinflussen]. Die ökonomische Macht der Monopole [wird] auf diese Weise durch die außerökonomische Macht des Staates erweitert; und dies [ist] notwendig, um die Bewegung der gesellschaftlichen Produktion als kapitalistische Produktion überhaupt zu ermöglichen.“ (Katzenstein 1973: 1f)

Ein weiterer wichtiger Faktor der Theorie ist die, seit der Unabhängigkeit der europäischen Kolonien gewonnene, Erkenntnis dass „[...]es zur Ausübung von politischer und ökonomischer Dominanz nicht des Kolonialstatus eines Landes bedarf, sondern dass Handelsverträge, Militärpakte, Kreditvergabe usw. ebenfalls als Mittel der imperialistischen Herrschaft dienen können.“ (Heinrich 2003: 294)

Während die Imperialismustheorie in den Ländern des Ostblocks und innerhalb kommunistischer und sozialistischer Kreise in den westlichen Ländern nie an Bedeutung verloren hat, greifen westliche marxistische Theoretiker die Thematik erst ab den 1960er Jahren wieder vermehrt auf. Die theoretische Beschäftigung fokussiert sich auf die Position und die Entwicklung der Hegemonie der USA, wobei sich hier drei unterschiedliche Strömungen beobachten lassen. (Vgl. ten Brink 2008: 96)

Bis Ende der 1960er Jahre sieht ein großer Teil der westlichen marxistischen Theoretiker die Welt unter US-Amerikanischer Dominanz. Man spricht hierbei von einem „US- Superimperialismus“, einem System, in dem die USA die Kontrolle über politische und wirtschaftliche Entscheidungen der restlichen kapitalistischen Staaten ausübt. (Vgl. ten Brink 2008: 96)

„Das Bild einer Koalition imperialistischer Staaten unter der Hegemonie der USA entsteht, die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten verlieren dagegen an Bedeutung. Der gewichtigste Widerspruch existiert mehr und mehr zwischen „dem“ Imperialismus und der „Dritten Welt“.“ (ten Brink 2008: 97)

Daneben existiert unter den Theoretikern der westlichen marxistischen Imperialismustheorien ein Strang, der von einem „Ultra- Imperialismus“, also einer Herrschaft der führenden kapitalistischen Staaten ausgeht. (Vgl. ten Brink 2008: 96)

„Die Position eines Ultraimperialismus bzw. einer einheitlichen Herrschaft des „Nordens“ konstatiert einen mit dem Ende der amerikanischen Hegemonie verbundenen Zwang, die Führung der Welt zu teilen. Die Antagonismen zwischen den nationalen Kapitalien können durch neue supranationale Institutionen vor dem Hintergrund der allgemeinen Bedrohung des Imperialismus durch Bewegungen der Dritten Welt und der „sozialistischen“ Staaten verhindert werden.“ (ten Brink 2008: 97f)

Der schwächste der drei westlichen Stränge, die sich mit der US Hegemonie und ihrer Entwicklung beschäftigen, vertritt die Position von „innerimperialistischen Rivalitäten“. (Vgl. ten Brink 2008: 99)

Ihre Vertreter „[...] verstehen den japanischen und westeuropäischen Wirtschaftsaufschwung als Herausforderung der US- Hegemonie, eine Entwicklung, die die Entstehung einer integrierten europäischen Wirtschaft noch verstärkt.“ (ten Brink 2008: 99)

Zentral für diese differenzierenden Betrachtungen der Entwicklung der US- Hegemonie sind unterschiedliche Ansichten über die Rolle US- amerikanischer Unternehmen und ihr Einflusspotential auf die Wirtschaft Westeuropas und Japans, über die Natur, die Häufigkeit und die Stärke der Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten, sowie darüber, ob die Angst vor der Ausbreitung des Sozialismus gerechtfertigt ist oder nicht und ob sie ausreicht oder ob es sich für sie lohnt, dass die kapitalistischen Staaten trotz ihrer Unstimmigkeiten und Gegensätze zusammenarbeiten. (Vgl. ten Brink 2008: 97)

2.1.3) Die neuen Imperialismustheorien

Wie zu Anfang dieses Kapitels bereits erwähnt, kommt die „dritte Welle“ der Imperialismusdebatte erst mit den Geschehnissen des 11. Septembers 2001 und in Folge dessen mit dem, von der US- Regierung ausgerufenen, „Krieg gegen den Terror“ und der, damit verbundenen, „Neuen Nationalen Sicherheitsstrategie“ von 2002, ins Rollen. Amerika präsentiert sich der Öffentlichkeit immer mehr als Empire, dessen Aufgabe darin besteht die Demokratie zu verteidigen und zu verbreiten. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 19; ten Brink 2008: 146, 148)

Diese Ereignisse führen zu einem Wiederaufleben von Debatten die bereits in den 1960ern angefangen und bis zu der Phase der Hoffnung nach dem Ende des Kalten Krieges in wissenschaftlichen und politischen Kreisen heftig diskutiert werden. Neben der Frage nach der Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten von Amerika kommt es auch zu Debatten darüber, ob Konflikte global am zunehmen sind oder ob sich die Welt in Richtung eines „Empires“ bewegt, das sich über die einzelnen

Staatsgrenzen ausdehnt und als global angesehen werden kann. (Vgl. ten Brink 2008: 156)

Wie in der Einführung in dieses Kapitel bereits erwähnt, treten zu dieser Zeit als Reaktion auf die Geschehnisse des 11. Septembers nun auch durchaus den Imperialismus beschönigende Stimmen in den Vordergrund. (Vgl. Deppe, Salomon et al. 2011: 19)

„Neben einigen neokonservativen Falken [sprechen] nicht zuletzt linksliberale Intellektuelle wie Michael Ignatieff [...] und Michael Walzer [...] in impliziter Anknüpfung an alte Kolonialdebatten von einem „guten Imperialismus“ (Walzer), in dem der „Menschenrechtsanwalt als Imperialist“ (Ignatieff) aufzutreten habe.“ (Deppe, Salomon et al. 2011: 19)

Während in den Medien, und somit im öffentlichen Diskurs, imperialistische Praktiken als durchaus positiv und der Situation entsprechend angemessen präsentiert werden, gewinnen im wissenschaftlichen Diskurs, neben Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, vor allem Theorien wieder an Bedeutung, die eine Weiterentwicklung der marxistischen Imperialismustheorien darstellen.

Besondere Beachtung findet hierbei Antonio Negris und Michael Hardts Konzept des Empire. In ihrem gleichnamigen Buch vertreten sie die Theorie, dass nicht nur die Wirtschaft der einzelnen Länder zu einem Weltmarkt verschmilzt, oder eher bereits verschmolzen ist, sondern dass diese Entwicklung Hand in Hand geht mit einem Souveränitätsverlust der einzelnen Nationalstaaten und dem Aufkommen einer neuen globalen Herrschaftsform, dem Empire. Allerdings ist es genau diese Souveränität der Nationalstaaten Europas die den Imperialismus in der Form wie man ihn kennt, definiert und überhaupt erst möglich macht. Man darf daher nicht den Fehler machen das Empire mit einer Imperialmacht im klassischen Sinn zu verwechseln. (Vgl. Hardt, Negri 2000: xif)

„In contrast to imperialism, Empire establishes no territorial center of power and does not rely on fixed boundaries or barriers.“ (Hardt, Negri 2000: xii)

Das Empire ist eine neue Weltordnung, die sich flexibel und global ausdehnt, deren Einflussphäre nicht durch Landesgrenzen oder fixe Territorien beschränkt ist und die somit, die bis dahin bekannte, imperialistische Aufteilung der Welt in verschiedene Interessens- und Machtsphären mit neuen globalen Spielregeln aufhebt und die gesamte (Welt-)Gesellschaft ihrer Ordnung unterwirft.

Folgt man Hardt und Negris Gedankengang, so kann kein Nationalstaat in der heutigen globalisierten Welt die Position des Zentrums imperialer Macht für sich beanspruchen, was die oft verbreitete Meinung, die USA sei als Imperialmacht des 21. Jahrhunderts in die Fußstapfen Europas getreten, falsifiziert. (Vgl. Hardt, Negri 2000: xii, xiv)

Die oben genannten Theoretiker stellen nur einen kleinen Auszug jener Wissenschaftler dar, die sich mit der komplexen Thematik des Imperialismus auseinandergesetzt haben. Für diesen Überblick über die verschiedenen Ausprägungen, die die theoretische Beschäftigung mit Imperialismus hervorgebracht hat, wurden sie auf Grund mehrerer Faktoren ausgewählt.

Der offensichtlichste unter ihnen ist ihr Bekanntheitsgrad, gefolgt von dem Einfluss, den ihre Theorien nachhaltig auf das Themenfeld ausüben.

Die genannten marxistischen Vertreter und ihre Theorien wurden ausgewählt um die Unterschiede innerhalb dieses Theoriestrangs sowie die Entwicklung, die die marxistischen Imperialismustheorien im Laufe der Jahrzehnte durchlaufen haben, ansatzweise aufzuzeigen.

Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen, wie Hobson, Baran, Frank, Senghaas oder Galtung wurden, wie oben bereits erwähnt, auf Grund ihres Bekanntheitsgrades und ihres Einflusses auf die Debatte ausgewählt um eine Alternative zu den marxistischen Theorien darzustellen.

Die beiden nun folgenden Unterkapitel beschäftigen sich mit jenen zwei Imperialismustheorien die maßgeblich zu der Themenfindung dieser Arbeit beigetragen haben.

Die Kombination von Rosa Luxemburg und David Harvey als theoretische Grundlage bietet sich für diese Arbeit insofern an, da David Harveys Konzept der „Akkumulation durch Enteignung“ meiner Meinung nach als eine Weiterentwicklung von Luxemburgs Imperialismustheorie betrachtet werden kann, auf die er sich im Zuge der Darstellung seiner Theoriekonstruktion auch immer wieder bezieht.

2.2) Die Akkumulation des Kapitals- Rosa Luxemburg und ihre Theorie des Imperialismus

Die marxistische Theoretikerin Rosa Luxemburg entwickelt ihre Imperialismustheorie in ihrem 1913 erschienen Werk *Die Akkumulation des Kapitals*.

Den Ausgangspunkt ihrer Analyse bildet das „[...] Problem[...] der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals“ (Luxemburg 1970: 1), das bis dahin nur von François Quesnay und Karl Marx behandelt wird.

Reproduktion bedeutet, einfach ausgedrückt, nichts anderes als Wiederholung des Produktionsprozesses. Eine ständige Erneuerung der Produktion ist essentiell für eine regelmäßige Konsumtion, die es wiederum erlaubt den Produktionsprozess, auf Basis der, durch die vorangegangene Produktionsperiode vorhandenen, Voraussetzungen, wie etwa Werkzeuge und Arbeitskräfte, zu wiederholen.

Dieser Kreislauf von Produktion und Konsumtion ist bedeutend für die ständige Weiterentwicklung der Gesellschaft. (Vgl. Luxemburg 1970: 1)

„Insofern erscheint also der Begriff der Reproduktion selbst als etwas mehr denn bloße Wiederholung: er umschließt bereits eine gewisse Höhe in der Beherrschung der äußeren Natur durch die Gesellschaft, oder ökonomisch ausgedrückt, eine gewisse Höhe der Produktivität der Arbeit.“ (Luxemburg 1970: 2)

Denn wo vorangegangene Gesellschaften nur für den unmittelbaren Bedarf produziert haben, und so die Wiederholung der Produktion früher durch Perioden des Hungerns und des Ausbleibens der Reproduktion gekennzeichnet war, führt die Weiterentwicklung der Menschheit schließlich zu einer Gesellschaftsform, die von einem regelmäßigen Kreislauf von Produktion und Konsumtion geprägt ist. (Vgl. Luxemburg 1970: 2)

Reproduktion ist also bedingt durch technische und gesellschaftliche Voraussetzungen. Denn in kapitalistischen Gesellschaften sind nicht nur die technischen Voraussetzungen, wie etwa die nötigen Werkzeuge oder Arbeitskräfte, wichtig für die Reproduktion, sondern auch die gesellschaftliche Komponente hat großen Einfluss. Produziert wird nur was voraussichtlich auch durch die Konsumenten gekauft, also gegen Geld

eingetauscht wird, denn das Ziel der kapitalistischen Produktion ist ausschließlich Profit. Das Kaufverhalten der Gesellschaft bestimmt also welcher Produktionszweig in welchem Ausmaß welche Güter in der nächsten Produktionsperiode reproduziert. (Vgl. Luxemburg 1970: 2-4)

Da die kapitalistische Produktion eine Produktionsweise ist, die durch unzählige Privatproduzenten gekennzeichnet ist, die, mit Ausnahme des Austausches von Gütern und Geld, keine gesellschaftlichen Beziehungen zueinander haben, können sie für die Ermittlung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ausschließlich das Kaufverhalten in der vorangegangenen Produktionsperiode als Anhaltspunkt nehmen. Hier wiederum, auf Grund des bereits erwähnten mangelnden Verhältnisses der Produzenten untereinander, immer nur das Kaufverhalten, das Konsumenten gegenüber den, von ihnen erzeugten Produkten, an den Tag gelegt haben. Somit wird also das produziert, wonach der zahlungskräftige Teil der Bevölkerung verlangt. (Vgl. Luxemburg 1970: 4)

Die Privatproduzenten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft haben zwar keine gesellschaftliche Beziehung zueinander, es findet also kein Austausch über firmeninterne Informationen untereinander statt, allerdings sind sie durch eine „technische Beziehung“ miteinander verknüpft, was bedeutet, dass beinahe alle einzelnen Produktionszweige technisch voneinander abhängig sind. Kommt es nun zu einem „Zuviel“ oder einem „Zuwenig“ in der Produktion eines führenden Produktionszweiges, so betrifft dies meistens auch alle anderen, mit ihm verknüpften, Produktionszweige. (Vgl. Luxemburg 1970: 4)

Dies führt dazu, dass sich „von Zeit zu Zeit abwechselnd ein allgemeiner Überfluß [sic!] und ein allgemeiner Mangel an Produkten im Verhältnis zur Nachfrage der Gesellschaft“ (Luxemburg 1970: 4) ergibt.

Genauer erklärt ist es so, dass es in jedem Produktionszweig von Zeit zu Zeit zu Unterbrechungen der Reproduktion kommt. Diese einzelnen Unterbrechungen führen, wie oben erwähnt, zu einer Differenz zwischen Angebot und Nachfrage. (Vgl. Luxemburg 1970: 5)

Diese Abweichungen von der Nachfrage summieren sich periodisch „zu einer allgemeinen Inkongruenz, worauf eine allgemeine Unterbrechung der Reproduktion folgt.“ (Luxemburg 1970: 5)

Luxemburg bezieht sich auf Sismondi, wenn sie davon spricht, dass kapitalistische Reproduktion „nur als eine fortlaufende Reihe einzelner Spiralen dargestellt werden kann, deren Windungen anfänglich klein, dann immer größer, zum Schluß [sic!] ganz groß sind, worauf ein Zusammenschrumpfen folgt und die nächste Spirale wieder mit kleinen Windungen beginnt, um dieselbe Figur bis zur Unterbrechung durchzumachen.“ (Luxemburg 1970: 5)

Dieser periodische Zyklus „der matten Konjunktur, Hochkonjunktur und Krise“ stellt allerdings, wie fälschlicherweise oft angenommen, nicht das eigentliche Problem der kapitalistischen Reproduktion dar, sondern ist vielmehr nur eines ihrer Merkmale. Will man die Frage nach dem Wert eines Gutes und die Frage nach der kapitalistischen Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals lösen, muss man vielmehr davon ausgehen, dass es genau so viel Angebot als Nachfrage gibt, damit man den Preis eines Gutes mit dessen tatsächlichen Wert gleichsetzen kann. Dies wird möglich, indem man einen ganzen Zyklus betrachtet, indem sich aus Konjunktur und Krise ein Mittelwert entnehmen lässt. Dieser Mittelwert ist es auch, der herangezogen wird, wenn Luxemburg in ihrer Analyse von kapitalistischer Reproduktion spricht. (Vgl. Luxemburg 1970: 5f)

Für den kapitalistischen Produzenten zählt ausschließlich die Schaffung von Mehrwert, weshalb auch, wie oben bereits erwähnt, nur jene Güter produziert werden, die auch Absatz finden, sich also in Geld umwandeln lassen. Der kapitalistische Produzent investiert Kapital in den Produktionsprozess. Dieses Kapital zerfällt einerseits in Ausgaben für Produktionsmittel. (Vgl. Luxemburg 1970: 7)

Diesen Teil nennt Luxemburg, in Bezugnahme auf Karl Marx, den „konstanten Kapitalteil“ (c), „[...] der seine Wertgröße durch Gebrauch im Arbeitsprozeß [sic!] unverändert auf das Produkt überträgt [...]“ (Luxemburg 1970: 7).

Auf der anderen Seite zerfällt das vom kapitalistischen Privatproduzenten investierte Kapital in Ausgaben zur Bezahlung der Arbeitskräfte. Ebenfalls gestützt auf Marx, bezeichnet sie diesen als „variablen Kapitalteil“ (v), „[...]der durch Aneignung unbezahlter Lohnarbeit zum Wertzuwachs, zur Erzeugung von Mehrwert führt[...]“ (Luxemburg 1970: 7).

Eine kapitalistisch hergestellte Ware besteht also im Normalfall aus konstanten Kapital (c), aus variablen Kapital (v) sowie aus Mehrwert (m). Wird diese Ware nun verkauft, dann erhält der kapitalistische Privatproduzent durch das dadurch erhaltene Geld seine Auslagen für die Bezahlung seiner Arbeiter, seine Auslagen für die Produktionsmittel sowie den vom Produzenten bereits im Herstellungsprozess eingerechneten Mehrwert, also den tatsächlichen Gewinn den er mit der Ware erwirtschaftet hat. Das Ziel kapitalistischer Produktion ist es aber nicht, immer denselben Mehrwert zu erlangen. Vielmehr geht es darum, immer mehr Mehrwert zu erwirtschaften, weshalb es unausweichlich zu einer Erweiterung der kapitalistischen Reproduktion kommt. (Vgl. Luxemburg 1970: 7f)

Da die kapitalistische Wirtschaft von viel Konkurrenz geprägt ist, versuchen die einzelnen Produzenten ihre Waren durch die Herabsetzung der Preise für den Konsumenten attraktiv zu machen. Um Waren günstiger verkaufen zu können und trotzdem steigenden Mehrwert zu erwirtschaften, ist es im nächsten Schritt wichtig, die Produktionskosten zu senken. (Vgl. Luxemburg 1970: 9)

Betrachtet man Luxemburgs Analyse, dann ist genau hier der Punkt, an dem Länder der Peripherie zum ersten Mal eine wichtige Rolle einnehmen. Denn, will man die Produktionskosten senken ohne die Löhne der eigenen Arbeitskräfte zu senken oder ihre Arbeitszeiten zu erhöhen, was längerfristig zu Problemen führen kann die die Produktion beeinträchtigen können, muss man anderswo einsparen.

„Ob es sich um Ersparnisse an Baulichkeiten und Werkzeugen handelt [...] oder um rapide Ausnutzung einer günstigen Marktkonjunktur zur Anschaffung billiger Rohstoffe [...]“ (Luxemburg 1970: 9), sind die gewählten Maßnahmen oft solche, die sich besser in den ärmeren Ländern dieser Erde umsetzen lassen. Dazu kommen noch Änderungen in der Produktionsweise, wie etwa die „[...] Anwendung leistungsfähigerer Produktionsmittel [...]“ oder die „[...] weitgehende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen [...]“. (Luxemburg 1970: 9)

Die kapitalistische Wirtschaftsweise zwingt also Betriebe zur Expansion, eine Funktionsweise die Großbetrieben erhebliche Vorteile gegenüber Klein- und Mittelbetrieben einräumt. Denn, um diese ständige Erweiterung der Reproduktion aufrecht erhalten zu können, ist es notwendig, einen Teil des, durch den Verkauf der produzierten Ware, erhaltenen Mehrwerts in das Kapital, das zur Produktion notwendig

ist, einfließen zu lassen, einen Vorgang den Marx Kapitalakkumulation nennt. (Vgl. Luxemburg 1970: 9f, 12)

Somit ist „Akkumulation, Verwandlung des Mehrwerts in tätiges Kapital, [...] der kapitalistische Ausdruck der erweiterten Reproduktion.“ (Luxemburg 1970: 10)

Damit die Akkumulation von Kapital erfolgreich umgesetzt werden kann, benötigt der kapitalistische Produzent auf der einen Seite die für die Erweiterung seiner Produktion nötigen Rohstoffe und Geräte, auf der anderen Seite aber auch genügend, noch nicht anderswo tätige, also bis zu ihrer Verwendung durch den Produzenten unbeschäftigte, Arbeitskräfte, sowie einen funktionierenden Warenmarkt, auf dem die zusätzlichen Arbeitskräfte ihren erhaltenen Lohn gegen Lebensmittel eintauschen können. Desweiteren benötigt es einen erweiterten Absatzmarkt, damit die, durch die Erweiterung der Produktion erzeugte Ware, wieder in Form von Geld, vor allem aber in Form von neuem Mehrwert, zum Produzenten zurückfließt. (Vgl. Luxemburg 1970: 12f)

Betrachtet man die Bedingungen, die für erfolgreiche Kapitalakkumulation notwendig sind, so wird „[...]die Abhängigkeit [des Einzelkapitalisten] von der Gesellschaft, von der Gesamtheit der produzierenden und konsumierenden Einzelglieder fühlbar.“ (Luxemburg 1970: 14)

Das zentrale Element der Arbeit Luxemburgs nimmt nun, nach der schrittweisen Einführung in die Thematik, die Analyse des Marxschen Schemas der erweiterten Reproduktion ein. Die Vielfalt an Produktionszweigen wird hierbei auf zwei Produktionsabteilungen reduziert, die beide durch ihren gegenseitigen Austausch aneinandergeschlossen sind, wobei Abteilung I für die Versorgung mit Produktionsmitteln, Abteilung II für die Versorgung mit Lebensmitteln verantwortlich ist. (Vgl. Luxemburg 1970: 73)

Im Marxschen Schema kommt erweiterter Reproduktion zustande, indem die Akkumulation von der Abteilung I ausgeht, die auch ihr Ausmaß bestimmt. Die Abteilung II passt sich in diesem Schema völlig an die Entscheidungen der Abteilung I an. (Vgl. Luxemburg 1970: 79)

Luxemburg, wenngleich sie den wissenschaftlichen Wert des Marxschen Schemas durchaus anerkennt und hochschätzt, kritisiert an dieser Stelle folgendes:

„Marx führt die Akkumulation immer weiter, indem er die Abteilung I auf breiter Basis produzieren läßt [sic!]; die Akkumulation in der II. Abteilung erscheint nur als Folge und Bedingung der anderen: erstens, um die überschüssigen Produktionsmittel aufzunehmen, zweitens, um das erforderliche Mehr an Konsummittel für die zuschüssigen [sic!] Arbeitskräfte zu liefern. Die Initiative der Bewegung liegt die ganze Zeit über auf seiten [sic!] der I. Abteilung, die II. Abteilung ist passives Anhängsel.“ (Luxemburg 1970: 80)

Bestätigt wird dies durch folgende „[...]exakte Regel: die Akkumulation kann nur in beiden Abteilungen zugleich, und zwar nur unter der Bedingung stattfinden, daß [sic!] die Abteilung der Lebensmittel jeweilig genau um so viel ihr konstantes Kapital erweitert, als die Kapitalisten der Produktionsmittelabteilung ihr variables Kapital und ihren persönlichen Konsumtionsfonds erweitern.“ (Luxemburg 1970: 84)

Luxemburg kritisiert an diesem Schema nun die mangelnde Sinnhaftigkeit außerhalb der theoretischen wissenschaftlichen Sphäre, die dadurch entsteht, dass die Frage nach dem Ursprung der erweiterten Nachfrage, also des erweiterten Absatzmarktes, nicht geklärt wird. Denn Marx lässt die Abteilung I mehr Arbeitskräfte einstellen um mehr produzieren zu können. Mehr produziert wird, damit die Abteilung II mehr Produktionsmittel zur Verfügung hat um mehr Lebensmittel herstellen zu können für die neu dazugekommenen Arbeitskräfte der Abteilung I. (Vgl. Luxemburg 1970: 84f, 89)

Marx geht in seinem Schema von zwei Klassen innerhalb der Gesellschaft aus, von Kapitalisten und Arbeiter.

Unter den Arbeitern gibt es jene der Abteilung I und jene der Abteilung II und, folgt man Luxemburg, sieht es so aus als drehe sich Marx mit seinem Schema im Kreis, wenn er die Erweiterung der Produktion der Abteilung I nur deshalb durchführen lässt, damit die Abteilung II ebenfalls erweitern kann um die vermehrte Arbeiterzahl der Abteilung I zu erhalten. (Vgl. Luxemburg 89f)

Dieser Gedankengang ist, auf eine kapitalistische Gesellschaft angewandt, nicht korrekt, denn die kapitalistische Wirtschaft produziert nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger, sondern rein für Profit.

Luxemburg merkt an, dass die Geldquelle der Arbeiter in diesem Schema rein von ihren Löhnen dargestellt wird. Wenn sie ihre Löhne untereinander investieren, kann es zu keiner Mehrwerterzeugung kommen, sondern nur zu gegenseitigen Austausch von Geld und Ware. Dies sichert zwar die Reproduktion, allerdings kann die erweiterte Reproduktion mit diesem Muster nicht erklärt werden. (Vgl. Luxemburg 1970: 90)

Luxemburg geht in ihrer Analyse dieses Schemas zwar einen Schritt weiter und berücksichtigt neben den, von Marx verwendeten, Klassen auch noch andere Berufsgruppen, wie etwa die liberalen Berufe, zu denen zum Beispiel Ärzte und Rechtsanwälte zählen, Angestellte, Grundbesitzer etc., stellt allerdings fest, dass auch unter Einbeziehung dieser, die erweiterte Reproduktion nicht erklärt werden kann, denn diese Berufsgruppen erhalten das Geld, das ihnen zur Konsumtion zur Verfügung steht, wiederum durch die Kapitalisten und Arbeiter. (Vgl. Luxemburg 1970: 90f)

Auch der auswärtige Handel bietet keine Lösung für das Problem, denn „[d]ie Analyse des Reproduktionsprozesses bezieht sich überhaupt nicht auf ein einzelnes kapitalistisches Land, sondern auf den kapitalistischen Weltmarkt, für den alle Länder Inland sind.“ (Luxemburg 1970: 92)

Im Gegensatz zu den Theoretikern die sich vor ihr mit dem Problem der Akkumulation auseinandergesetzt haben, von Ricardo bis Marx, findet Luxemburg hier die Antwort auf die Frage nach der Realisierung des Mehrwerts, indem sie Gesellschaftsschichten miteinbezieht, die außerhalb der kapitalistischen Sphäre produzieren. (Vgl. Luxemburg 1970: 272-274)

Betrachtet man diesen Gedankengang Luxemburgs genauer, so erkennt man deutlich, dass genau hier der Punkt ist, an dem die Rolle der Länder der Peripherie in ihrer Analyse, nach der kurzen Andeutung relativ am Anfang, nun tatsächlich an fundamentaler Bedeutung gewinnt. Denn jene Länder, deren wirtschaftliche Entwicklung sich nicht auf demselben Niveau jener der Industriestaaten befindet, bieten

den perfekten Absatzmarkt für kapitalistisch produzierte Produktions- und Konsumtionsmittel.

Eine weitere Errungenschaft liefert Luxemburgs Analyse dadurch, dass sie, entgegen der Annahme im Marxschen Schema, dass alle Produktionsmittel kapitalistisch hergestellt werden müssen, erkennt, dass die kapitalistische Akkumulation zu einem bedeutenden Teil von Produktionsmittel abhängig ist, die nicht kapitalistisch produziert werden. (Vgl. Luxemburg 1970: 278)

„Die kapitalistische Produktion ist von Anbeginn in ihren Bewegungsformen und –
gesetzen auf die gesamte Erde als Schatzkammer der Produktivkräfte berechnet. In
seinem Drange nach Aneignung der Produktivkräfte zu Zwecken der Ausbeutung
durchstößt das Kapital die ganze Welt, verschafft sich Produktionsmittel aus allen
Winkeln der Erde, errafft oder erwirbt sie von allen Kulturstufen und
Gesellschaftsformen.“ (Luxemburg 1970: 279)

Genau hier liegt nun der Ursprung des Imperialismus. Denn damit fortwährende
Akkumulation gesichert werden kann, ist es unbedingt von Nöten dass genügend
Rohstoffquellen vorhanden sind.

„Die wirtschaftliche Basis der Rohstoffherzeugung sind die vom europäischen Kapital
praktizierten primitiven Ausbeutungssysteme in den afrikanischen Kolonien sowie in
Amerika, die verschiedene Kombinationen von Sklaverei und Fronverhältnis
darstellen.“ (Luxemburg 1970: 280)

Diese Aussage Luxemburgs kann zwar nicht mehr Eins zu Eins in die heutige Zeit
übertragen werden, dennoch veranschaulicht sie auf sehr deutliche Weise auf welchen
Eckpfeilern das kapitalistische Wirtschaftssystem aufgebaut ist.

Noch einmal weicht Luxemburg von den Grundannahmen des Marxschen Schemas ab,
indem sie Marxs Konzept der industriellen Reservearmee abändert. Während Marx den
Ursprung dieses Pools an zusätzlichen Arbeitskräften innerhalb der kapitalistischen
Arbeiterklasse vermutet, stellt Luxemburg fest, dass eine ständig wachsende Zahl an
zusätzlichen Arbeitskräften nur aus nichtkapitalistischen Gesellschaftsschichten und
Ländern rekrutiert werden kann. (Vgl. Luxemburg 1970: 280, 283)

„So wenig die kapitalistische Produktion sich auf die Naturschätze und Produktivkräfte der gemäßigten Zone beschränken kann, vielmehr zu ihrer Entfaltung der Verfügungsmöglichkeit über alle Erdstriche und Klimate bedarf, so wenig kann sie mit der Arbeitskraft der weißen Rasse allein auskommen. Das Kapital braucht zur Nutzbarmachung von Erdstrichen, in denen die weiße Rasse arbeitsunfähig ist, andere Rassen, es braucht überhaupt die unumschränkte Verfügungsmöglichkeit über alle Arbeitskräfte des Erdrunds, um mit ihnen alle Produktivkräfte der Erde- soweit dies in den Schranken der Mehrwertproduktion möglich- mobil zu machen.“ (Luxemburg 1970: 284)

Diese Arbeitskräfte leben aber selbst in Gesellschafts- und Produktionssystemen, die zuerst zerstört werden müssen, bevor man sie in das kapitalistische Produktionssystem integrieren kann. Aus diesem Grund strebt das Kapital auch danach sich alle Gebiete dieser Erde anzueignen. Obwohl es nichtkapitalistische Gesellschaftsformen als Absatzmarkt braucht, ist für die Zwecke des Kapitals nicht jede Form geeignet und das Ziel ist daher jene, dem Zwecke der Vermehrung des Kapitals nicht dienlichen, Formen zu zerstören. (Vgl. Luxemburg 1970: 289)

Luxemburg unterscheidet zwischen „[dem] Kampf des Kapitals mit der Naturalwirtschaft, [dem] Kampf mit der Warenwirtschaft und [dem] Konkurrenzkampf des Kapitals auf der Weltbühne um die Reste der Akkumulationsbedingungen.“ (Luxemburg 1970: 289)

Gesellschaftsformen die rein auf der Naturalwirtschaft basieren sind für die Zwecke des Kapitals völlig unbrauchbar, da sie keinen Bedarf an Ankauf oder Verkauf von Ware aufweisen und auf einer „[...] Art Gebundenheit sowohl der Produktionsmittel wie der Arbeitskräfte“ (Luxemburg 1970: 289) beruhen.

Aus diesem Grund wird während der Phase des Kolonialismus auch versucht sie alle zu brechen und zu Gunsten der kapitalistischen Zentren zu formen. Dem Kapital ist dabei jedes Mittel recht, vom Einsatz von finanziellem Druck, zum Beispiel durch Steuern, bis zum Einsatz politischer Gewalt wie Krieg und Revolutionen, wobei oft eine Kombination aus finanziellem Druck und gewaltsamen politischen Methoden angewandt wird. (Vgl. Luxemburg 1970: 290)

Sind die traditionellen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen erst einmal zerstört, ist der Weg frei für die widerstandslose Aneignung der Rohstoffe und des Bodens, die Zerstörung der Selbstversorgung durch die Einführung der Warenwirtschaft und damit verbunden die Beschaffung neuer Arbeitskräfte. Dies sind alles essentielle Vorbedingungen für eine erfolgreiche und andauernde Akkumulation des Kapitals. (Vgl. Luxemburg 1970: 291f, 306)

Während man die Gewinnung von Rohstoffen und Arbeitskräften gewaltsam durchsetzen kann, kann man die Bevölkerung aber nicht dazu zwingen die kapitalistisch produzierten Produkte auch zu kaufen. Um den erweiterten Absatzmarkt zu erhalten, den der Kapitalismus so dringend braucht, wird daher oft versucht die Menschen mit Investitionen in ihr Land dazu zu bringen, sich freiwillig am kapitalistischen Warenmarkt zu beteiligen. (Vgl. Luxemburg 1970: 306)

Ein weiteres Bestreben des Kapitalismus ist es, landwirtschaftliche Tätigkeiten und Gewerbe voneinander zu trennen, um die Bauern zu Käufer seiner Waren zu formen. Dies gelingt scheinbar durch die Überlegenheit der kapitalistischen Massenproduktion, die es erlaubt Güter viel günstiger herzustellen, als es der Kleinbauer und seine Familie in Eigenproduktion tun können.

Da es aber viel Zeit in Anspruch nehmen würde bis die Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsweise jeden Bauern dazu zwingen könnte zum Abnehmer der kapitalistisch produzierten Ware zu werden, greift das Kapital noch zu anderen Mitteln, wie etwa Steuerdruck oder Krieg, um den Prozess zu beschleunigen. (Vgl. Luxemburg 1970: 315)

„Der Akkumulationsprozeß [sic!] hat die Bestrebung, überall an Stelle der Naturalwirtschaft die einfache Warenwirtschaft, an Stelle der einfachen Warenwirtschaft die kapitalistische Wirtschaft zu setzen, die Kapitalproduktion als die einzige und ausschließliche Produktionsweise in sämtlichen Ländern und Zweigen zur absoluten Herrschaft zu bringen.“ (Luxemburg 1970: 335)

Öffentliche Anleihen spielen bei der Etablierung des kapitalistischen Systems eine wichtige Rolle, denn „[d]ie Funktionen der Anleihe in der Kapitalakkumulation sind mannigfache: Verwandlung von Geld nichtkapitalistischer Schichten, Geld als Warenäquivalent [...] oder Geld als Konsumtionsfonds des Anhangs der

Kapitalistenklasse in Kapital, Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital vermittelt staatlicher Eisenbahnbauten und Militärlieferungen, Übertragung akkumulierten Kapitals aus alten kapitalistischen Ländern in junge.“ (Luxemburg 1970: 337)

So wichtig die Anleihen für die jungen kapitalistischen Staaten auch sind, so sind es doch die alten kapitalistischen Staaten die am meisten von ihnen profitieren. Anleihen bieten nicht nur eine perfekte Möglichkeit akkumuliertes Kapital anzulegen, sie ermöglichen es den Zentren auch die wirtschaftlichen,- politischen und finanziellen Entscheidungen der neuen kapitalistischen Staaten völlig zu kontrollieren. (Vgl. Luxemburg 1970: 338)

Man merkt also deutlich dass die kapitalistische Akkumulation zwei Seiten aufweist und sich je nach Spielfeld anders präsentiert.

Die eine Seite bekommt man in den oben erwähnten Abteilungen, in denen für das Kapital produziert wird, ebenso wie am Warenmarkt, auf dem das Produzierte realisiert wird, zu sehen. Diese Seite präsentiert sich als friedvoller, rein ökonomischer Prozess, der von Gleichheit und Eigentumsrechten gekennzeichnet ist. (Vgl. Luxemburg 1970: 367)

Die andere Seite aber, jene die „zwischen dem Kapital und den nichtkapitalistischen Produktionsformen“ zum Vorschein kommt, ist geprägt von „[...] Kolonialpolitik, [dem] internationale[n] Anleihesystem, Politik der Interessensphären [und] Kriege.“ (Luxemburg 1970: 367)

Rosa Luxemburgs Analyse des Imperialismus ist, obwohl sie schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts verfasst wird, heute genauso noch gültig wie vor hundert Jahren.

Fasst man sie mit einem Satz zusammen, dann kann man sagen, dass „[d]er Imperialismus [...] der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus [ist].“ (Luxemburg 1970: 361)

2.3) Akkumulation durch Enteignung. Der neue Imperialismus David Harveys

Genauso wie Rosa Luxemburg jedem, der sich mit den klassischen Imperialismustheorien auseinandersetzt, ein Begriff ist, trifft dasselbe im Feld der neuen Imperialismustheorien auf David Harvey zu, jenem Sozialanthropologen, dessen 2003 erschienenes Werk *The New Imperialism* sich zwar mit dem US- Imperialismus beschäftigt, sich aber ebenso gut zur Analyse der Problematik der Auswirkungen der EU- Agrartreibstoffpolitik heranziehen lässt.

Während es viele verschiedene Ausprägungen von Imperialismus gibt, identifiziert Harvey den aktuellen US- amerikanischen Imperialismus als „kapitalistischen Imperialismus“, den er als „[...] widersprüchliche Verschmelzung von der „Politik von Staaten und Imperialen“ [...] mit den „molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit“ [...]“ (Harvey 2005: 33) definiert.

Diese Definition erklärt er im Anschluss folgendermaßen:

„Mit ersterem möchte ich die politischen, diplomatischen und militärischen Strategien betonen, die ein Staat (oder eine Ansammlung von Staaten, die als politischer Machtblock operiert) ins Feld führt und anwendet in dem Bemühen, in der ganzen Welt seine Interessen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen.

Mit letzterem richte ich das Augenmerk auf die Weisen, in denen wirtschaftliche Macht- durch die alltägliche Praxis von Produktion, Handel, Gewerbe [...] – durch das Raumkontinuum strömt, in territoriale Einheiten (wie Staaten oder regionale Machtblöcke) hinein oder aus ihnen hinaus.“ (Harvey 2005: 33)

Weiter betont er den Unterschied zwischen der „territorialen“ und der „kapitalistischen“ Logik der Macht, wobei erstere von „Politiker und Staatsmänner“ vertreten wird und letztere von Kapitalisten. (Vgl. Harvey 2005: 33f)

Diese Einteilung trifft er basierend auf den unterschiedlichen Interessen und Beweggründen, die den beiden Logiken zu Grunde liegen.

„Der Kapitalist im Besitz von Geldkapital möchte dieses dort anlegen, wo Profite erzielt werden können, und strebt typischerweise danach, mehr Kapital zu akkumulieren.

Politiker und Staatsmänner streben typischerweise Resultate an, die die Macht ihres eigenen Staates gegenüber anderen Staaten erhalten oder vergrößern. Der Kapitalist sucht den individuellen Vorteil und ist (wenn auch normalerweise durch das Gesetz eingeschränkt) niemandem als ihrem oder seinem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld verantwortlich, während der Staatsmann den kollektiven Vorteil sucht, durch die politische und militärische Situation des Staates eingeschränkt und auf die eine oder andere Weise den Bürgern [...] oder einer anderen gesellschaftlichen Gruppe verantwortlich ist.“ (Harvey 2005: 34)

Ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal ist die Tatsache, dass der Kapitalist, im Gegensatz zum Politiker, der innerhalb „der Grenzen seines Hoheitsgebiets operiert“, im „Raum-Zeit-Kontinuum“ agiert, und nicht zwangsläufig auf einen territorialen Standort gebunden ist. (Vgl. Harvey 2005: 34)

Darüber hinaus lastet auf politischen Entscheidungsfindungsprozessen der Druck durch die Beteiligung der Öffentlichkeit, während „[...] geographische Prozesse der Kapitalakkumulation [...] viel diffuser und einer solchen expliziten politischen Entscheidungsfindung weniger zugänglich [sind]“ (Harvey 2005: 35), was nicht zuletzt daran liegt dass es im Gegensatz zu den, der Bevölkerung gegenüber zu Rechenschaft verpflichteten Politikern, hier hauptsächlich um individuelle Interessen von Geschäftsleuten, Unternehmen etc. geht. (Vgl. Harvey 2005: 35)

Die Mechanismen der „kapitalistischen Logik“ lassen sich also wenn überhaupt nur auf indirektem Weg steuern, und selbst dann meist nur, nachdem sich durch viele individuelle Interessen, die aber in dieselbe Richtung laufen, ein stabiler Trend abzeichnet. (Vgl. Harvey 2005: 35)

„Die staatlich verankerten institutionellen Rahmenvorgaben spielen [...] eine einflussreiche Rolle dabei, der Kapitalakkumulation den Boden zu bereiten. Und es gibt währungs- und finanzpolitische Hebel und Fäden [...] sowie eine Palette von währungs- und finanzpolitischen Interventionsmöglichkeiten (darunter Steuervereinbarungen, Umverteilungspolitik, staatliche Bereitstellung öffentlicher Güter und direkte Planung), die den Staat selbst eindeutig in die Position eines mächtigen wirtschaftlichen Akteurs versetzen.“ (Harvey 2005: 35)

Aber auch Staaten, die durch die von ihnen geschaffenen institutionellen Rahmenbedingungen als Akteur der Wirtschaft agieren, haben in der Realität meist keine wirklich umfassende Kontrolle über die Kapitalakkumulation. (Vgl. Harvey 2005: 35)

Und dennoch, trotz der eben genannten Unterschiede, die die territoriale von der kapitalistischen Logik der Macht trennen, sind beide oft unentwirrbar miteinander verknüpft, wenn ihre Beziehung auch stets eine schwierige ist und auch in Zukunft sein wird.

Dieses schwierige Verhältnis ist auch die Basis „[...] für eine Analyse des kapitalistischen Imperialismus als Schnittstelle dieser beiden unverwechselbaren aber verwobenen Logiken der Macht.“ (Harvey 2005: 37)

Die Herausforderung dabei besteht darin, bei Analysen die Balance zu halten, zwischen einer wirtschaftlichen und einer politischen Betrachtungsweise, und keine der beiden zu forcieren. (Vgl. Harvey 2005: 36f)

Betrachtet man den Imperialismus aus dem Blickwinkel der kapitalistischen Logik, so geht es dabei meist darum, ungleiche Verhältnisse für sich zu nutzen, egal ob es sich dabei um „[...] die ungleichen geographischen Bedingungen, unter denen es zur Kapitalakkumulation kommt [...]“ handelt oder um, wie Harvey es ausdrückt, „Asymmetrien“. (Harvey 2005: 38)

„Letztere drücken sich in unfairem und ungleichem Handel, räumlich manifestierten Monopolmächten, Wucherpraktiken in Verbindung mit eingeschränktem Kapitalfluss und dem Erzielen von Monopolgewinnen aus.“ (Harvey 2005: 38)

Harvey vertritt hier den Standpunkt dass sich die Armut vieler Regionen nicht einzig und allein durch Ressourcenverteilung oder Standortvorteilen erklären lässt, sondern dass darüber hinaus vor allem ungleiche Tauschverhältnisse und das Ausnutzen dieser Regionen durch die kapitalistische Logik der Macht für den enormen Unterschied zwischen Arm und Reich verantwortlich sind.

Genau hier ist der Punkt an dem Wirtschaft und Staat zusammenspielen, denn die Kapitalisten einzelner Länder können nur dann von diesen ungleichen

Tauschverhältnissen profitieren, wenn die Politik dafür sorgt dass das Ungleichgewicht zwischen den Ländern oder den Regionen erhalten bleibt. (Vgl. Harvey 2005: 38)

Denn, „[d]ie Kontrolle über strategisch wichtige Schlüsselstandorte oder Ressourcenkomplexe ist eine wichtige Waffe.“ (Harvey 2005: 98)

Für den Kapitalisten ist das Vorhandensein eines Starken Staates, der sowohl im Inneren als auch im Außen Strukturen schafft und festigt, innerhalb jener der Kapitalist relativ sicher und ungestört agieren kann, zwar nicht unbedingt überlebensnotwendig, aber es macht ihm das Leben um einiges leichter und lässt ihn gestärkter und abgesicherter agieren. (Vgl. Harvey 2005: 91)

Diese ungleichen Tauschverhältnisse sind nicht vom Anbeginn des Warenhandels festgeschrieben, vielmehr entstehen sie im Zuge des kapitalistischen Handelns. Der Tausch von Waren und Dienstleistungen ist verbunden mit der Interaktion verschiedener Dörfer, Städte, Regionen und Länder, aus der schließlich ein System der „territorialen“ und „räumlichen“ Arbeitsteilung entsteht. (Vgl. Harvey 2005: 96)

„Kapitalistische Aktivität erzeugt damit eine ungleichmäßige geographische Entwicklung, auch ohne geographische Differenzierung durch Ressourcen und physikalische Möglichkeiten, die ihr Gewicht zur Logik der regionalen und räumlichen Differenzierung und Spezialisierung beisteuern.“ (Harvey 2005: 96)

Das gesamte System beruht auf dem Kapitalismus. Die Frage ist nun aber, wie es dem Kapitalismus möglich ist, so lange in so ausgeprägter Form zu überleben. Eine Frage, mit der sich bereits Rosa Luxemburg beschäftigt hat, und dabei zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der Imperialismus die Maschine ist, die den Kapitalismus am Leben hält.

Harvey betrachtet diese Antwort als „[...] begrenzt und daher voller eigener unüberwindbarer Widersprüche.“ (Harvey 2005: 89)

Um die Widersprüche der krisenanfälligen Kapitalakkumulation zu verstehen entwickelt er die Theorie der „räumlichen Fixierung“ oder auch „raum- zeitlichen Fixierung“.

Dieser Ausdruck beschreibt zum einen die Zeitspanne, die das Kapital tatsächlich an ein Land gebunden, also „fixiert“ ist. (Vgl. Harvey 2005: 115f)

„Andererseits ist die raum-zeitliche „Fixierung“ die Metapher für eine bestimmte Art von Reparierung und der Lösung der kapitalistischen Krisen durch die zeitliche Verschiebung und die geographische Ausdehnung.“ (Harvey 2005: 116)

Im Zentrum steht die „[...] chronische Tendenz des Kapitalismus, Krisen der Überakkumulation hervorzubringen [...]“ (Harvey 2005: 89), die ihren Ausdruck in überschüssigen Waren, überschüssigen Geld oder überschüssiger Produktivität sowie hohen Arbeitslosenzahlen finden.

Einmal an diesem Punkt angekommen gibt es nur mehr zwei Möglichkeiten, massive Entwertung oder die Findung neuer Verwendungsmöglichkeiten für den Überschuss. Als Möglichkeiten der Absorption der Kapitalüberschüsse bilden sich laut Harvey „geographische Ausdehnung“ und „räumliche Umstrukturierung“ die geeignetsten Strategien um einer Abwertung der Kapitalüberschüsse zu entkommen. (Vgl. Harvey 2005: 90)

„Da geographische Ausdehnung oft Investitionen in langlebige physische und soziale Infrastruktur mit sich bringt [...], stellt die Herstellung und Umstrukturierung von räumlichen Beziehungen eine wirksame Weise dar, die Neigung zur Ausbildung von Krisensituationen im Kapitalismus abzuschwächen, wenn nicht zu unterdrücken.“ (Harvey 2005: 90)

Denn zum Einen verzögert sich durch die Investition in langfristige Projekte die Absorption des heutigen Überschusses, zum anderen bietet das Ausweiten der Einflussosphäre auf neue Gebiete die Möglichkeit der „[...]Erschließung neuer Märkte, neuer Produktionskapazitäten und Ressourcen und neuer Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten [...]“. (Harvey 2005: 111)

Während es für den Kapitalisten von großem Vorteil ist sich billige Ressourcenquellen, günstige Arbeitskräfte, und neue „[...] Regionen als dynamische Räume der Kapitalakkumulation [...]“ (Harvey 2005: 116) anzueignen und „[...] bereits bestehende[...] gesellschaftliche[...] Formationen mit kapitalistischen Sozialbeziehungen und institutionellen Übereinkommen [...]“ (Harvey 2005: 116) zu durchdringen, führt dieses Verhalten der „geographischen Ausdehnung“, der „Umstrukturierung“ und der „Neuorganisation“ aber zu einer Bedrohung jener Werte,

die in dem Land oder der Region, auf die sich ausgebreitet wird bereits festgelegt wurden. (Vgl. Harvey 2005: 116)

Das Element das Harveys neuen Imperialismus so interessant macht ist die Identifizierung einer, neben den bereits genannten Maßnahmen, weiteren Form der Sicherung der Akkumulation, die er „Akkumulation durch Enteignung“ nennt. Um dieses Konzept zu erklären bedient er sich zunächst den Gedankengängen Rosa Luxemburgs, die in ihrer Imperialismustheorie, wie gegen Ende des vorigen Unterkapitels beschrieben, den Doppelcharakter der Kapitalakkumulation herausgearbeitet hat. (Vgl. Harvey 2005: 136; Luxemburg 1970: 336f)

Die Luxemburgsche Theorie spielt zwar eine Rolle für die Theoriefindung Harveys, wird aber nicht völlig unkritisch einfach so übernommen. Im Gegenteil. Harvey betrachtet Luxemburgs Theorie hingehend auf ihre Identifizierung von Unterkonsumtion als verantwortlichen Faktor in der Entstehung der Krisen des Kapitalismus, sowie auf ihre daraus resultierende Schlussfolgerung, dass der Handel mit nichtkapitalistischen Regionen essentiell sei, um das System stabil zu halten, und hebt hervor, dass diese Erklärung als obsolet betrachtet werden kann.

Vielmehr sind seiner Ansicht nach die Krisen des Kapitalismus Krisen die durch Überakkumulation ausgelöst werden. Als großes Problem des Kapitalismus identifiziert er also Überschüsse, seien es nun Kapitalüberschüsse oder Produktivkapazitäten die nicht genutzt werden können. (Vgl. Harvey 2005: 136f)

Das Argument Luxemburgs, das Vorhandensein nichtkapitalistische Handelspartner sei essentiell für das Weiterleben des Systems, lässt er also nicht gelten. Stattdessen stellt er klar dass „[d]ie allgemeine Stoßrichtung jeder kapitalistischen Machtlogik [...] nicht [ist], die kapitalistische Entwicklung bestimmter Gebiete möglichst zu verhindern, sondern diese kontinuierlich für jene zu öffnen.“ (Harvey 2005: 138)

Obwohl es durchaus Unterschiede in der Betrachtungsweise des Problems des Kapitalismus und der Rolle, die der Imperialismus in einem kapitalistischen System einnimmt, gibt, die zum Teil sicher auch mit den Rahmenbedingungen der Entstehung der beiden Theorien zu erklären sind, merkt man doch den Einfluss, den Rosa Luxemburgs Gedankengut auf Harveys Theorie hat.

Ein Gedankengang Luxemburgs, nämlich jener, dass der Kapitalismus etwas außerhalb von sich selbst braucht um funktionieren zu können, wird von Harvey zum Beispiel als durchaus relevant angesehen. Er stimmt damit überein dass der Kapitalismus das „Außen“ benötigt, betont aber dass „[...] der Kapitalismus [...] entweder ein bereits bestehendes Außen nutzen (nicht kapitalistische Gesellschaften oder ein bestimmtes Gebiet innerhalb des Kapitalismus- wie etwa die Bildung- das noch nicht proletarisiert worden ist) oder ein solches aktiv herstellen [kann].“ (Harvey 2005: 140)

Diese „Innen-Außen-Dialektik“ nimmt in Harveys Theorie einen wichtigen Stellenwert ein.

Den Begriff der „Akkumulation durch Enteignung“ wird von Harvey eingeführt um die beiden, von Karl Marx geprägten, Begriffe, „primitive“ und „ursprüngliche“ Akkumulation zu ersetzen. Denn anders als Marx, betrachtet Harvey die „ursprüngliche“ Akkumulation nicht als abgeschlossene Phase die längst von der erweiterten Reproduktion abgelöst wurde, sondern als kontinuierlichen Prozess, weshalb man auch die Bezeichnung dementsprechend anpassen müsse. (Vgl. Harvey 2005: 143)

„Darunter die Kommodifizierung und Privatisierung des Bodens und die gewaltsame Vertreibung der bäuerlichen Landbevölkerung; die Umwandlung verschiedener Formen von Eigentumsrechten [...] in exklusive Privateigentumsrechte; die Unterdrückung des Rechtes auf Nutzung des Gemeindelandes; die Kommodifizierung der Arbeitskraft und die Unterdrückung alternativer (traditioneller) Formen der Produktion und des Konsums; koloniale, neokoloniale und imperialistische Prozesse der Aneignung von Vermögenswerten (einschließlich natürlicher Ressourcen); die Monetarisierung des Tausches und die Besteuerung insbesondere von Land; [...] die Staatsverschuldung und schließlich das Kreditwesen als radikales Mittel der primitiven Akkumulation“ (Harvey 2005: 143) sind laut Harvey heute genauso noch allgegenwärtig und kein Relikt der Vergangenheit. (Vgl. Harvey 2005: 143f)

Die „Akkumulation durch Enteignung“ dient heute dazu „[...] eine Reihe von Vermögenswerten (darunter auch Arbeitskraft) zu sehr niedrigen (und in manchen Fällen ganz ohne) Kosten freizusetzen.“ (Harvey 2005: 147) Sie tut dies, in mannigfacher Weise, die ganze Zeit.

Nun ist es so, „[...] dass die ursprüngliche Akkumulation [...]“ durchaus als „[...] ein notwendiger Vorläufer positiver Veränderungen [...]“ (Harvey 2005: 163) betrachtet werden kann, der gegebene soziale Ordnungen zerstört und somit den Boden bietet für neu entstehende Gesellschaftsformen. Selbst in den Augen Karl Marxs „[...] beinhaltet die kapitalistische Entwicklung [...] durchaus auch progressive Elemente [...]“. (Harvey 2005: 161)

Anhand Beispielen aus der jüngeren Geschichte untermauert Harvey diesen Gedankengang, stellt aber auch fest dass es, nachdem die „ursprüngliche Akkumulation“ erst mal den Weg bereitet hat für die erweiterte Reproduktion, die andauernde „ursprüngliche Akkumulation“, also die „Akkumulation durch Enteignung“ ist, die jene zerstörerischen Konsequenzen die mit dem Kapitalismus in Verbindung stehen, mit sich bringt. (Vgl. Harvey 2005: 162)

„Akkumulation durch Enteignung“ ist eng verknüpft mit Imperialismus. Wie oben bereits erwähnt kommt dem Staat dabei eine wichtige Rolle zu, denn er ist es, der die „[...] externen und internen institutionellen Rahmenvorgaben [sichert und fördert], durch die die Asymmetrie der Tauschbeziehungen sich zum Nutzen der Hegemonialmacht auswirken kann.“ (Harvey 2005: 177)

„Akkumulation durch Enteignung“ ist also fest verknüpft mit der erzwungenen Öffnung der Märkte. Der viel propagierte freie Handel sowie die offenen Kapitalmärkte sind die heutigen Spielplätze des Imperialismus, die von den Akteuren der reichen Länder exzessiv genutzt werden um sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. (Vgl. Harvey 2005: 178)

Zum Abschluss ist wichtig zu erwähnen dass „[n]ichts von alldem [...] jedoch seine heutige Bedeutung erlangt [hätte], wären nicht durch die erweiterte Reproduktion in Verbindung mit einer politischen Weigerung, eine Lösung dieser Probleme durch interne Reformen anzustreben, chronische Probleme der Überakkumulation von Kapital entstanden. Die größere Bedeutung der Akkumulation durch Enteignung als Antwort, symbolisiert durch das Aufkommen einer internationalistischen Politik des Neoliberalismus und der Privatisierung, korreliert mit Runden der räuberischen Entwertung von Vermögen, die periodisch über den einen oder anderen Teil der Welt verhängt werden.“ (Harvey 2005: 178)

2.4) Food Regime Theorie

Das Konzept des „Food Regime“ wird von Harriet Friedmann und Philip McMichael in den 1980er Jahren entwickelt. Der marxistische Ansatz verbindet in seiner Analyse internationale Produktionsbeziehungen im Agrarsektor mit dem Konsum von Nahrungsmitteln und der Akkumulation von Kapital.

„...[F]ood regime analysis brings a structured perspective to the understanding of agriculture and food's role in capital accumulation across time and space. In specifying patterns of circulation of food in the world economy it underlines the agrofood dimension of geopolitics, but makes no claim to comprehensive treatment of different agricultures across the world...It is [...] complemented by commodity chain analyses, dependency analyses, and fair trade studies that focus on particular food relationships in international trade“ (McMichael 2009 a: 140) und stützt sich auf Forschungen im Bereich der Landwirtschaft sowie Untersuchungen, die sich mit Nahrung beschäftigen. Der Fokus liegt dabei auf der Kapitalakkumulation und der Aufteilung des Einflusses im Agrarsektor.

Der Zeitrahmen den die Food Regime Analyse dabei berücksichtigt erstreckt sich von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis heute. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 95, McMichael 2009 a: 140)

Die Autoren unterscheiden dabei zwischen 3 aufeinanderfolgenden Nahrungsmittelregimen, von denen nicht nur das aktuelle, sondern auch die ersten beiden für diese Arbeit relevant sind, da durch ein Verständnis der Entwicklung des Agrarsektors von einem, noch zu großen Teilen auf Subsistenz aufbauenden, Sektor hin zu einem hoch industrialisierten Wirtschaftsmarkt, zu einem besseren Verständnis des aktuellen Landwirtschaftssystems beiträgt.

Das erste Food Regime wird zwischen 1870 und dem Zeitalter der Weltkriege eingeordnet. Die zentrale Frage dieser Regelung ist jene nach „the political implications of patterns of proletarianisation of European farmers, overdetermined by the international food trade [...]“. (McMichael 2010: 612)

Es ist gekennzeichnet durch den Höhepunkt des Kolonialismus in Europa, wobei der Fokus hier auf Großbritannien gelegt wird, sowie die parallel dazu stattfindende, von

den Siedlerstaaten ausgehende, Entwicklung des Systems der Nationalstaaten und deren national regulierten Agrarsektor. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 94, 96; McMichael 2009 a: 141)

Ein weiteres, damit zusammenhängendes, Merkmal dieser Epoche ist das Aufkommen einer internationalen Arbeitsteilung und, damit in Zusammenhang stehend, die Entstehung internationaler und multilateraler Handelsbeziehungen. Kennzeichnend hierfür sind, neben den weiterlaufenden Rohstoffimporten aus den Kolonien, die Nahrungsmittelimporte Europas aus den Siedlerstaaten mit gleichzeitigem Export von Industriegütern, Arbeitskräfte und Kapital aus Europa. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 95f)

„The prewar international food order [is] increasingly restricted to these major trading countries. Formerly important export countries, such as Russia, Austria-Hungary, Rumania, and India, [become] increasingly marginal.“ (Friedmann 1982: 257)

Das Aufkommen eines durch den Preis regulierten globalen Nahrungsmittelmarktes führt zu einem Aufblühen des Wettbewerbs zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und es kommt zu einer Transformation der Landwirtschaft in einen kapitalistischen Agrarsektor. (Vgl. Friedmann 1982: 257; Friedmann, McMichael 1989: 94)

Diese Entwicklungen haben große Auswirkungen auf die Gesellschaftsstruktur und die politische Entwicklung in den einzelnen Ländern. So fördern zum Beispiel die günstigen Nahrungsmittelimporte die Entstehung einer noch größeren Arbeiterklasse in Europa. In den ehemaligen Siedlerstaaten trägt die Veränderung der Handelsstruktur dazu bei, dass sich eine wachsende Schicht an Produzenten herausbildet, die ihren Fokus nicht nur auf den Landwirtschaftssektor richten, sondern damit verbunden auch auf die Produktion von Waren aus landwirtschaftlichen Rohstoffen, und dadurch an politischen und gesellschaftlichen Einfluss gewinnen. (Vgl. Friedmann 1982: 257; McMichael 2009 a: 141)

Der Niedergang dieses bedeutenden Nahrungsmittelregimes, das so grundlegende Veränderungen im globalen Handelssystem und als Konsequenz auch in den einzelnen

Gesellschaftssystemen einleitet, beginnt in den 1930ern und vollzieht sich bis zum Zweiten Weltkrieg. (Vgl. Friedmann 1982: 257)

„National policy responses create[...] three crucial conditions for postwar reconstruction: the political importance of export-dependent farmers, especially in the United States; the revitalization of European agriculture and agrarian classes; and the shift in international power, creating new possibilities for U.S. relations with Africa, Asia, and Latin America.“ (Friedmann 1982: 257)

Dies ist der Beginn des zweiten Food Regimes, das sich bis in die 1970er Jahre hinein hält.

Seine Agrarfrage beschäftigt sich mit „[...] state pacification of First and Third World farmers via public support, land reforms, and technification.“ (McMichael 2010: 612)

Gekennzeichnet ist es durch die Bildung von Nationalstaaten in den früheren Kolonien, sowie deren exzessiven Import von günstigen überschüssig produzierten Weizen aus den USA. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 103; McMichael 2009 a: 145)

Vor allem landwirtschaftliche Produzenten in den USA sind zu dieser Zeit schon völlig abhängig von dem Export ihrer Produktion. Mit dem Zweiten Weltkrieg und damit einhergehend mit der steigenden innereuropäischen Weizenproduktion, fehlt es amerikanischen Produzenten an Abnehmer für ihr Produkt.

Um die verheerendsten Auswirkungen abzuschwächen, beginnt man mit der Suche nach Lösungen für das Problem der überschüssigen Produktion. (Vgl. Friedmann 1982: 258)

„[...] the United States continually found means to send its surpluses abroad: first in immediate war relief, then during the Korean War and under the Marshall Plan, and finally as aid to underdeveloped countries. This is not to say that farm surpluses did not present themselves as a chronic problem. It was just the constant search for solutions to this problem that produced the step-by-step construction of food aid policy.“ (Friedmann 1982: 259)

Die Bildung neuer Staaten liefert also dringend benötigte neue Absatzmärkte und es entsteht ein, von den USA dominiertes, System, dass auf der einen Seite mit

Nahrungsmittelimporten als Entwicklungshilfemaßnahme arbeitet und auf der anderen Seite, wenn er nicht „verschenkt“ wird, Weizen so günstig in die neuen Staaten exportiert, dass die innerstaatliche Produktion der ehemaligen Kolonien dem Preisdruck nicht standhalten kann. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 104)

Zusammen mit der Reduktion des Exportes aus den ehemaligen Kolonien durch die Einführung eines Systems der Importsubstitution in den kapitalistischen Staaten, führt diese Entwicklung zu einer vermehrten Abhängigkeit der neuen Staaten von Nahrungsmittelimporten. (Vgl. Friedmann 1982: 260)

Das Fundament dieses Nachkriegsregimes bildet die industrielle Landwirtschaft im amerikanischen Stil. Diese neue Form der landwirtschaftlichen Produktion breitet sich allmählich auf der gesamten Welt aus. Ihr Siegeszug beginnt mit dem Marshall Plan, mit dessen Hilfe sich die ertragreiche Produktionsform zunächst in Europa etablieren kann.

Im Zuge der Grünen Revolution breitet sich das neue, auf Profitmaximierung ausgerichtete Agrarsystem dann auch auf die neuen Staaten aus. (Vgl. McMichael 2010: 611)

Ehemalige Kolonien, angetrieben durch internationale Organisationen, „[...] internalise [...] the model of national agro- industrialisation, adopting Green Revolution technologies, and instituting land reform to dampen peasant unrest and extend market relations into the countryside.“ (McMichael 2009 a: 141)

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung kommt es zu einer Umstrukturierung des Agrarsektors hin zu einem System der landwirtschaftlichen Spezialisierung.

„[A]griculture elaborate[s] transnational linkages between national farm sectors, which [are] subdivided into a series of specialised agricultures linked by global supply chains [...]“. (McMichael 2009 a: 141)

Kennzeichen für dieses Regime, und somit für industrielle Landwirtschaft nach amerikanischer Art, ist darüber hinaus auch die zunehmende Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von der lebensmittelverarbeitenden Industrie sowie von der Futtermittelindustrie, die wiederum in enger Verbindung mit der pharmazeutischen

und der chemischen Industrie sowie des Energiesektors und der Ölindustrie steht. (Vgl. Friedmann, McMichael 1989: 105f, 110; McMichael 2010: 611f)

Während die enge Verbindung von Landwirtschaft und Industrie eine Entwicklung ist, die das zweite Food Regime überlebt, sich sogar kontinuierlich verstärkt, lässt die Bedeutung der Nahrungsmittelhilfe noch vor dem Niedergang dieses Regimes in den 1970er Jahren nach.

„The order collapsed with the decline of American hegemony, and its legacy is high prices and Third World dependence.“ (Friedmann 1982: 282)

Das dritte Food Regime, in dem wir uns derzeit befinden, beginnt in den 1980er Jahren und ist gekennzeichnet durch einen Übergang von einem staatlich bestimmten Landwirtschaftssektor zu einem Agrarsystem das von der Industrie und Konzernen regiert wird. Durch die zentrale Rolle der Privatwirtschaft, und somit des Kapitalismus, kommt es zu einer deutlichen Verflechtung zwischen „[...] production *and* circulation relations [...]“ (McMichael 2010: 612) und zu der Schaffung eines Systems, das „[...] agriculture to a world industry for profit [...]“ (McMichael 2009 b: 308) transformiert. Diese Globalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und, damit in Zusammenhang stehend, politische Begünstigungen für große Unternehmen, führen zu einer vermehrten Enteignung von Kleinbauern. (Vgl. McMichael 2009 a: 150; McMichael 2010: 612f)

„Today’s agrarian question is not simply about political tendencies of capitalist development, rather it concerns the politics of constructing the means of ‘accumulation by dispossession’ (Harvey 2003) in the agrarian sector for capital in general, thereby promoting ‘food from nowhere’ at the expense of landed food cultures and the natural environment (from soils and water through landraces to livestock species).“ (Harvey 2005: 136, zitiert nach McMichael 2010: 612f))

Während die Landwirtschaft in den Jahren davor im Vergleich zur Industrie eher eine untergeordnete Rolle eingenommen hat, erwacht das Interesse an ihr nun zu neuem Leben.

Dieses wiedergewonnene Interesse äußert sich aber nicht nur in der Mobilisierung von Bauern, die für eine Umverteilung von Land sowie für ein neues, auf Kooperativen aufbauendes, agroökologisches System eintreten. (McMichael 2010: 613)

Vielmehr kommt es zeitgleich auch zu einem Wiedererwachen des Interesses von Seiten des Kapitals, eine Entwicklung die von der Weltbank in ihren im Jahr 2007 veröffentlichten *World Development Report 2008* begrüßt wird.

„Dynamic new markets, far-reaching technological and institutional innovations, and new roles for the state, the private sector, and civil society all characterize the new context for agriculture. The emerging new agriculture is led by private entrepreneurs in extensive value chains linking producers to consumers and including many entrepreneurial smallholders supported by their organizations.“ (World Bank 2007: 8)

McMichael bezieht sich auf Bill Pritchard, der davon ausgeht dass die Welthandelsorganisation (WTO) als Antwort auf die Krise des zweiten Food Regimes entsteht. Während Pritchard davon ausgeht, dass das Überleben des aktuellen Food Regimes davon abhängt ob es zu einem Machtverlust der WTO kommt, steht außer Frage, dass sie maßgeblich an der Schaffung und Stärkung eines Privaten Regimes beteiligt ist, dessen Macht sich auf die Agrarindustrie stützt. Dieses Regime ist es auch, dass für die Schaffung eines Systems, das die gesamten Landflächen dieser Welt als eine große Farm betrachtet, mit deren Hilfe Profite generiert und maximiert werden, verantwortlich ist. (Vgl. McMichael 2010: 614)

Das aktuelle Food Regime, auch als Corporate Food Regime bezeichnet, ist gekennzeichnet durch die vorherrschende Kombination aus Nahrungsmittel- und Klimakrise. (Vgl. McMichael 2010: 614)

„The most visible aspect of this is the ‚global land grab‘ arising from a combination of new mercantilist food security practices, as governments sponsor offshore agriculture to ensure national food security, and offshore investment in land for biofuels production.“ (McMichael 2010: 614)

Biokraftstoffe nehmen im Entwicklungskonzept des aktuellen Nahrungsmittelregimes eine besondere Rolle ein. Die mit ihnen einhergehenden Landnahmen werden als Entwicklungsmöglichkeit präsentiert, als eine Möglichkeit für die Regierungen des Südens harte Währungen in ihre oft hoch verschuldeten Länder zu bringen. (Vgl. McMichael 2010: 615)

„Arguably, poverty alleviation serves as a proxy for an ‚agrofuels project‘ as a new frontier of green accumulation geared to address the twin problems of peak oil and climate warming.“ (McMichael 2010: 615)

Obwohl die Frage, inwieweit die Produktion von Biokraftstoffen als nachhaltig bezeichnet werden kann, offen bleibt, wird sie dennoch durch den Stempel der Nachhaltigkeit legitimiert.

Denn das dritte Food Regime benötigt dringend alternative Energiequellen. Bedingt durch die Entwicklungen während der vorangegangenen zwei Regime existiert heute ein System von dem eine Minderheit der Weltbevölkerung profitiert.

Jene Minderheit ist es auch, die einen großen Teil des Energieverbrauchs der Welt zu verantworten hat und deren Sicherung ihres Lebensstandards unter anderem auf alternativen Energien aufbaut.

„In other words, biofuelling poverty, a polite term for the agrofuels project, also means deepening forms of rural dispossession in the name of the market, and on behalf of this minority and its dependence on agribusiness imperialism.“ (McMichael 2010: 615)

3) Die europäische Agrartreibstoffpolitik

3.1) Was ist Agrarenergie?- Eine Begriffserklärung

„„Biokraftstoffe“ sind flüssige oder gasförmige Kraftstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden und die als Kraftstoff zum Betrieb von

Fahrzeugverbrennungsmotoren bestimmt sind.“ (Lebensministerium 2012: 7)

Neben der festen Biomasse, der Solar- und Windenergie, der Wasserkraft und der Erdwärme, sowie der Gezeiten- und Wellenenergie, zählen sie zu den erneuerbaren Energiequellen. (Vgl. Umweltbundesamt o.J. a)

Erneuerbare Energie, also Energie aus Quellen, die sich beständig erneuern und somit endlos zur Verfügung stehen, ist nicht nur ein Schlagwort der letzten Jahre, vielmehr liegt darin die Zukunft unserer Energieproduktion.

Der World Energy Outlook 2012 der IEA geht davon aus, dass „im Jahr 2035 [...] fast ein Drittel der Gesamtstromerzeugung aus erneuerbaren Energien [stammt]. [...]

Erneuerbare Energien werden 2015 zur zweitwichtigsten Energiequelle für die Stromerzeugung (ihr Anteil entspricht etwa der Hälfte des Kohleanteils), und nähern sich 2035 der Kohle als weltweit wichtigste Stromerzeugungsquelle.“ (IEA 2012: 8) Erneuerbare Energiequellen nehmen aber nicht nur für die Stromerzeugung eine zunehmend wichtige Rolle ein, auch für den Transportsektor werden sie zunehmend bedeutender, hier vor allem in Form von Agrartreibstoffen.

2010 beträgt der Endverbrauch an Biokraftstoffen in den EU- Ländern 13273 ktoe, wovon 2799 ktoe Biogasolin, 9938 ktoe Biodiesel und 536 ktoe andere flüssige Biokraftstoffe ausmachen. (Vgl. EU Statistical Pocketbook 2012: 118)

Tabelle 1: Endverbrauch an Biokraftstoffen in den Ländern der Europäischen Union im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen im Jahr 2010

Final Consumption of Petrol, Diesel and Biofuels for Transport BY FUEL 2010 (ktoe)

	TOTAL FINAL CONSUMPTION OF PETROL AND DIESEL FOR TRANSPORT	Motor Spirit	Gas Diesel Oil	BIOFUELS	Biogasoline	Biodiesel	Other liquid biofuels (*)
EU-27	286752	92912	193840	13273	2799	9938	536
BE	8182	1309	6873	362	53	309	
BG	2071	612	1459	13		10	3
CZ	5380	1897	3483	231	58	173	
DK	4243	1592	2651				
DE	47960	19679	28281	2960	732	1981	247
EE	743	289	454				
IE	3805	1530	2275	91	28	61	2
EL	6612	3867	2745	128		128	
ES	29902	5738	24164	1436	230	1206	
FR	39755	8001	31754	2421	399	2022	
IT	33175	10290	22885	1466	155	1311	
CY	747	410	337	15		15	
LV	1034	300	734	27	8	19	
LT	1243	298	945	44	10	34	
LU	2139	368	1771	41	1	40	
HU	3871	1391	2480	175	57	118	
MT	178	77	101				
NL	10861	4255	6606	229	134	95	
AT	7137	1743	5394	471	62	339	70
PL	13877	4244	9633	887	189	486	212
PT	5870	1453	4417	300		300	
RO	4470	1387	3083	116	47	67	2
SI	1703	594	1109	45	3	42	
SK	2004	621	1383	164	31	133	
FI	4016	1603	2413	143	80	63	
SE	7037	3386	3651	380	203	177	
UK	38737	15978	22759	1128	319	809	
HR	1854	671	1183	3			3
MK	396	130	266	6		6	
TR	11305	2131	9174	7		7	
IS							
NO	4240	1239	3001	115	3	111	1
CH	5672	3330	2342	10	1	9	

Quelle: Eurostat, zitiert nach EU Statistical Pocketbook 2012: 118

Biokraftstoffe lassen sich in die beiden Gruppen Biodiesel und Biogasoline aufteilen. Zu den Biogasolinen gehört Bioethanol, Biomethanol sowie die beiden zur Beimischung bestimmten Mittel „Bio- ETBE“, das durch seinen Anteil an Bioethanol zu 47% als Biokraftstoffbeimischung gewertet wird, und „Bio- MTBE“, das durch seinen Anteil an Biomethanol zu 36% zur Biokraftstoffbeimischung gezählt wird.

Zur Kategorie des Biodiesel zählt man, neben dem Biodiesel selbst, noch Biodimethylether, Fischer-Tropsch Treibstoffe aus Biomasse, kaltgepresstes Pflanzen-Öl, sowie alle anderen flüssigen Biokraftstoffe, die man mit Diesel vermischen, ihm beifügen oder die man eigenständig als Diesel verwenden kann. (Vgl. Eurostat Glossary o.J.)

Heute unterscheidet man zwischen Biokraftstoffen der ersten, der zweiten und der dritten Generation.

Diese Arbeit bezieht sich, wenn im weiteren Verlauf von Agrartreibstoffen gesprochen wird, ausschließlich auf Biodiesel und Bioethanol der ersten Generation.

Für ihre Produktion werden unter anderem Stärkepflanzen, wie Reis, Weizen, Kartoffeln, Gerste, Mais, Maniok und die zuckerhaltigen Pflanzen Zuckerrüben und Zuckerrohr (Bioethanol) sowie Ölpflanzen, wie Soja, Raps, Jatropha, Palmen, Sonnenblumen, Rizinus oder Baumwolle (Biodiesel) verwendet. (Vgl. European Biofuels Technology Platform o.J. a; European Biofuels Technology Platform o.J. b; Fritz 2007: 4; Lebensministerium o.J.)

Biokraftstoffe der zweiten Generation basieren auf Abfallprodukten aus der Land- und Forstwirtschaft, zu denen zum Beispiel Stroh und Holz zählen. und stehen somit, im Gegensatz zu den oben genannten, nicht in direkter Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion.

Während sich Agrartreibstoffe der ersten Generation bereits durchgesetzt haben, befinden sich jene der zweiten Generation noch in einer Phase, in der sie zwar in einzelnen Pilotprojekten getestet werden, sich aber noch nicht weiträumig am Markt etablieren konnten. (Vgl. European Biofuels Technology Platform o.J. c; Fuel Production; Fritz 2007: 5; Lebensministerium o.J.)

Aktuell wird auch an einem Biokraftstoff der dritten Generation geforscht, der aus Algen produziert werden soll. Dieses Projekt steckt aber zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Diplomarbeit noch so weit in den Kinderschuhen, dass seine Markteinführung, sollte das Forschungsvorhaben erfolgreich und zielführend verlaufen, noch nicht absehbar ist. (Vgl. Lebensministerium o.J.)

3.2) Agrartreibstoffe in der EU- Energiepolitik

3.2.1) Gründe für die Forcierung von Agrartreibstoffen in der EU – Die Europäische Energiestruktur

Wirtschaftliche Entwicklung ist unweigerlich gekoppelt mit dem Vorhandensein von Energie.

Auf dem heutigen Stand der Technik stammt diese, für Fortschritt und Wohlstand der Wirtschaft lebenswichtige, Energie noch zu einem sehr großen Teil aus fossilen Energieträgern.

Waren es bis vor kurzem hauptsächlich noch die OECD Staaten die für den Großteil des weltweiten Energieverbrauchs verantwortlich waren, führt das steigende Wirtschaftswachstum in Schwellenländern wie China und Indien zu einem erheblichen Anstieg des weltweiten Bedarfs an Energie.

Für die aufstrebenden Schwellenländer sowie für die Industriestaaten, und hier insbesondere für die Mitgliedsstaaten der EU, die aktuell den größten Importeur von Erdöl und Erdgas darstellt, bedeutet diese Entwicklung eine zunehmende Konkurrenz um die noch vorhandenen Energiereserven unseres Planeten. (Vgl. Europäische Kommission 2011: 2f)

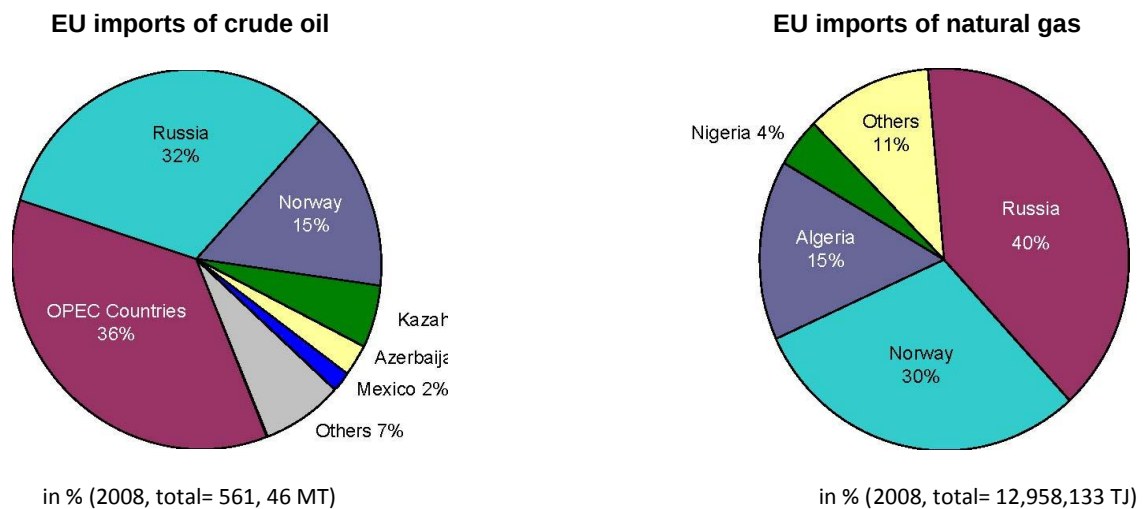
Bereits heute importieren die europäischen Staaten mehr als die Hälfte der von ihnen benötigten Energie. Im Jahr 2011 stammten mehr als 80% des konsumierten Öls, und mehr als 60% des benötigten Gases, aus Quellen außerhalb der EU.

„In einigen Mitgliedstaaten werden 80 % bis 100 % des Gasbedarfs von einem einzigen russischen Versorger – oft über eine einzige Versorgungsroute – gedeckt. Sie sind somit der Marktmacht eines einzigen Lieferanten ausgesetzt, dessen Preisbildung möglicherweise nicht immer Marktprinzipien entspricht.“ (Europäische Kommission 2013: 2)

Man geht davon aus, dass sich der Anteil an importierter Energie bis zum Jahr 2035 auf mehr als 80% des Gesamtenergiebedarfs der EU steigern wird.

Die wichtigsten Bezugsquellen für das in der EU benötigte Erdöl und Erdgas sind zum jetzigen Zeitpunkt Russland, Norwegen sowie die Mitgliedsstaaten der OPEC. (Vgl. Europäische Kommission 2011: 3, Europäische Kommission 2013: 2)

Abbildung 1: EU Erdöl- und Erdgasimporte im Jahr 2008

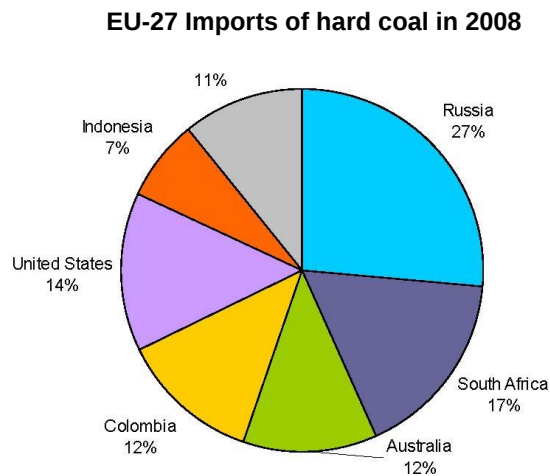


Quelle: Eurostat, zitiert nach Europäische Kommission 2011: 3

Auch was natürliches Uran betrifft, ist die Eigenproduktion innerhalb der EU sehr limitiert. Im Jahr 2011 machte der Anteil des Urans, das in der EU selbst, in der Tschechischen Republik und Rumänien, abgebaut wird, nur 3% des Gesamtbedarfs aus. Auch hier ist die EU wieder, neben Kasachstan, Australien, Kanada und einigen anderen von denen aber weniger Uran importiert wird, von Russland abhängig. Die namentlich genannten Länder versorgen die EU mit 2/3 des von ihr benötigten Urans. (Vgl. Europäische Kommission 2011: 4)

Zwar werden 60% des europäischen Gesamtbedarfs an Kohle innerhalb der EU abgebaut, es wird also weit mehr Kohle innerhalb der EU selbst produziert als dies bei den anderen wichtigen Energiequellen der Fall ist, dennoch bedeutet dies eine Abhängigkeit von außen die immerhin 40% beträgt. Zwar exportieren auch die USA immer mehr Kohle nach Europa, Russland stellt aber auch hier den Hauptlieferanten. (Vgl. Europäische Kommission 2011: 4)

Abbildung 2: EU Kohleimporte im Jahr 2008



Quelle: Eurostat, zitiert nach Europäische Kommission 2011: 4

„Der Kohleverbrauch sowie die Kohleimporte (Stein- und Braunkohle) in der EU haben sich in den ersten 11 Monaten des Jahres 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2 % bzw. knapp 9 % erhöht.“ (Europäische Kommission 2013: 3)

Diese hohe Abhängigkeit von Importen, die aus einem eingeschränkten Kreis an Zulieferer-Ländern stammen, macht die EU sehr Anfällig.

Geht man von den aktuellen Einschätzungen über die Entwicklung des Weltenergiemarktes aus, dann werden die Schwierigkeiten, eine reibungslose Energieversorgung für den europäischen Markt aufrechtzuerhalten, in den kommenden Jahrzehnten noch ansteigen.

Neue aufstrebende Wirtschaftsmärkte, wie man sie aktuell in China und Indien findet, und damit einhergehend eine größere Konkurrenz am Energiemarkt, kontinuierliche politische Instabilität in den, für die globale Energieversorgung zentralen, Ländern des Nahen Ostens, die Herausforderungen die mit der Klimaproblematik einhergehen sowie das Fehlen eines einheitlichen europäischen Energiemarktes stellen die Europäische Union vor große Herausforderungen. (Vgl. Ratner, Belkin et al. 2013: Summary)

Betrachtet man die aktuellen Gegebenheiten der europäischen Energiestruktur, so wird deutlich, aus welchem Grund Agrartreibstoffe als so wichtig für die Diversifizierung der Energiequellen und somit der Importpartner für die zukünftige Energiesicherheit der Europäischen Union gelten

3.2.2) Die Agrartreibstoffpolitik in der EU

Erneuerbare Energiequellen sind schon lange ein Thema innerhalb der EU und auch die systematische Diskussion um den Einsatz von und die Forschung an Biokraftstoffen ist nicht eine Erscheinung der letzten Jahre, sondern hat bereits seit der Jahrtausendwende einen festen Platz in der Europäischen Energiepolitik.

Das im Jahr 2001 veröffentlichte *Grünbuch Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit* beinhaltet ein Unterkapitel mit dem Titel „Neue und erneuerbare Energiequellen: eine politische Priorität“, in dem angemerkt wird, dass „[...] [erneuerbare Energieträger] [m]ittelfristig [...] die einzige Energiequelle [sind], bei der die Europäische Union unter den gegebenen Umständen einen gewissen Handlungsspielraum zur Vergrößerung des Angebots hat.“ (Europäische Kommission 2001: 45)

Es wird davon ausgegangen, dass sich eine Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energieträgern, positiv auf kleine und mittlere Unternehmen auswirkt, und somit auch Arbeitsplätze schaffen kann. Ein weiterer Punkt, der im Grünbuch erwähnt wird, ist, dass ein vermehrter Einsatz an erneuerbarer Energie den europäischen Technologiesektor vorantreibt und sich günstig auf den Export europäischer Technologien in Entwicklungsländer auswirkt. (Vgl. Europäische Kommission 2001: 46)

Speziell im Bezug auf Biokraftstoffe wird betont dass „[t]rotz ihrer hohen Produktionskosten [...] insbesondere sichergestellt werden [muss], dass [sie] auf Dauer verfügbar sind und ihr Anteil am Kraftstoffmarkt weiter zunimmt.“ (Europäische Kommission 2001: 47)

Angesprochen werden hier auch die Vorteile, die Biokraftstoffe im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen für die Umwelt aufweisen, sowie ihre positiven Auswirkungen auf den Arbeitsplatzmarkt in ländlichen Gebieten und somit auch auf den Erhalt von ländlichen Strukturen.

Als Nachteil den Biokraftstoffe mit sich bringen wird hier ein großer Preisunterschied im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen angeführt, den die Mitgliedstaaten durch steuerliche Maßnahmen verringern sollen.

Weiteres liefert das Grünbuch eine Empfehlung für den verpflichtenden Anteil von Agrartreibstoffen am Gesamtverbrauch im Ausmaß von 7% bis zum Jahr 2010 und 20% bis zum Jahr 2020. (Vgl. Europäische Kommission 2001: 47)

Die Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor, in der Öffentlichkeit bekannter als Biokraftstoffrichtlinie, gilt lange Zeit als wichtigstes Dokument im Bezug auf Biokraftstoffe in der EU.

Sie legt eine gesetzlich verbindliche Beimischungspflicht von Biokraftstoffen fest, die in Artikel 3 wie folgt dargelegt wird:

- „(1) a) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass ein Mindestanteil an Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Kraftstoffen auf ihren Märkten in Verkehr gebracht wird, und legen hierfür nationale Richtwerte fest.
- b) i) Als Bezugswert für diese Richtwerte gilt, gemessen am Energieinhalt, ein Anteil von 2% aller Otto- und Dieselmotorkraftstoffe für den Verkehrssektor, die auf ihren Märkten bis zum 31. Dezember 2005 in Verkehr gebracht werden.
- ii) Als Bezugswert für diese Richtwerte gilt, gemessen am Energieinhalt, ein Anteil von 5,75% aller Otto- und Dieselmotorkraftstoffe für den Verkehrssektor, die auf ihren Märkten bis zum 31. Dezember 2010 in Verkehr gebracht werden.“
(EU 2003)

Da laut Richtlinie mehr als 30% des Gesamtenergieverbrauchs der Mitgliedstaaten zu diesem Zeitpunkt auf den Verkehrssektor entfallen, wird die Forcierung von Biokraftstoffen, von denen ausgegangen wird dass sie zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen, als „[...] Teil des für die Einhaltung des Kyoto-Protokolls erforderlichen Maßnahmenpakets[...]“ (EU 2003) betrachtet.

Neben dem Beitrag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen berücksichtigt die Richtlinie auch strategische Gründe. Ein großer Vorteil der vermehrten Nutzung von Biokraftstoffen ist die damit verbundene Reduktion der Abhängigkeit der EU von

Energieimporten sowie die Möglichkeit „[...] den Kraftstoffmarkt und folglich die mittel- und langfristige Energieversorgungssicherheit [...]“ (EU 2003) zu beeinflussen. Ein weiterer strategischer Grund der in der Biokraftstoffrichtlinie angesprochen wird ist die positive Auswirkung des Anbaus von Energiepflanzen für die Landwirtschaft. (Vgl. EU 2003)

„Durch die Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen im Sinne einer nachhaltigen Praxis in der Land und Forstwirtschaft, wie sie in den Rechtsvorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik festgelegt ist, könnten neue Möglichkeiten für die nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen einer stärker marktorientierten Gemeinsamen Agrarpolitik geschaffen werden, die mehr auf den europäischen Markt, auf die Erhaltung lebendiger ländlicher Gebiete und auf eine multifunktionale Landwirtschaft ausgerichtet ist; zudem könnte ein neuer Markt für innovative Agrarerzeugnisse im Hinblick auf die derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten geschaffen werden.“ (EU 2003)

Zu beobachten ist hier ein Fokus auf den europäischen Agrarmarkt. In der Biokraftstoffrichtlinie von 2003 wird also noch davon ausgegangen, dass der, für das Beimischungsziel erforderliche, Bedarf an Energiepflanzen durch deren Anbau auf europäischen Boden gedeckt werden kann.

Ganz anders betrachtet man dies zwei Jahre später, wie aus dem 2005 angenommenen *Aktionsplan für Biomasse* hervorgeht. Dieser beteuert zwar, dass „[d]ie Europäische Union [...] über einen gewissen Ermessensspielraum in Bezug auf den Umfang der Förderung von inländischer Erzeugung und/oder Einfuhren [verfügt]“, betont aber auch, dass „Biokraftstoffe und deren Rohstoffe [...] auf den Weltmärkten gehandelt [werden]. Es ist weder möglich noch wünschenswert, die EU in diesem Bereich autark zu machen.“ (Europäische Kommission 2005: 11)

Von einer Deckung der Beimischungsziele rein durch eine Binnenproduktion der EU ist man mittlerweile also wieder abgekommen, dennoch spielt die Eigenproduktion noch eine wichtige Rolle. Um die Balance zwischen Binnenproduktion und Einfuhr von Agrartreibstoffen zu gewährleisten, werden folgende Maßnahmen angekündigt:

- „Die Änderung der Norm EN 14214 vorschlagen, um die Nutzung einer größeren Bandbreite von Pflanzenölen für Biodiesel zu erleichtern, soweit dies ohne wesentliche Beeinträchtigung der Kraftstoffgüte möglich ist;
- die Frage der Änderung der Biokraftstoffrichtlinie behandeln, so dass nur Biokraftstoffe auf die Zielerreichung angerechnet werden, deren Anbau den Mindestnormen für Nachhaltigkeit genügen;
- Marktzugangsbedingungen für Bioethanoleinfuhren aufrecht erhalten, die nicht weniger vorteilhaft sind als nach den derzeit geltenden Handelsabkommen;
- Verfolgung eines ausgewogenen Konzepts in den laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Ländern und Regionen, die Bioethanol erzeugen. Die EU muss die Interessen von heimischen Erzeugern und EU-Handelspartnern vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen respektieren;
- Entwicklungsländer unterstützen, die Biokraftstoffe erzeugen und ihre Inlandsmärkte dafür entwickeln möchten[...].“ (Europäische Kommission 2005: 11)

Spätestens ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Aktionsplanes nehmen Entwicklungsländer offiziell einen besonderen Platz in der strategischen Planung der EU- Agrartreibstoffpolitik ein.

Ergänzt wird der *Aktionsplan für Biomasse* von der *Mitteilung der Kommission vom 8. Februar 2006. Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe*.

Sie verfolgt die folgenden drei Ziele:

- „Biokraftstoffe sollen in der EU und in Entwicklungsländern stärker gefördert werden, es soll – unter Berücksichtigung des Aspekts der Wettbewerbsfähigkeit – darauf geachtet werden, dass ihre Erzeugung und Verwendung insgesamt umweltfreundlich ist und dass sie zu den Zielen der Lissabon-Strategie beitragen;

- der Biokraftstoffnutzung auf breiter Basis soll der Weg bereitet werden, indem durch den optimierten Anbau der geeigneten Rohstoffe, die Erforschung der Biokraftstoffe der „zweiten Generation“, die Förderung der Marktdurchdringung durch größere Demonstrationsprojekte und die Abschaffung von nichttechnischen Hindernissen die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert wird;
- es soll untersucht werden, welche Möglichkeiten in den Entwicklungsländern und besonders den von der Reform der EU-Zuckerregelung betroffenen Ländern bestehen, um Rohstoffe für Biokraftstoffe zu erzeugen, und es soll festgelegt werden, welche Rolle die EU bei der Förderung der nachhaltigen Biokraftstofferzeugung spielen könnte.“ (Europäische Kommission 2006: 5)

In diesem Dokument werden folgende sieben politische Schwerpunkte benannt, die der Umsetzung der drei oben genannten Ziele dienen sollen:

- Förderung der Nachfrage nach Biokraftstoffen
- Nutzung der Umweltvorteile
- Entwicklung von Erzeugung und Vertrieb von Biokraftstoffen
- Expansion der Rohstoffproduktion
- Mehr Möglichkeiten für den Handel
- Unterstützung von Entwicklungsländern .
- Förderung von Forschung und Entwicklung

In der EU-Strategie für Biokraftstoffe wird als Maßnahme für die Förderung der Nachfrage nach Biokraftstoffen vorgesehen, dass die Kommission noch im selben Jahr einen Bericht über die Umsetzung der Biokraftstoffrichtlinie von 2003 veröffentlicht und, sollte dies für notwendig erachtet werden, diese überarbeitet. Des Weiteren sieht sie eine Überprüfung der Richtlinie zur Energiebesteuerung aus dem Jahr 2003 vor, ebenso wie eine Erarbeitung von steuerlichen Anreizen, die „[...] an die Umweltleistung einzelner Kraftstoffe gekoppelt [...]“ (Europäische Kommission 2006: 9) ist.

Einen weiteren Ansatzpunkt bieten „Fahrzeugflotten in öffentlicher oder privater Hand sowie landwirtschaftliche und Schwerlastfahrzeuge“ (Europäische Kommission 2006:

9), bei denen durch Steuerbefreiungen und – erleichterungen gute Resultate erzielt werden können. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 8f)

Die Strategie „Nutzung der Umweltvorteile“ sieht vor zu „prüfen, wie die Verwendung von Biokraftstoffen auf die Ziele für die Verringerung des CO₂-Ausstoßes von Fahrzeugflotten angerechnet werden kann.“ (Europäische Kommission 2006: 10)
Weitere Strategiepunkte beschäftigen sich unter anderem mit der Optimierung der Klimaschutzwirkung der Agrartreibstoffe, ebenso wie mit dem Bestreben des nachhaltigen Anbaus der Energiepflanzen, sowohl in der EU als auch in den Drittländern. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 10)

Im Bereich der Entwicklung von Erzeugung und Vertrieb von Biokraftstoffen wird betont, dass vor allem Regionen in Mittel- und Osteuropa gute Voraussetzungen haben um Biokraftstoffe dazu zu verwenden, ihre Wirtschaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 12)

„Niedrige Arbeitskosten und hohe Ressourcenverfügbarkeit können diesen Regionen einen komparativen Vorteil bei der Erzeugung von Rohstoffen für Biokraftstoffe verschaffen.“ (Europäische Kommission 2006: 12)

Des Weiteren hat „[d]ie Kommission[...] gemeinschaftliche strategische Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raums vorgeschlagen, die den Akzent auf erneuerbare Energien einschließlich Biokraftstoffe legen. Darüber hinaus schlägt sie vor, eine spezielle Ad-hoc-Arbeitsgruppe einzurichten, die die Möglichkeiten prüft, die Biomasse und Biokraftstoffe im Rahmen der einzelstaatlichen Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums bieten.“ (Europäische Kommission 2006: 12)

Eine weitere Maßnahme, die die Entwicklung von Erzeugung und Vertrieb von Biokraftstoffen fördern soll, ist die Aufforderung „[...]die technischen Gründe für Verfahren zu erklären, die Hemmnisse für die Einführung von Biokraftstoffen darstellen [...]“ (Europäische Kommission 2006: 12) sowie die genaue Beobachtung der Industrie, um sicherzustellen, dass deren Handlungssetzungen zu Gunsten von Biokraftstoffen ausfallen. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 12)

Für einen nachhaltigen, und zukünftig steigenden, Einsatz von Agrartreibstoffen ist die Expansion der Rohstoffproduktion essentiell.

Seit der 1992 eingeführten Flächenstillegungspflicht hängt die Einkommensstützung von der Erzeugung ab. Der Anbau auf stillgelegten Flächen wird verboten, einzige Ausnahme sind, im Rahmen der Non-Food-Regelung, die Non-Food Pflanzen. Mit der GAP- Reform von 2003 kommt es zu einer Entkoppelung der Förderung von der Erzeugung, was bedeutet, dass Non-Food Pflanzen nun, ohne den Verlust der Einkommensstützung, sowohl auf stillgelegten als auch auf für den normalen Betrieb verwendeten Flächen angebaut werden dürfen. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 13)

Die Europäische Kommission plant „[...] auf den Anbau von Zuckerrüben zur Bioethanolproduktion sowohl die Regelung für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen (Non-Food-Erzeugnisse) auf stillgelegten Flächen als auch die Energiepflanzenprämie anzuwenden. Dadurch würden sich in der EU neue Absatzmöglichkeiten für Zuckerrüben ergeben.“ (Europäische Kommission 2006: 14)

Auch die Finanzierung einer Informationskampagne die sich an Land- und Forstwirte richtet und diese über das Potential der Agrartreibstoffe aufklärt steht bereits in Planung. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 14)

Des Weiteren sieht die Kommission eine Prüfung über die Sinnhaftigkeit des Einsatzes von Getreide aus Interventionsbeständen für die Produktion von Agrartreibstoffen vor und kündigt, als Resultat auf die geäußerte Sorge, der Anbau von Biokraftstoffen könnte dazu führen, dass die Preise für Lebensmitteln in Entwicklungsländer für die Mehrheit der dortigen Bevölkerung unerschwinglich werden könnten, an, die Konsequenzen des steigenden Bedarfs an Biokraftstoffen zu beobachten. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 14)

Um die oben genannten Ziele verwirklichen zu können, ist die Schaffung von mehr Möglichkeiten für den Handel von großer Bedeutung. Zur genauen Feststellung, in welchem Ausmaß die Importe von Biokraftstoffen im Verkehrssektor der EU Verwendung finden, plant die Kommission zu prüfen, inwiefern die Einführung von eigenen Zollkodes für Agrartreibstoffe sinnvoll ist. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist in diesem Zusammenhang eine Verbesserung der Importmöglichkeiten von Biokraftstoffen und der, zu ihrer Herstellung benötigten Rohstoffe. Dem Dokument zur

Folge ist die EU bemüht, die Interessen der heimischen Erzeuger sowie die Interessen der Handelspartner gleichermaßen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wird ein ausgewogener Ansatz bei Handelsverhandlungen mit Ethanol produzierenden Ländern beibehalten. Um die Biodieselproduktion weiter zu fördern ist die gesetzliche Erleichterung der Verwendung von mehreren Pflanzenölen ein Anliegen. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 15f)

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Kommission ist die Unterstützung von Entwicklungsländern, die ein großes Potential für die Herstellung von Biokraftstoffen besitzen.

„Die Maßnahmen der EU zur Förderung von erneuerbaren Energieträgern innerhalb der Gemeinschaft gehen Hand in Hand mit ihrem Willen, die internationale Zusammenarbeit, besonders mit den Entwicklungsländern, in diesem Bereich zu verstärken.“ (Europäische Kommission 2006: 16)

Aus diesem Grund sollen „Begleitmaßnahmen für Vertragsstaaten des AKP Zuckerprotokolls“, ein bilaterales Handelsabkommen zwischen der EU und den AKP Staaten, geschaffen werden, die von der Reform der EU- Zuckermarktordnung betroffen sind.

„Mit den Begleitmaßnahmen wird die Umstrukturierung oder Diversifizierung der betroffenen Länder auf Basis der Strategien gefördert, die sie verfolgen, um die Folgen der Reform zu bewältigen. Innerhalb dieses Rahmens könnte die EU die Entwicklung des Ethanolsektors auf der Grundlage umfassender, länderspezifischer Untersuchungen fördern.“ (Europäische Kommission 2006: 16)

Ein weiterer Schritt ist die Schaffung eines „Förderpaketes“, das dazu dienen soll, in jenen Entwicklungsstaaten, in denen die Produktion von Biokraftstoffen zur „nachhaltigen Armutsminderung“ beitragen kann, „bestimmte Aspekte der Entwicklung dieser Kraftstoffe zu unterstützen.“ (Europäische Kommission 2006: 17)

Die Europäische Kommission sucht auch nach dem besten Weg für die Integration von Klein- und Mittelunternehmen in den Biokraftstoffmarkt.

„Denkbar wäre auf die Beziehungen der KMU zu anderen Beteiligten der Produktionskette einzuwirken, Informationen zu verbreiten und bewährte Verfahren auszutauschen, wobei besonders der Süd-Süd-Austausch dabei zu fördern wäre,

Partnerschaftsprojekte (Twinning) aufzustellen und Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen zu pflegen sowie Privatinvestitionen zu erleichtern, indem z.B. die Europäische Investitionsbank einbezogen wird.“ (Europäische Kommission 2006: 17) Da viele Entwicklungsländer mit großem Potential im Bereich der Biokraftstoffe noch keine Maßnahmenpakete und Strategien für die bestmögliche Nutzung dieses Potentials haben, schlägt die Kommission vor, nationale Biokraftstoff- Plattformen einzurichten, an denen sich alle wichtigen Akteure aus dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft beteiligen. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 16f)

Der siebente politische Schwerpunkt wird auf die Förderung von Forschung und Entwicklung gelegt um so die „Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen“ (Europäische Kommission 2006: 17) zu stärken und zu einer Kostenreduktion ihrer Produktion beizutragen. Ein weiterer Punkt liegt in der Forschung an den „Biokraftstoffen der zweiten Generation“, ebenso wie in der Förderung einer europäischen „Biokraftstoff- Technologieplattform“ die von der Industrie geleitet wird und mit deren Hilfe „[...]eine gemeinsame europäische Vorstellung und Strategie für die Erzeugung und Verwendung von Biokraftstoffen, vor allem im Verkehrssektor[...]“ (Europäische Kommission 2006: 18) erstellt und umgesetzt werden soll. Neben der europäischen Biokraftstoff- Technologieplattform sollen auch noch weitere Plattformen gefördert werden. (Vgl. Europäische Kommission 2006: 17f)

Man sieht deutlich, dass, neben der Forschung und finanziellen Förderung von Agrartreibstoffen, der Handel allgemein, aber vor allem der Handel mit Entwicklungsländer die über die nötigen Ressourcen verfügen, um die Europäische Union mit Biokraftstoffen sowie den, zu deren Erzeugung notwendigen, Rohstoffen zu versorgen, in diesem Dokument eine entscheidende Rolle einnehmen.

Am 23. April 2009 wird die *Richtlinie 2009/28/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG* verabschiedet. Sie tritt am 25. Juni desselben Jahres in Kraft. Der „Termin für die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten“ wird auf den 5. Dezember 2010 festgesetzt und mit dem 1. Jänner 2012 kommt es zur offiziellen Aufhebung der *Richtlinie 2003/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von*

Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor durch die Richtlinie 2009/28/EG. (Vgl. EU o.J.)

Das Dokument betont die Wichtigkeit des vermehrten Einsatzes von erneuerbaren Energiequellen für den Verkehrssektor, da gerade dieser von der Abhängigkeit von Energieimporten stark betroffen ist. (EU 2009)

Die Richtlinie setzt daher verbindliche Ziele für das Jahr 2020 fest, die im Artikel 3 wie folgt dargelegt werden:

„(1) Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass sein [...] berechneter Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2020 mindestens seinem nationalen Gesamtziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in diesem Jahr [...] entspricht. Diese verbindlichen nationalen Gesamtziele müssen mit dem Ziel in Einklang stehen, bis 2020 mindestens 20 % des Bruttoendenergieverbrauchs der Gemeinschaft durch Energie aus erneuerbaren Quellen zu decken. [...]

(4) Jeder Mitgliedstaat gewährleistet, dass sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen bei allen Verkehrsträgern im Jahr 2020 mindestens 10 % seines Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor entspricht.“ (EU 2009)

Obwohl das angepeilte Ziel eines Anteils von 10% an erneuerbarer Energie im Verkehrssektor grundsätzlich auch durch die Produktion innerhalb der Europäischen Union selbst erreicht werden könnte, betont die Richtlinie, ebenso wie die *Mitteilung der Kommission. Aktionsplan für Biomasse* aus dem Jahr 2005, dass eine reine Deckung des Bedarfs aus EU- Binnenproduktion nicht wünschenswert wäre. Vielmehr wird auch weiterhin ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen EU-Produktion und Importen angestrebt.

Eine Intensivierung in der Forschung an neuen Technologien und Förderungen sollen dabei gewährleisten, dass sich Biokraftstoffe immer mehr am Markt etablieren. (Vgl. EU 2009)

Die vorgesehenen Förderungen sollen aber an die nachhaltige Produktion geknüpft sein. Das Dokument betont die Wichtigkeit von Nachhaltigkeitskriterien, die dafür sorgen

sollen. dass Flächen und Gebiete mit hoher biologischer Vielfalt nicht für den Anbau von Energiepflanzen verwendet, und somit zerstört werden. (Vgl. EU 2009)

Im Artikel 17 Absatz 1 der Richtlinie wird festgesetzt, dass Biokraftstoffe nur dann für die

- „a) Bewertung der Einhaltung der die nationalen Ziele betreffenden Anforderungen der Richtlinie,
- b) Bewertung der Einhaltung der Verpflichtungen zur Nutzung erneuerbarer Energie,
- c) Möglichkeit der finanziellen Förderung für den Verbrauch von Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen.“ (EU 2009) berücksichtigt werden, wenn sie den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen.

Absatz 2 desselben Artikels besagt dass „[d]ie durch die Verwendung von Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen erzielte Minderung der Treibhausgasemissionen, die für die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Zwecke berücksichtigt werden, [...] mindestens 35 % betragen [muss].“ (EU 2009) Die Vorgabe für diesen Wert steigt ab dem Jahr 2017 auf mindestens 50% an. Bei neuen Anlagen, die ab dem 01. Jänner 2017 in Betrieb genommen werden, wird der Mindestschwellenwert für die Reduktion der Treibhausgase auf 60% erhöht. (Vgl. EU 2009)

Das Dokument hebt hervor, wie wichtig es ist, den Anbau auf Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand zu vermeiden, da hier beim Anbau von Energiepflanzen „[...]ein Teil des gespeicherten Kohlenstoffs in die Atmosphäre freigesetzt [wird], was zur Bildung von Kohlendioxid führt.“ (EU 2009) Dies kann dazu führen, dass die, im Vergleich zum Einsatz fossiler Brennstoffe positivere, Bilanz von Biokraftstoffen im Bezug auf den Treibhauseffekt aufgehoben werden kann oder sich der Gebrauch von Agrartreibstoffen im Endeffekt sogar als mit negativeren Auswirkungen auf die Umwelt behaftet herausstellt, als dies bei herkömmlichen Treibstoffen der Fall ist. Aus diesem Grund sollen Berechnungen über die Einsparung von Treibhausgasen von

Biokraftstoffen die Auswirkungen solcher Kohlenstoffumwandlungen berücksichtigen.
(Vgl. EU 2009)

„Um dieses Risiko zu verringern, ist es angemessen, in anderen Ländern, in denen Biokraftstoff verbraucht wird, Begleitmaßnahmen einzuführen, durch die Anreize für größere Produktivitätssteigerungen bei bereits ackerbaulich genutzten Flächen, für die Nutzung degradierter Flächen und für die Festlegung von Nachhaltigkeitsanforderungen geschaffen werden [...]“ (EU 2009)

Artikel 18 der Richtlinie legt die Bestimmungen für die „Überprüfung der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe“ wie folgt fest:

„(1) Werden Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe für die in Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Zwecke berücksichtigt, verpflichten die Mitgliedstaaten die Wirtschaftsteilnehmer nachzuweisen, dass die [...] Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind. Zu diesem Zweck verpflichten sie die Wirtschaftsteilnehmer zur Verwendung eines Massenbilanzsystems, das

- a) es erlaubt, Lieferungen von Rohstoffen oder Biokraftstoffen mit unterschiedlichen Nachhaltigkeitseigenschaften zu mischen,
- b) vorschreibt, dass Angaben über die Nachhaltigkeitseigenschaften und den jeweiligen Umfang der unter Buchstabe a genannten Lieferungen weiterhin dem Gemisch zugeordnet sind, und
- c) vorsieht, dass die Summe sämtlicher Lieferungen, die dem Gemisch entnommen werden, dieselben Nachhaltigkeitseigenschaften in denselben Mengen hat wie die Summe sämtlicher Lieferungen, die dem Gemisch zugefügt werden.“ (EU 2009)

Für die Herstellung von, für die Produktion von Biokraftstoffen benötigten, Rohstoffen, die in der EU selbst angebaut werden, sieht das Dokument keine Gefahr, dass die „Umwelt- und sozialpolitischen Anforderungen der Gemeinschaft, einschließlich der Vorschriften über die Landwirtschaft und den Schutz der Qualität von Grundwasser und

Oberflächengewässern [...]“ (EU 2009) missachtet werden. Allerdings wird hier die Besorgnis ausgedrückt, dass, bei der Produktion in Drittstaaten, nicht auf Mindeststandards im Bezug auf die Umwelt und Auswirkungen auf die dort lebende Bevölkerung Rücksicht genommen wird. (Vgl. EU 2009)

Um auch Drittländer zur Einhaltung der, von der EU festgesetzten, Nachhaltigkeitskriterien aufzufordern, bemüht sich die Gemeinschaft daher, laut Artikel 18 Absatz 4, „[...] bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte mit Drittländern zu schließen, die Bestimmungen über Nachhaltigkeitskriterien enthalten, die den Bestimmungen dieser Richtlinie entsprechen.“ (EU 2009) Absatz 7 desselben Artikels besagt weiter, dass „[w]enn ein Wirtschaftsteilnehmer Nachweise oder Daten vorlegt, die gemäß einer Übereinkunft oder einer Regelung eingeholt wurden, die Gegenstand eines Beschlusses im Sinne von Absatz 4 ist, [...] ein Mitgliedstaat, soweit dieser Beschluss dies vorsieht, von dem Lieferanten keine weiteren Nachweise für die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien [...] verlangen [darf].“ (EU 2009)

Um sicherzugehen, dass der Anbau von Energiepflanzen keine negativen Konsequenzen für die Umwelt, sowie für die Nahrungsmittelversorgung und den lokalen Wohlstand mit sich bringt, sollen die Auswirkungen auch weiterhin genau beobachtet werden. Dieser Punkt wird in Artikel 23 genau behandelt.

„(1) Die Kommission überwacht die Herkunft von Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen, die in der Gemeinschaft verbraucht werden, und die Auswirkungen ihrer Herstellung — einschließlich der Auswirkungen von Verdrängungseffekten — auf die Flächennutzung in der Gemeinschaft und in den wichtigsten Lieferdrittländern.[...]

Die Kommission überwacht auch die mit der energetischen Nutzung von Biomasse verbundenen Rohstoffpreisänderungen sowie damit verbundene positive und negative Folgen für die Nahrungsmittelsicherheit. [...]

(2) Die Kommission pflegt einen Dialog und einen Informationsaustausch mit Drittländern, Biokraftstoffproduzenten, Biokraftstoffverbraucherorganisationen sowie mit der Zivilgesellschaft über die allgemeine Durchführung der Maßnahmen dieser Richtlinie in Bezug auf Biokraftstoffe und flüssige

Biobrennstoffe. Den etwaigen Auswirkungen der Biokraftstoffherstellung auf die Nahrungsmittelpreise widmet sie hierbei besondere Aufmerksamkeit.“ (EU 2009)

Zusammenfassend kann man über also sagen, dass sich die *Richtlinie 2009/28/EG*, die in der Öffentlichkeit als *Erneuerbare-Energien-Richtlinie* bekannt ist, thematisch auf den Umweltaspekt der Verwendung von Biokraftstoffen fokussiert. Wenn das Thema „Handel mit Drittländern“ in diesem Dokument angesprochen wird, dann indirekt und immer in Verbindung mit der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien. Wo direkter Bezug auf die biokraftstoffproduzierenden Entwicklungsländer genommen wird, ist in der Darlegung der Notwendigkeit einer genauen Beobachtung der Folgeerscheinungen des Vermehrten Anbaus von Rohstoffen für die Agrartreibstoffproduktion.

Am 17. Oktober 2012 präsentiert die Europäische Kommission den *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*.

Auch in diesem Dokument wird darauf eingegangen, dass der hohe Kohlenstoffbestand vieler Landflächen, die, durch die, mit der Forcierung von Biokraftstoffen einhergehende, Änderung der Landnutzung, für den Anbau von Energiepflanzen verwendet werden, dazu führen kann, dass die, mit dem Einsatz von Agrartreibstoffen erhofften Einsparungen an Treibhausgasemissionen geringer ausfallen oder sogar ganz aufgehoben werden können. (Vgl. Europäische Kommission 2012: 2f)

Das Dokument verfolgt daher folgende Ziele:

- „– Begrenzung des Beitrags konventioneller Biokraftstoffe (bei denen das Risiko von Emissionen infolge indirekter Landnutzungsänderungen besteht) zur Erfüllung der Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie;
- Verbesserung der Treibhausgasbilanz der Biokraftstoff-Herstellungsverfahren (Verringerung der damit verbundenen Emissionen) durch die Anhebung der bei neuen Anlagen zu erzielenden Treibhausgasemissionseinsparungen vorbehaltlich

des Schutzes von Anlagen, die am 1. Juli 2014 bereits in Betrieb sind;

- Förderung einer größeren Marktdurchdringung fortschrittlicher Biokraftstoffe (mit geringen indirekten Landnutzungsänderungen), indem zugelassen wird, dass solche Kraftstoffe einen größeren Beitrag zur Erfüllung der Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie leisten als konventionelle Biokraftstoffe;
- Verbesserung der Meldung von Treibhausgasemissionen dadurch, dass die Mitgliedstaaten und Kraftstoffanbieter verpflichtet werden, die auf indirekte Landnutzungsänderungen aufgrund von Biokraftstoffen zurückgehenden Emissionen zu melden.“ (Europäische Kommission 2012: 3)

Das Dokument sieht unter anderem vor, dass die, in der *Erneuerbare-Energien-Richtlinie* festgesetzten, Ziele weiterhin vorhanden bleiben, allerdings wird eine „Begrenzung des Beitrags von Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen, die aus Nahrungsmittelpflanzen – zum Beispiel aus Getreide und sonstigen stärkehaltigen Pflanzen, Zuckerpflanzen und Ölpflanzen – hergestellt werden, zum Erreichen der Ziele der Erneuerbare-Energien-Richtlinie auf den aktuellen Verbrauch, ohne Grenzen für ihren Gesamtverbrauch [vorgesehen].“ (Europäische Kommission 2012: 3f).

Es sollen attraktivere Anreize eingeführt werden, den Einsatz von fortschrittlicheren Biokraftstoffen, die keinen gesteigerten Flächenbedarf mehr mit sich bringen, zu fördern.

Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die „Einführung der Meldung geschätzter Emissionen durch Kohlenstoffbestandsänderungen infolge indirekter Landnutzungsänderungen auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse zwecks Berechnung der durch Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe eingesparten Lebenszyklustreibhausgasemissionen[...].“ (Europäische Kommission 2012: 4)

Weiter wird eine „Erhöhung der Mindesteinsparungen an Treibhausgasemissionen [vorgeschlagen], die mithilfe von in neuen Anlagen hergestellten Biokraftstoffen und flüssigen Biobrennstoffen zu erzielen sind, mit Wirkung ab dem 1. Juli 2014, um die

Gesamttreibhausgasbilanz der in der EU verbrauchten Biokraftstoffe und flüssigen Biobrennstoffe zu verbessern und weiteren Investitionen in Anlagen mit schlechterer Treibhausgasbilanz entgegenzuwirken.“ (Europäische Kommission 2012: 4)

Um die Wettbewerbsbedingungen von EU- Produzenten und jenen in Drittländern anzugleichen, schlägt das Dokument einfachere Berechnungen von Treibhausgaseinsparungen vor. Mit dem hier vorgeschlagenen Ansatz wären vorübergehende Richtlinien im Bezug auf die veränderte Landnutzung durch den Anbau von Energiepflanzen obsolet. (Vgl. Europäische Kommission 2012: 4)

Ein wichtiger Punkt der im Dokument angesprochen wird ist, dass Energiepflanzen zu einem großen Teil auf Feldern angebaut werden, die bereits für die Nahrungsmittelproduktion in Verwendung stehen. Diese Information findet man im Änderungsvorschlag in folgendem Zusammenhang:

„Werden Weideflächen oder landwirtschaftliche Flächen, die zuvor für die Nahrungsmittel-, Futtermittel- und Textilfaserproduktion genutzt wurden, für Zwecke der Biokraftstoffherstellung umgewidmet, muss die Nachfrage nach den Produkten, die zuvor dort angebaut wurden, dennoch gedeckt werden, entweder durch die Intensivierung der aktuellen Produktion oder durch eine Umwidmung nicht landwirtschaftlicher Flächen an anderen Orten für die landwirtschaftliche Produktion. Bei dem letztgenannten Fall handelt es sich um eine indirekte Landnutzungsänderung [...]. [D]ie derzeitigen Biokraftstoffe [werden] hauptsächlich aus Pflanzen hergestellt [...], die auf vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen angebaut werden.“ (Europäische Kommission 2012: 8)

Wie oben bereits erwähnt, spielt auch in diesem Dokument die mögliche Aufhebung einer positiven Umweltwirkung des Gebrauchs von Biokraftstoffen durch hohe Treibhausgasemissionen während des Anbaus der für sie benötigten Energiepflanzen eine wichtige Rolle. Erklärt wird dies hier allerdings zum ersten Mal folgendermaßen: „Dies ist dadurch bedingt, dass im Jahr 2020 voraussichtlich fast die gesamte Biokraftstoffproduktion aus Pflanzen erfolgen dürfte, die auf Flächen angebaut werden, die zur Deckung des Bedarfs an Nahrungs- und Futtermitteln verwendet werden könnten. Um solche Emissionen zu mindern, sollte zwischen verschiedenen

Kulturpflanzengruppen wie Ölpflanzen, Getreide, Zuckerpflanzen und sonstigen stärkehaltigen Pflanzen differenziert werden.“ (Europäische Kommission 2012: 8)

Am 11. September 2013 stimmt das Europäische Parlament über den *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen* ab.

„Das Parlament hat über diesen Vorschlag in unterschiedlichen Ausschüssen (u.a. Umweltausschuss ENVI federführend, Industriausschuss ITRE, Agrarausschuss AGRI, Transportausschuss TRANS [sic!]) verhandelt und Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag gemacht. Dabei entwickelten insbesondere die Ausschüsse ENVI und ITRE unterschiedliche Positionen.“ (Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V. 2013)

Die „[...] Änderungsanträge zum Gesetzentwurf [werden] mit 356 Stimmen angenommen [...], bei 327 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen.“ (Europäisches Parlament 2013 b)

Während im Änderungsantrag aus dem Jahr 2012 von Bestimmungen die Rede ist, den beiden abzuändernden Dokumenten Bestimmungen zuzufügen, „[...]die auf indirekte Landnutzungsänderungen abstellen, da die derzeitigen Biokraftstoffe hauptsächlich aus Pflanzen hergestellt werden, die auf vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen angebaut werden“ (Europäische Kommission 2012: 8), wird dieser Teil in der *Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. September 2013 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*, gestrichen, mit dem unter *Abänderung 126 Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 4 b (neu)* angeführten Bemerkung „(4b) In Artikel 19 Absatz 7 der Richtlinie 2009/28/EG und in Artikel 7d Absatz 6 der Richtlinie 98/70/EG ist vorgesehen, geeignete Maßnahmen zu treffen, um auf die Auswirkungen indirekter Landnutzungsänderungen auf die Treibhausgasemissionen zu reagieren, dabei aber dem

Schutz bereits getätigter Investitionen angemessen Rechnung zu tragen.“ (Europäisches Parlament 2013 a)

Der im Änderungsvorschlag aus dem Jahr 2012 vorgelegte Punkt: „Ausgehend von Prognosen zur Biokraftstoffnachfrage, die von den Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, und von Schätzungen der Emissionen infolge indirekter Landnutzungsänderungen für verschiedene Biokraftstoff-Rohstoffe ist davon auszugehen, dass indirekte Landnutzungsänderungen zu erheblichen Treibhausgasemissionen führen und die Treibhausgaseinsparungen einzelner Biokraftstoffe teilweise oder ganz aufheben könnten. Dies ist dadurch bedingt, dass im Jahr 2020 voraussichtlich fast die gesamte Biokraftstoffproduktion aus Pflanzen erfolgen dürfte, die auf Flächen angebaut werden, die zur Deckung des Bedarfs an Nahrungs- und Futtermitteln verwendet werden könnten. Um solche Emissionen zu mindern, sollte zwischen verschiedenen Kulturpflanzengruppen wie Ölpflanzen, Getreide, Zuckerpflanzen und sonstigen stärkehaltigen Pflanzen differenziert werden[...]“ (Europäische Kommission 2012: 8), wird in der *Legislative EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 11. September 2013 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates unter dem Punkt Abänderung 8 Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 5* um folgende Ausführungen erweitert:

„Ausgehend von Prognosen zur Biokraftstoffnachfrage, die von den Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, und von Schätzungen der Emissionen infolge indirekter Landnutzungsänderungen für verschiedene Biokraftstoff-Rohstoffe führen indirekte Landnutzungsänderungen zu erheblichen Treibhausgasemissionen und heben die Treibhausgaseinsparungen einzelner Biokraftstoffe teilweise oder ganz auf. Dies ist dadurch bedingt, dass auf Flächen angebaute Biokraftstoffe erhebliche öffentliche Subventionen (10 Mrd. EUR pro Jahr) erhalten und daher im Jahr 2020 voraussichtlich fast die gesamte Biokraftstoffproduktion aus Pflanzen erfolgen dürfte, die auf Flächen angebaut werden, die zur Deckung des Bedarfs an Nahrungs- und Futtermitteln verwendet werden könnten. Darüber hinaus trägt die Biokraftstoff-Herstellung aus Nahrungsmittelpflanzen zu Preisschwankungen von Lebensmitteln bei und könnte erhebliche negative sozialen Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der Menschen und die Durchsetzbarkeit von Menschenrechten haben, einschließlich des Rechts auf Nahrung und des Zugangs zu Land für lokale Gemeinschaften, die in Ländern außerhalb

der Union in Armut leben. Um solche Emissionen und solche nachteiligen sozialen Auswirkungen zu mindern und die negativen Folgen auf die Nahrungsmittelsicherheit abzuschwächen, sollte der Schwerpunkt insbesondere darauf gelegt werden, die geplante Nutzung von Biokraftstoffen, die auf Landflächen angebaut werden, zu reduzieren und Emissionen infolge veränderter Landnutzung bei der Berechnung der Einsparungen an Treibhausgasemissionen gemäß den in der Richtlinie 2009/28/EG und der Richtlinie 98/70/EG festgelegten Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Um dieses Problem mittel- und langfristig zu lösen, gilt es außerdem, die Forschung und Entwicklung in Bezug auf neue Herstellungswege von fortschrittlichen Biokraftstoffen zu fördern, welche nicht um landwirtschaftliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion konkurrieren, und die Auswirkungen verschiedener Kulturpflanzengruppen auf direkte und indirekte Landnutzungsänderungen genauer zu untersuchen.“ (Europäisches Parlament 2013 a)

Die Bekenntnis zu den negativen, sozioökonomischen Konsequenzen der Biokraftstoffproduktion ist hier zwar vorhanden, dennoch einigt sich das Parlament auf eine „Begrenzung auf einen Anteil von 6 % am gesamten Kraftstoffmarkt für Biokraftstoffe aus stärke-, zucker- oder ölhaltigen Pflanzen und anderen Energiepflanzen aus landwirtschaftlichem Anbau.“ (Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V. 2013)

4) Ein Weltmarkt für Agrartreibstoffe

Dieses Kapitel beginnt mit einem kurzen Überblick über die Beweggründe und Ereignisse, die überhaupt zur Entstehung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe geführt haben. Da ich es für wichtig erachte darzustellen in welcher Weise die Produktion von Agrartreibstoffen beworben wurde und wird, folgt darauf eine kurze Darstellung der zwei präsentesten Strategien, wobei der Umweltaspekt, wie in der Einleitung schon angedeutet, nur gestreift wird, und auch die zweite, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und der Schaffung von Arbeitsplätzen abzielt, hier nur kurz dargestellt wird, da Kapitel 5 ohnehin näher auf die Thematik eingeht. Im Anschluss wird der Frage nach den kapitalistischen Akteuren, die vom Agrartreibstoffboom profitieren, nachgegangen, sowie jener nach den Beweggründen

die hinter seiner Forcierung stehen und der Bedeutung die der Markt für die kapitalistische Wirtschaft einnimmt.

Abschließend werden die Gründe analysiert, die eine Investition in Afrika sowohl für ausländische Unternehmen als auch für afrikanische Regierungen attraktiv machen.

4.1) Die Entstehung eines Weltmarktes für Agrartreibstoffe

Die Bedeutung der Bezeichnung „Biokraftstoff“ hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Während die ursprünglich in der Öffentlichkeit bekannte Bedeutung des Begriffes Energie bezeichnet, die auf Basis biologisch abbaubarer Abfallprodukte erzeugt wird, assoziiert man damit heute weitläufig flüssige Kraftstoffe auf Pflanzenbasis. Diese Aussage, so stehen gelassen, lässt den Laien kaum einen Unterschied erkennen zwischen der anfänglichen Intention und der heutigen Verwendung.

Zwischen Biokraftstoffen im ursprünglichen Sinn und den heute so stark propagierten gibt es allerdings einen bedeutenden Unterschied, denn bei der Produktion eines großen Anteils der, sich durch starke Förderung bereits im Umlauf befindlichen, Biokraftstoffen wird auf Pflanzen zurückgegriffen, die zu einem großen Teil auch als Nahrungsmittel Verwendung finden können und deren Produktion zur Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung vor allem in den ärmeren Regionen der Welt beitragen kann. Wie oben bereits erwähnt wird zwar schon an nachhaltigeren Biokraftstoffen geforscht, zumindest bis zu deren Markteinführung setzt der globale Handel aber weiterhin auf die aktuelle Version, deren Profitabilität durch Zuhilfenahme agroindustrieller Anbaumethoden und möglichst kostengünstiger Anbauflächen gesichert wird. (Vgl. Franco, Levidow et al. 2010: 665)

Biokraftstoffe per se gibt es nun schon seit mehr als hundert Jahren, die Idee des Kraftstoffes auf Pflanzenbasis ist also nichts Neues. Ursprünglich dienen sie aber nur als Notlösung, als eine Möglichkeit zum Beispiel mit der, während der zwei Weltkriege herrschenden, Ölknappheit umzugehen.

Zum entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Agrartreibstoffe kommt es durch die Ölkrise im Jahr 1973, konkreter ausgedrückt, durch die, durch sie ausgelöste, Suche nach alternativen Energiequellen, die zu einer Unabhängigkeit von den OPEC Staaten führen soll. (Vgl. Leopold 2011: 9)

Brasilien nimmt in der Entwicklung und Forschung im Biokraftstoffbereich eine entscheidende Rolle ein. Das Land ist das erste, das 1975 erfolgreich ein Agrartreibstoffprogramm ins Leben ruft, das National Alcohol Program (*Programa Nacional do Álcool*), wodurch Ethanol auf Basis von Zuckerrohr zu einem fixen Bestandteil der nationalen Energieversorgung und somit auch zu einem Fixpunkt der Wirtschaft wird.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre springen die USA auf den Bioethanol Zug auf. Im Gegensatz zu Brasilien, wo diese Entwicklung von der zu dieser Zeit regierenden Militärdiktatur ausgelöst wird, kommt die Hauptinitiative dazu in den USA zunächst von Seiten der Wirtschaft.

In Europa dauert es etwas länger, bis das Potenzial des Agrartreibstoffsektors flächendeckend erkannt wird. Erst Mitte der 1990er Jahre beginnt man hier Schritte zur Förderung von Agrartreibstoffen zu setzen, wobei man sich zu dieser Zeit bereits völlig auf Erfolgsgeschichten, Argumente und Forschungsergebnisse anderer Länder stützen kann. (Vgl. Leopold 2011:9)

Ganz im Sinne der Amerikanisierung der Landwirtschaft, wie sie im zweiten Food Regime Einzug hält, wandelt sich so die Rolle der Biokraftstoffe binnen kurzer Zeit nach ihrer verstärkten Forcierung, weg von einer reinen Alternative zu fossilen Kraftstoffen, die der Energiesicherheit dient, hin zu einer sicheren Möglichkeit im Kampf mit dem Problem der überschüssigen landwirtschaftlichen Produktion die Oberhand zu behalten, dem Preisdumping landwirtschaftlicher Güter entgegenzuwirken und somit auch die ansonsten nötigen hohen Subventionen für Bauern zu senken.

Dies ist der Beginn der später heftig beworbenen Idee, dass die Produktion von Biokraftstoffen die wirtschaftliche Entwicklung am Land vorantreiben und somit auch zu mehr Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten beitragen kann. (Vgl. Leopold 2011: 9; Widengard 2011: 47)

Während man sich ihrer Bedeutung für die Wirtschaft unmittelbar nach Beginn ihrer Förderung bewusst wird, ist die Betonung ihrer Vorteile für die Umwelt und ihre Hervorhebung als einen essentiellen Schritt im Kampf gegen den Klimawandel ein relativ neues Phänomen, das seinen Ursprung in von den USA geförderten Forschungsergebnissen aus den 1990er Jahren hat und das sich für die nächsten Jahre

als Erfolgsgarant für den Siegeszug der Biokraftstoffe herausstellen wird. (Vgl. Leopold 2011: 9; Widengard 2011: 47)

Nicht nur die Bedeutung des Begriffs Biokraftstoffe hat sich so im Laufe der Jahre gewandelt, auch die gesellschaftliche, politische und vor allem wirtschaftliche Rolle die man ihnen beimisst, hat sich drastisch verändert. Um es mit den Worten Robert Z. Lawrences auszudrücken: „Biofuels have become big policy and big business.“ (Lawrence 2010: 1)

Diese Wandlung der Bedeutung von Biokraftstoffen ist nur durch die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft möglich.

Denn, „[a]lthough there is a general euphoria for agrofuels among most governments, national policies are influenced by the different dynamics among business lobbies, geopolitical concerns and trade politics.“ (GRAIN 2007a: 14)

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen wird 2005 der Biofuels Research Advisory Council (Biofrac) gegründet, eine Pro- Biokraftstoff Lobby, die aktiv Einfluss in die EU Gesetzgebung im Bezug auf Agrartreibstoffe nimmt. Abgelöst wird sie von der European Biofuel Technology Platform (EBFTP), der neben Vertretern der COPA-COGECA, der einflussreichsten repräsentativen Interessensvertretung der europäischen Landwirtschaft, auch Vertreter namhafter Unternehmen der Industrie angehören. (Vgl. Franco, Levidow et al. 2010: 663)

Die verpflichtenden Beimischungsziele und die durch die EU vorangetriebene Positionierung von Biokraftstoffen als Beitrag der Menschheit gegen den Klimawandel, heizen das Geschäft mit dem neuen Trendprodukt der Energiebranche an und machen es der Industrie dadurch leicht, ihre Produktion zu erhöhen.

Eine Erhöhung der Produktion ist gleichzusetzen mit der Globalisierung der Agrarkraftstoffproduktion, denn , für diese Arbeit im Speziellen relevant, die EU Staaten, aber auch alle anderen Staaten mit politischen Fokus auf diesen alternativen Kraftstoff, benötigen durch die Beimischungsverpflichtungen bereits sicher kontinuierlich eine gewisse Menge an Agrartreibstoffen.

Nun ist es aber so, dass die Produktionskapazitäten innerhalb Europas für die ambitionierten Beimischungsziele bei weitem nicht ausreichend sind, und als nächster logischer Schritt nur die Ausweitung der Produktion auf jene Länder der Peripherie bleibt, die riesige Landflächen zu günstigen Konditionen bereitstellen können. Denn, „[...] zur produktiven Verwendung des realisierten Mehrwerts ist erforderlich, daß [sic!] das Kapital fortschreitend immer mehr den gesamten Erdball zur Verfügung hat, um in seinen Produktionsmitteln quantitativ und qualitativ unumschränkte Auswahl zu haben. Plötzliche Inangriffnahme neuer Rohstoffgebiete in unumschränktem Maße, sowohl um allen eventuellen Wechselfällen und Unterbrechungen in der Zufuhr der Rohstoffe aus alten Quellen wie allen plötzlichen Erweiterungen des gesellschaftlichen Bedarfs gewachsen zu sein, ist eine der unumgänglichsten Vorbedingungen des Akkumulationsprozesses [...].“ (Luxemburg 1970: 279f)

Im nächsten Schritt gilt es, die Verantwortlichen in den potentiellen Anbauländern von den Vorteilen des Bereitstellens großer Landflächen für den Anbau von Energiepflanzen zu überzeugen.

Während in den Industriestaaten vor allem mit dem Umweltthema und der Energiesicherheit gepunktet wird, spielt in den Werbemaßnahmen, die in den Ländern der Peripherie ergriffen werden, vor allem auch der Faktor „wirtschaftliche Entwicklung“ eine große Rolle. (Vgl. Franco, Levidow et al. 2010: 663)

So versucht die EU beispielsweise Biokraftstoffe und vor allem die Produktion ihrer Rohstoffe in den Ländern des Südens durch Maßnahmen wie „[...] providing technical assistance, brokering energy supply deals, facilitating corporate land acquisitions and promoting market- oriented land policies“ (Franco, Levidow et.al 2010: 662) zu implementieren.

4.2) Strategie zur öffentlichen Akzeptanz der Implementierung der Biokraftstoffpolitik

Der Siegeszug der Biokraftstoffe ist nur möglich, wenn die Öffentlichkeit sich genauso von den positiven Seiten ihres Einsatzes begeistern lässt wie die Politik.

Um dies zu erreichen wird man seitens der Politik, aber auch der Wirtschaft, nicht müde, die Vorteile der Beimischung von Biokraftstoffen zu betonen.

Hier lassen sich zwei Strategien erkennen, mit denen man die Menschen auf die Seite des Kraftstoffes aus „nachhaltigen Rohstoffen“ ziehen möchte.

Zum einen ist dies die oben erwähnte Proklamation von Agrartreibstoffen als umweltfreundlich, ja sogar als Lösung vieler, durch fossile Kraftstoffe und dem Raubbau der Menschen an unserem Planeten ausgelöster, Probleme. Diese Herangehensweise scheint zunächst ein Garant für die Akzeptanz, und somit den Erfolg, der Agrartreibstoffe, die nun absichtlich im öffentlichen Diskurs von Seiten der Entscheidungsträger ausschließlich „Biokraftstoffe“ genannt werden. Durch ihre neu zugeschriebene Rolle gelten Biokraftstoffe zunächst als umweltfreundliche und nachhaltige Lösung, für deren Umsetzung es sich lohnt vorübergehend Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Es scheint sogar so zu sein, dass die breite Öffentlichkeit über einen relativ lange andauernden Zeitraum in Verbindung mit der „neuen“ Alternative am Kraftstoffmarkt den Ausspruch „der Zweck heiligt die Mittel“ verinnerlicht und die Rohstoffe von Biodiesel und Bioethanol als eine völlig unterschiedliche Kategorie als andere Cash Crops stellt.

Zwar gibt es auch Kritiker, die in den Beimischungszielen der Europäischen Union eine Gefahr für die Umwelt und für die Ernährungssicherheit der Menschen in den Ländern der Peripherie sehen, deren Meinungen kontern die Verantwortlichen aber öffentlichkeitswirksam mit Expertenmeinungen und Studien, die besagen, dass es in den Ländern des Südens genügend leer stehende Anbauflächen gibt um den Bedarf an Energiepflanzen zu decken. Das Vorhandensein marginalisierten Landes ist vor allem für den Anbau in den Ländern Afrikas immer wieder ein gern gebrauchtes Argument. (Vgl. Franco, Levidow et.al 2010: 673; Widengard 2011: 49)

„It was only the dramatic rise in food commodity prices in 2007 and 2008, and the subsequent critique by NGOs and intergovernmental organizations, that managed to create space for a more critical discussion around biofuels.“ (Widengard 2011: 50)

Ein einfaches Ignorieren oder mit Positiv- Meldungen abschwächen der Kritik ist nun kaum mehr möglich. Zum einen deshalb, weil sich in der Vergangenheit ausgesprochene Befürchtungen der Kritiker nun zu einem Teil bewahrheitet haben, zum anderen deshalb, weil die Massenmedien auf den Zug aufspringen und eine Welle an kritischen Berichten an die breite Öffentlichkeit gelangt.

Es sind nun nicht mehr nur Umweltschutzorganisationen und andere NGOs die dem Biokraftstoffboom ablehnend gegenüberstehen, sondern auch gewichtige und den Menschen bekannte Stimmen wie jene Jean Zieglers, der sich zu dieser Zeit in seiner Funktion als UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung gegen den exzessiven Einsatz von Biokraftstoffen, ja sogar für einen Produktionsstopp für die nächsten 5 Jahre ausspricht. (Vgl z.B. derStandard.at 2007; BBC News Online 2007) Solche Berichterstattungen bleiben kein kurzfristiges Phänomen. Die Krise der Nahrungsmittelpreise 2007/2008 hat eine erhebliche Schwachstelle der Biokraftstoffpolitik aufgezeigt und diese wird seit diesem Zeitpunkt auch regelmäßig medial beleuchtet.

In einem Interview mit dem Magazin FOCUS Online aus dem Jahr 2012 zum Beispiel, steht Ziegler erneut öffentlich zu seiner Meinung dass Biokraftstoffe alles andere als eine ökologische Alternative zu fossilen Kraftstoffen darstellen und führt das Klimaschutzargument, das von der Europäischen Union so lange propagiert wurde. ad absurdum.

„Um beispielsweise einen Liter Bioethanol herzustellen, werden 4000 Liter Wasser benötigt. Da wird eine wichtige Ressource verschwendet, denn sauberes Trinkwasser ist vielerorts knapp. Außerdem ist der Kohlendioxid-Ausstoß bei der Gewinnung von Bioethanol ganz gewaltig. Somit ist das Klimaschutzargument nicht haltbar.“ (FOCUS Online 2012)

Naturgemäß sehen diejenigen, die von den Beimischungszielen und dem damit verbundenen Boom profitieren, keinen Zusammenhang zwischen den dramatischen Preisanstiegen und der Produktion von Energiepflanzen. Obwohl sehr viel Energie in das Ankämpfen gegen die verheerende Berichterstattung gesteckt wird, müssen sich schließlich sowohl Politiker als auch Lobbyisten eingestehen dass es an der Zeit ist ihre Positionierungen und vor allem ihre Herangehensweise an die Problematik zu überdenken. (Vgl. Leopold 2011: 15)

„Never before had a booming industry, with significant national and international regulatory and public financial support, and also backed by powerful business lobbies gone from hero to discursive zero with the speed and ferocity that agrofuels did from 2007-08.“ (Leopold 2011: 15)

Angesichts dieses monumentalen Versagens die Realität an die Propaganda anzugleichen, ist es nun Zeit für einen Strategiewechsel.

Nachdem die Bewerbung des Kraftstoffes aus Energiepflanzen im Hinblick auf seine Umweltvorteile also größere Angriffsflächen offenbart hat, kommt es zu einer Fokusverschiebung weg vom reinen Umweltaspekt hin zu der Konstruktion eines Szenarios, in dem alle Beteiligten, Produzenten und Verbraucher, die Länder der Peripherie und jene des Westens, als Gewinner hervorgehen. Agrartreibstoffe werden nun als Gesamtpaket beworben, das über den Umweltschutz hinausgeht und vor allem Energiesicherheit und ländliche Entwicklung bringen soll. Energiepflanzen, die auf dem afrikanischen Kontinent angebaut werden, bewirbt man nun mit den Schlagwörtern „ländliche Entwicklung“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen“. (Vgl. Widengard 2011: 51f)

„The logic ist that biofuels will ‚bring development to Africa‘, in terms of rural development, job creation and cash incomes for small-scale farmers, or through so-called ‚spill-over effects‘ in terms of infrastructure, rural electricity, schools, clinics and side-businesses from plantations and processing plants.“ (Widengard 2011: 52)

Diese Betonung des positiven Effekts für die Menschen in den Anbauregionen, auch als „Win-Win“ bezeichnet, räumt den Biokraftstoffen einen völlig neuen Stellenwert in der Nachhaltigkeitsdebatte ein. Mit der Konstruktion eines „Win-Win“ Szenarios geht man erfolgreich gegen den Imageverlust der seit 2007 an dem, doch nicht so umweltfreundlichen, Kraftstoff haftet, an, denn es ist schwer an der Aussicht von wirtschaftlicher Entwicklung der Ärmsten der Armen etwas auszusetzen. (Vgl. Widengard 2011: 53)

Mit der Zeit wird aber immer deutlicher dass dieses „Win-Win“ Konstrukt sich nur auf eine relativ kleine elitäre Schicht bezieht und dass der Großteil der Menschen in den Anbauregionen keinerlei Vorteile durch die Ansiedelung großer Konzerne auf ihren Böden hat.

„Eine eingehende Prüfung der verwendeten Argumentationsfiguren lässt mehr auf eine ökonomisch interessierte Position im Sinne von Investoren und einer allgemeinen

Forcierung der Privatisierung von Land und der Durchsetzung von Bodenmärkten schließen als auf eine reell tragfähige „Win- Win“-Situation.“ (Exner 2011: 6)

4.3) Die Akteure hinter dem Biokraftstoffboom

Folgt man David Harvey, dann gibt es zwei Gruppen von Akteuren, die Politiker und die Akteure der Wirtschaft, die beide, obwohl von unterschiedlichen Logiken getrieben, fest miteinander verwoben sind und erst durch ihr Zusammenspiel den „kapitalistischen Imperialismus“ überhaupt am Leben halten. (Vgl. Harvey 2005: 33,36)

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass die Europäische Union in dieser Arbeit die „territoriale Logik“ der Macht verkörpert. Ebenso wie es relativ einfach ist die USA, China oder auch Indien im Allgemeinen als Vertreter der „territorialen Logik“ zu identifizieren.

Die Regierungen, sowohl der Industrienationen als auch der Staaten der Peripherie, spielen eine wichtige Rolle, denn viele der Pachtverträge werden unter ihnen ausgehandelt und die von ihnen erlassenen Gesetze sind notwendig, um das Wachstum des Marktes rasch zu beschleunigen und um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen unter denen gewinnbringend agiert werden kann.

In einem, von der Europäischen Union finanzierten und von dem unabhängigen Consulting Unternehmen AETS durchgeführten und im Februar 2013 veröffentlichten Final Report mit dem Titel *Assessing the impact of biofuels production on developing countries from the point of view of Policy Coherence for Development* werden vier Strategien zur Förderung von Biokraftstoffen identifiziert. Neben Budgethilfe, zum Beispiel in Form von Steuerbefreiungen, oder der Sicherstellung eines gewissen Marktanteils von Biokraftstoffen durch unverbindliche Biokraftstoffverbrauchsziele und verbindliche Mandate, betont der Report auch handelspolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel Einfuhrzölle, sowie Maßnahmen, die der Steigerung der Produktivität und der Effizienz der Liefer- und der Marketing Ketten dienen. (Vgl. Diop, Blanco et al. 2013: 20)

Auch wenn es in Zeiten von Beimischungspflicht und Biokraftstoffrichtlinien den Anschein hat, die alleinige Kontrolle über die Entwicklung des Biokraftstoffsektors liegt nicht nur in den Händen der „territorialen Logik“. Denn immer mehr geht die Kontrolle über die Entwicklung der Agrartreibstoffe durch exzessives Investment über in den Einflussbereich der „kapitalistischen Logik“.

Während es ziemlich einfach ist die Akteure der „territorialen Logik“ zu identifizieren, geht die Bandbreite jener, die Teil der „kapitalistischen Logik“ sind, weiter auseinander.

Der oben erwähnte Final Report aus dem Jahr 2013 unterteilt die Akteure, die sich am Agrartreibstoffgeschäft bereichern folgendermaßen:

- „Institutional investors: these are local and international investment promotion bodies
such as sovereign funds, other government funds aimed to unlock investments in the biofuels sectors, multilateral funds such as the African Development Bank, International Finance Corporation (IFC) and the European Investment Bank (EIB). These institutions are likely to provide soft loans and attractive packages to mitigate the risks of the equity providers. Institutional investors focus less on short-term return but on sustainability and overall long-term economic and financial gains. [...]
- Private equity funds. [...]
- Traditional agribusiness and energy companies. [...]“ (Diop, Blanco et al. 2013: 34)

Etwas genauer ausgedrückt, kann man sie in vier Gruppen einteilen: „private companies; public or state owned companies; investment funds and private-public partnerships.“ (Anseeuw, Boche et al. 2012: 24)

Während die staatlichen Unternehmen eine wichtige Rolle einnehmen, sind es doch die Privatkonzerne, die eindeutig die bedeutendste Gruppe darstellen.

Investoren aus Europa, aber auch aus den USA oder Südamerika zählen fast ausschließlich zu jenen der Privatunternehmer. Unter den staatlichen Unternehmen die

in Agrartreibstoffe investieren spielen jene aus den Golfstaaten, China und Süd-Korea die gewichtigste Rolle. (Vgl. Anseeuw, Boche et al. 2012: 24)

Will man die Akteure noch genauer kategorisieren so kann man sie, neben der bekannten Unterteilung in private und öffentliche, in lokale Investoren und Investoren aus dem Ausland unterteilen. Ein weiteres Unterteilungsmerkmal ist jenes der aktiven und der passiven Investoren. (Vgl. Diop, Blanco et al. 2013:34)

„In case of active or passive investments one could distinguish between the active investor who supplies firms with capital and the passive or strategic investor who brings in know-how, technology, management skills, marketing techniques, intellectual property, clientele, a vision and a sense of direction.“ (Diop, Blanco et al. 2013: 34)

Zu den einflussreichsten Akteuren zählen ohne Zweifel große transnationale Konzerne aus der Agrarbranche, wie zum Beispiel Archer Daniels Midland (ADM), Tate& Lyle oder British Sugar, dicht gefolgt von Riesen aus der Energiebranche, wie zum Beispiel British Petroleum (BP) oder ENI.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Einfluss den der Finanzsektor auf die gesamte Branche ausübt. (Vgl. GRAIN 2007a: 11)

Tabelle 2: Einflussreiche Akteure aus der Wirtschaft und des Finanzsektors die in Agrartreibstoffe investieren

Agribusiness	ADM, Cargill, China National Cereals, Oils and Foodstuffs Import & Export Corporation, Noble Group, DuPont, Syngenta, ConAgra, Bunge, Itochu, Marubeni, Louis Dreyfus
sugar	British Sugar, Tate & Lyle, Tereos, Sucden, Cosan, AlcoGroup, EDF & Man, Bajaj Hindusthan, Royal Nedalco
palm oil	IOI, Peter Cremer, Wilmar
forestry	Weyerhaeuser, Tembec
Oil	British Petroleum, Eni, Shell, Mitsui, Mitsubishi, Repsol, Chevron, Titan, Lukoil, Petrobrás, Total, PetroChina, Bharat Petroleum, PT Medco, Gulf Oil
Finance	Rabobank, Barclays, Société Générale, Morgan Stanley, Kleiner Perkins Caufield &

Quelle: GRAIN 2007 a: 11

„Perhaps the most aggressive source of investment in agrofuels, however, comes from the world of finance. A number of the largest and most important houses of globalised capital have stepped into the agrofuels game.“ (GRAIN 2007a: 11)

Akteure dieser Branche verdienen ihr Geld mit der Spekulation auf Landpreise. Sie kaufen Landflächen nur um sie später gewinnbringend wieder weiterzuverkaufen. Besonders involviert in diese Land Spekulationen sind Pensionskassen, die zusammengenommen zwischen 5 und 15 Billionen US \$ in Landkäufe investieren. Von den europäischen Finanzakteuren zählen die schwedische AP2, die niederländische APG ebenso wie die PGGM oder die dänische PKA zu den aktivsten Investoren in Grund und Boden. (GRAIN 2011: 1; Hands of the Land o.J.: 2)

Neben den oben genannten Branchen, die nur die einflussreichsten unter den vielen verschiedenen Wirtschaftsbereichen darstellen die sich am Agrartreibstoffboom beteiligen, spielen auch Privatpersonen eine bedeutende Rolle. Denn neben Riesen wie BP oder ADM haben auch einige Milliardäre den blühenden Geschäftszweig für sich entdeckt. (Vgl. GRAIN 2007 a: 11)

„These titans of globalisation not only bring their vast fortunes to the agrofuel gold rush, but their heavy political clout as well.“ (GRAIN 2007 a: 11)

Während der Markt von den Wirtschaftsgiganten und den Regierungen kontrolliert wird, haben Kleinbauern und kleine Initiativen kaum die Möglichkeit ihn in großem Ausmaß mitzugestalten. So gibt es zwar Biokraftstoffprojekte die von NGOs in, im Vergleich zu den rein auf Profit ausgerichteten Riesenprojekten der Wirtschaft, kleinem Umfang realisiert werden und die immer wieder gerne als Beispiel für den Nutzen, den der Anbau von Energiepflanzen der Bevölkerung in den Anbauregionen bringt, herangezogen werden. Sie stellen aber nur einen sehr kleinen Teil des globalen Biokraftstoffhandels dar. (Vgl. GRAIN 2007b: 41)

„Agrofuel advocates like to talk about these feel-good initiatives, but the current agrofuels boom has little to do with small-scale agriculture.“ (GRAIN 2007b: 41)

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass, obwohl es viele Akteure gibt, die im Agrartreibstoffsektor involviert sind, von NGOs über Kleinbauern bis hin zu den Medien, der Markt doch von jenen zwei Gruppen kontrolliert wird, die gemeinsam den

„kapitalistischen Imperialismus“ ermöglichen, nämlich von den Vertretern der Politik und jenen der Wirtschaft und des Geldes.

4.4) Agrartreibstoffe im „Corporate Food System“ oder die Bedeutung der Biokraftstoffe für den Kapitalismus

Die Europäische Union legt also über mehrere Jahre hinweg einen großen Fokus auf die Bedeutung der Beimischung von Biokraftstoffen zu fossilen Kraftstoffen für die Reduktion der CO₂ Emissionen.

Das der Klimawandel ein ernst zunehmendes Problem ist gegen das man ankämpfen muss steht mittlerweile außer Frage. Das der Mensch zu einem großen Teil für die globale Erwärmung mitverantwortlich ist auch.

Immerhin werden „[...] rund 900 Tonnen Kohlendioxid [...] pro Sekunde in die Atmosphäre geblasen.“ (WWF Österreich o.J.) „Kohlendioxid (CO₂) entsteht überwiegend bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle.“ (Umweltbundesamt o.J. b)

Allerdings ist der Verkehrssektor nicht alleine für die hohen Emissionswerte verantwortlich. Denn neben dem Straßen- und Luftverkehr sind es vor allem die Industrie sowie der Sektor des produzierenden Gewerbe und der Energieversorgung die hohe CO₂ Ausstöße verbuchen. (Vgl. Umweltbundesamt o.J. b)

„Die größten CO₂-Produzenten sind [also] schnell identifiziert. Bei der Nutzung fossiler Brennstoffe zum Heizen, zur Stromerzeugung oder im Verkehrswesen wird ebenso Kohlendioxid freigesetzt, wie bei Brandrodungen oder durch intensive Landwirtschaft und hier insbesondere die Tierhaltung.“ (Klima-und-Umweltschutz.de o.J.)

Dennoch konzentriert sich der Fokus der EU auf die Beimischung von Agrartreibstoffen. Die Frage die sich nun stellt ist, warum?

Es steht außer Frage, dass bei jedem der Kohlendioxid freisetzenden Sektoren angesetzt werden muss um die Umwelt nachhaltig zu entlasten. Tatsache ist aber auch, dass der auf Agrartreibstoff gelegte Fokus viel stärker propagiert und auch viel rigoroser

durchgesetzt wird als Maßnahmen, die viele der anderen CO₂ belastenden Sektoren betreffen.

Dabei beträgt der Anteil des Straßenverkehrs an den Treibhausgasemissionen im Jahr 2009 nur 10%, jener der Industrie zum Vergleich 31% und jener der Landwirtschaft 18%. (Vgl. Houtart 2010: 140)

Agrartreibstoffe selbst sind alles andere als CO₂ neutral, oder wenigstens gering in den, bei der Produktion der für sie benötigten Rohstoffe anfallenden, Emissionswerten.

Geht man davon aus, dass diese freigesetzte Treibhausgasmenge durch technologischen Fortschritt verringert werden kann, dann ist ihr Anteil am Gesamtproblem dennoch zu gering um als „die Lösung“ gelten zu können. (Vgl. Houtart 2010: 140f)

Wenn Agrartreibstoffe aber nicht als des Rätsels Lösung betrachtet werden können, warum werden sie dann als solche propagiert? Betrachtet man die Frage vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus, so ist die Antwort denkbar einfach- in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit die von Krisen und größeren Konkurrenzdruck als jemals zuvor in der Geschichte geprägt ist, bieten Agrartreibstoffe, vor allem im Angesicht der bekannten und immer näher auf uns zusteuernenden Verknappung des Erdöls, ein sicher scheinendes neues Feld für die Kapitalakkumulation.

Damit Biokraftstoffe aber ihre Rolle als verlässliches Feld für die Kapitalakkumulation einnehmen können, bedarf es zuerst der Erfüllung einiger Vorbedingungen. (Vgl. Houtart 2010: 142)

Zunächst gilt es, den wichtigsten Faktor für die Produktion von Energiepflanzen zu sichern- die Kontrolle über das Anbauland. Diese Kontrolle kann auf mehreren Wegen ausgeübt werden, sei es nun über den Ankauf oder das Pachten von großen Landflächen oder über Verträge, die die Landeigentümer, also die Bauern, dazu verpflichten sich dem Willen der Konzerne, mit denen sie die Verträge abgeschlossen haben, zu fügen. (Vgl. Houtart 2010: 142)

„In this way, one of the bases of the capitalist system is constituted: the control of the elements necessary for production, either by the direct acquisition of property or by the total submission of the worker, who remains the owner of the land.“ (Houtart 2010: 142)

Während das benötigte Land die Basis der gesamten Agrartreibstoffindustrie darstellt, sind es günstige Arbeitskräfte die zu der erwünschten Profitmaximierung beitragen. Dabei ist es das System des Anbaus von Monokulturen das dem Kapitalisten einen weiteren Vorteil bietet- es erlaubt ihm mit wenigen Arbeitskräften große Erträge zu erzielen. (Vgl. Houtart 2010: 142f)

„In other words, the maximum exploitation of workers is widespread and corresponds to the logic of capital, which consists of exercising pressure on the various elements involved in the costs of production in order to maximize the profits and thus appropriate the added value.“ (Houtart 2010: 143)

Um die Produktivität, und somit den Profit, noch mehr zu erhöhen, setzen die Unternehmen auf die Forschung und den Einsatz von neuen Technologien, deren Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen in den Anbauregionen meist umstritten sind.

Zu diesen umstrittenen neuen Methoden der Profitmaximierung zählt zum Beispiel der Einsatz von GMOs, also von gentechnisch verändertem Saatgut, dessen Langzeitfolgen bis heute noch nicht abschätzbar sind. (Vgl. Houtart 2010: 143)

Aber, „[t]he increase in productivity, thanks to the new technologies at a time of rising prices, obviously makes it possible to increase profits, which of course forms part of the capital accumulation process.“ (Houtart 2010: 143)

Da sich ein Großteil der Anbauregionen in den Ländern der Peripherie befindet, ist es möglich dem großen Thema GMOs im Anbau von Energiepflanzen bei den Werbemaßnahmen für Biokraftstoffe, zumindest in der breiten Öffentlichkeit Europas, weitgehend aus dem Weg zu gehen.

Fakt ist aber dass es die westlichen Nationen, und mittlerweile auch China und Indien sind, die den größten Bedarf an Agrartreibstoffen aufweisen. Fakt ist auch, dass dieser Bedarf zum größten Teil aus der Produktion der Länder des Südens gedeckt wird und dass es auch jene Länder sind, die die Folgen die der exzessive Monokulturanbau von Energiepflanzen mit sich bringt tragen müssen, sowohl im sozialen als auch im ökologischen Bereich. (Vgl. Houtart 2010: 145)

„The destruction of biodiversity and carbon sinks, water pollution, soil contamination, [...] - all these add up to the heavy costs which are not taken into account as long as they do not affect the reproduction of capital.“ (Houtart 2010: 143)

Neben den Langzeitschäden für die Umwelt führt die kapitalistische Produktionsweise auch dazu, dass eine enorm hohe Anzahl an Menschen, die für die Produktion am Land nicht mehr benötigt werden, in die Städte pilgert, wo es meist aber auch keinen großen Überschuss an Arbeitsplätzen gibt, was wiederum global die Migrationsbewegung Richtung Westen fördert. (Vgl. Houtart 2010: 144)

Aus der Sicht des Kapitals sind dies aber Entwicklungen, die die Unternehmen des Westens nicht betreffen.

„So the model of economic dependence is reproduced once again, the capitals of the North being where the decisions are made. No account is taken of the externalities in the South, until they affect the rate of profits.“ (Houtart 2010: 145)

Neben den großen Konzernen profitiert besonders ein Sektor von der allgemeinen Tendenz zur Förderung von Agrartreibstoffen- der Finanzsektor. Denn bereits zu Beginn des Agrartreibstoffbooms ist absehbar dass die vermehrte Produktion von Energiepflanzen zur Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte beitragen wird. Ein Trend den sich Spekulanten zunutze machen um ihre Gewinne zu erhöhen. (Vgl. Houtart 2010: 146)

Zu den Profiteuren des Handels mit Agrosprit zählen also große Konzerne, Spekulanten sowie eine kleinen Elite in den Produktionsländern. Der Großteil der Bevölkerung in den produzierenden Ländern erlebt durch die sich in ihren Regionen ansiedelnden Konzerne kaum Vorteile.

„To conclude, it could be said that the function of the development of agrofuels is indeed that of quick profits, a sure source of accumulation in the short term.“ (Houtart 2010: 147)

4.5) Biodiesel, Bioethanol und Afrika – Ein wachsender Markt findet seine „Goldgrube“ oder Hoffnungsträger afrikanischer Regierungen

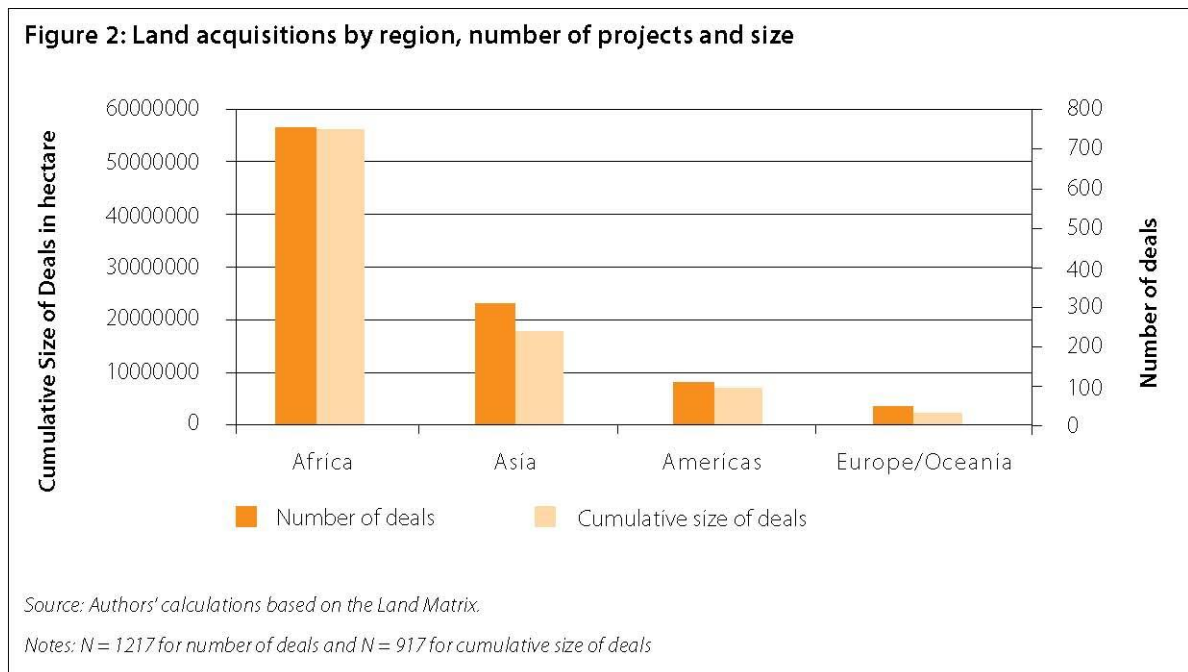
Wie im dritten Kapitel ersichtlich, hat sich die Europäische Union ehrgeizige Beimischungsziele für Biokraftstoffe gesetzt. Ziele, die eine Menge an Agrartreibstoffen benötigen, die innerhalb der Länder der EU selbst nicht produziert werden kann.

In Ländern wie Brasilien, Indonesien und Malaysia läuft die Produktion von Rohstoffen bereits seit Jahren auf Hochtouren. Aber der Druck, frei verfügbare Bodenflächen zu finden, steigt immer mehr an.

Als besonderer Hoffnungsträger der Investoren gilt daher der afrikanische Kontinent, der über riesige Landflächen verfügt, von denen viele offiziell als ungenutzt gelten und zu günstigen Preisen verkauft oder verpachtet werden. Dies führt zu einem enormen Andrang von Investoren, die hoffen sich untereinander überbieten zu können, schneller zu sein als der andere um nur möglichst viel vom afrikanischen Land für sich nutzen zu können.

„Although a large number of countries (84) are targeted by foreign investors, 11 countries of them concentrate 70% of the reported targeted surface. Among those 11 countries 7 are African [...].“ (Anseeuw, Boche et al. 2012: 9)

Abbildung 3: Landnahmen nach Kontinent



Quelle: <http://faostat.fao.org>; zitiert nach Anseeuw, Boche et al. 2012: 7

38% des afrikanischen Bodens zählen zu den landwirtschaftlichen Nutzflächen, wobei es hier erhebliche Unterschiede je nach Region gibt. So dient zum Beispiel 63% der Landfläche Südafrikas als landwirtschaftliche Nutzfläche, aber nur 24% des Zentralafrikanischen Bodens.

Vor allem in West- und Ostafrika zeichnet sich eine kontinuierliche Entwicklung hin zur Vergrößerung der Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, ab. (Vgl. Kleinhanß, Junker 2012: 5,19)

Bereits heute ist „Eastern Africa [...] clearly the most targeted area in the World with 1/3 of the reported projects and area affected. The concentration of deals in this part of the world is even more significant (45%) if we only consider reliable data.“ (Anseeuw, Boche et al. 2012:7)

Zum Vergleich, in Südostasien werden, je nach Datenlage, nur 19% bis 25% aller aktuell offiziell bekanntgegebenen Projekte umgesetzt.

Westafrika hinkt hier nicht sehr weit hinterher. 15% aller im Moment öffentlich bekannten Projekte werden in dieser Region umgesetzt. (Vgl. Anseeuw, Boche et al. 2012: 7)

Die Verschiebung des Interessenschwerpunktes von Südostasien hin zu Afrika ist also deutlich an Hand der, zumindest offiziell bekannten, Projekte ersichtlich.

Dies liegt aber nicht nur an den riesigen verfügbaren Landflächen, sondern auch an den afrikanischen Regierungen, die in dem momentanen Biokraftstofftrend eine Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Länder und zur Aufbesserung ihrer finanziellen Ressourcen sehen und deshalb aktiv um das Interesse der ausländischen Investoren werben.

Dieses Werben ist zunächst auch notwendig, denn Investoren haben den Kontinent lange Zeit gemieden.

„A key reason for this was that policy distortions against agriculture, especially exports and low public investment in rural areas, have reduced investment incentives, thus limiting the development of Africa’s agricultural potential.“ (Deininger, Byerlee et al. 2011: XXX)

Weitere Gründe liegen oft in instabilen Verhältnissen innerhalb der Länder sowie ein hohes Niveau an Kriminalität und Korruption, was dazu führt dass das Risiko für Investoren enorm steigt. Im Allgemeinen immer abschreckend wirken auch zu strenge Regulierungen und Lizenzierungen, sowie zu hohe Steuersätze und für den afrikanischen Kontext vor allem wichtig, ein schwaches Justizsystem und nicht durchsetzungsfähige Institutionen. (Vgl. Diop, Blanco et al. 2013: 36f)

Aus diesem Grund haben Regierungen aktiv an der Schaffung von Rahmenbedingungen gearbeitet, unter denen sich die Investoren entfalten können. (Vgl. Matondi, Mutopo 2011: 70)

„The creation of investment vehicles in the form of investment centres, one-stop investment portfolios, investment authorities, etc. signifies the importance that Africa attaches to (and its eagerness to take advantage of) the business opportunities presented.“ (Matondi, Mutopo 2011: 70)

Um das eigene Land als Standort noch attraktiver zu machen, bieten die meisten afrikanischen Regierungen nun „[...]fast-tracking of investment, tax breaks, ease of profit repatriation, suspension of worker rights to strike, ready access to permits for workers from the investing companies, etc.“ (Matondi, Mutopo 2011: 70)

Wenn bilaterale Investitionsförderungs- und Schutzverträge abgeschlossen werden, dann fallen diese meist zu Gunsten der ausländischen Investoren aus und dienen nur in den allerwenigsten Fällen dem Schutz der eigenen Bevölkerung.

Eine weitere Steigerung ihrer Attraktivität als Investitionsland erfahren afrikanische Länder durch die Art und Weise wie in ihnen die Landfrage geregelt ist.

Bei einem so großen Kontinent wie Afrika ist es nur logisch dass die Landnutzungs- und Eigentumsrechte von Land zu Land unterschiedlich sind. Eines allerdings haben sie fast alle gemeinsam, nämlich dass die Bevölkerung am Land zwar vom Land lebt, es bewirtschaften und nutzen kann, es ihr aber nicht per Gesetz gehört. Rechtlich gesehen ist das Land Eigentum des Staates, das von der Regierung oder aber auch von traditionellen Oberhäuptern verwaltet wird. Das bedeutet dass, wenn die Regierung sich dafür entscheidet größere Landflächen an ausländische Unternehmen zu verpachten oder zu verkaufen, die Menschen die bis dahin von diesem Land gelebt haben, keine Möglichkeit haben gerichtlich dagegen vorzugehen. (Vgl. Matondi, Mutopo 2011: 71, 76)

„The greatest threats surrounding land grabbing are the lack of proper guidelines on land acquisition and the elitist nature of the deals involving governments and the private sector.“ (Matondi, Mutopo 2011: 77)

Afrikanische Regierungen unterzeichnen also Verträge, die zu Gunsten der kapitalistischen Unternehmen und zum Nachteil für ihre eigene Bevölkerung ausfallen. Bedenkt man die Kompromisse die sie bereit sind einzugehen so ist es nicht schwierig zu verstehen, weshalb so viele Unternehmen nach Afrika drängen, immerhin bieten ihnen die einheimischen Regierungen große Landflächen zu äußerst günstigen Konditionen und mit der Garantie dass es nicht zu rechtlichen Zwischenfällen mit der Landbevölkerung kommt.

Scheinen die Beweggründe für diesen „Ausverkauf“ des Landes zunächst nicht nachvollziehbar, stellt sich, wie zu Anfang dieses Unterkapitels erwähnt, bei genauerer Betrachtung der Problematik heraus dass die wirtschaftliche Entwicklung der Länder eine große Rolle bei den Entscheidungen der afrikanischen Regierungen spielt.

Denn die Wirtschaft eines großen Teils der Länder Afrikas beruht auch heute noch auf Exporte von günstigen Rohstoffen. Somit sind es vor allem Länder Afrikas, die Verschlechterungen der Terms of Trade zu spüren bekommen und deren Wirtschaft von den sich ständig ändernden Weltmarktpreisen abhängig ist. Dazu kommt dass der Anteil afrikanischer Rohstoffe am Weltmarkt im Abnehmen begriffen ist. (Vgl. UNCTAD 2007: 10)

Angesichts des momentanen Ist-Zustands der Wirtschaft eines großen Teils des Kontinents scheint der Leitgedanke zur Lösung des Problems folgender zu sein: „Apart from the official development assistance, Africa needs foreign investments to help people extricate themselves from poverty and underdevelopment.“ (Matondi, Mutopo 2011: 68)

Aus diesem Grund sind die Regierungen der Länder auch kontinuierlich auf der Suche nach neuen Investoren. Erschwert wird diese Suche durch die enorme Konkurrenz, ausgelöst durch die vielen um Unternehmen buhlenden Länder. Genau dieser Konkurrenzdruck ist es aber auch, der die Regierungen dazu bewegt mehr im Interesse der Konzerne als der Bevölkerung zu agieren. (Vgl. Matondi, Mutopo 2011: 69, 77) Wichtig scheint dabei nur zu sein, dass die Investoren sich für das jeweilige Land entscheiden.

5) Die Auswirkungen der europäischen Expansionsbestrebungen im Agrartreibstoffsektor

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits angesprochen, ist das sogenannte Land Grabbing eine der Gefahren, die der vermehrte Bedarf an Land, der durch die politische Förderung von Biokraftstoffen forciert wird, mit sich bringt.

Im Folgenden wird, mit der Fokussierung auf den afrikanischen Kontinent, genauer auf diese Gefahr eingegangen und untersucht, in wie weit diese Bedrohung wirklich von der EU- Biokraftstoffpolitik angeheizt wird.

Zu beachten ist hierbei, dass Land Grabbing per se nicht das eigentliche Thema dieser Arbeit darstellt, sondern im Folgenden vielmehr untersucht wird, inwieweit das Vorgehen der Europäischen Union im Bezug auf Agrartreibstoffe imperialistische Praktiken der „kapitalistischen Logik der Macht“ fördert, zu denen auch vermehrte

Landnahmen zählen. Dasselbe gilt für die folgenden Beispiele aus Tansania, die ausschließlich dazu dienen, das Vorgehen europäischer Akteure verständlicher darzustellen sowie die Konsequenzen, die dieses Vorgehen nach sich zieht, zu dokumentieren. Sie sind allerdings nicht dazu da das Land selbst oder die dort lebenden Menschen oder die dort vorherrschende Gesetzgebung genauer zu beleuchten. Hierzu gibt es zahlreiche sehr gute Studien und Arbeiten, wie zum Beispiel die Country Reports des Oakland Institute¹ oder die Arbeiten von ActionAid².

5.1) Agrartreibstoffe, europäische Beimischungsziele und ihre Bedeutung für den aktuellen Land Grabbing Boom

Zwar sind Landnahmen kein Phänomen der heutigen Zeit, auch früher schon gibt es Vertreibungen und Aneignung von Grund und Boden, aber seit der Hunger- und Preiskrise von 2007 und 2008 häufen sich diese sogenannten Land Grabs in extremen Ausmaß.

Laut einer, vom deutschen Politiker Martin Häusling im Jahr 2012 in Auftrag gegebenen, Studie, ist diese Krise aber nur der Auslöser für vermehrte Investitionen, nicht aber der eigentliche Grund. Dieser wird vielmehr, neben dem Bestreben die eigene Nahrungsmittelproduktion durch zusätzliche Anbauflächen zu sichern, in der zunehmenden Konkurrenz zwischen Nahrungspflanzen und Energiepflanzen gesehen. (Vgl. Börnecke, Beste 2012: 7)

Im Einführungskapitel des Buches *Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa*, schreiben die Autoren „[i]n our search to understand the original motives for seeking out African lands, we are reminded of the unpleasant history of land takeovers and the colonization of Africa by Western nations aspiring to create empires. The contemporary land-grabbing process in Africa matches this history, insofar as it constitutes an increasing control over the benefits of Africa’s land resources, ecology and water by non- Africans.“ (Matondi, Havnevik et al. 2011: 3)

Auch in der oben erwähnten, von Martin Häusling in Auftrag gegebenen, Studie wird der aktuelle Run auf Land mit neokolonialen Handlungsweisen in Verbindung gebracht,

¹ Webpage des Oakland Institutes: <http://www.oaklandinstitute.org/publications>

² Webpage von ActionAid: <http://www.actionaid.org/publications>

wenn es dort auch etwas weniger drastisch formuliert wird: „Eine riskante Gratwanderung zwischen notwendigen Investitionen in die Landwirtschaft und neo-kolonialer Landaneignung hat begonnen.“ (Börnecke, Beste 2012: 8)

Um diesen Gedankengang zu überprüfen, wird im Folgenden die Bedeutung, die Beimischungsziele und verbindliche Mandate für eine Verschlechterung der Landnutzungsrechte der Bevölkerung in afrikanischen Ländern mit sich bringen können, analysiert.

Im Sinne dieser Arbeit konzentriert sich die Analyse dabei auf die Folgen die die europäische Agrartreibstoffpolitik mit sich bringt.

Dazu muss an dieser Stelle gesagt werden, dass die konkreten Langzeitauswirkungen der EU- Biokraftstoffpolitik zum heutigen Zeitpunkt oft noch nicht genau absehbar und beweisbar sind, da viele der Projekte am afrikanischen Kontinent noch nicht lange genug am Laufen sind und die Datenlage zu dieser Thematik deshalb oft noch nicht ausreichend vorhanden ist. (Vgl. z.B. EuropAfrica 2011: 5)

Aus diesem Grund wird hier auf einen Monitoring Report der, von der Europäischen Kommission mitfinanzierten und von NGOs aus Europa und Afrika koordinierten, Kampagne EuropAfrica zurückgegriffen, der sich auf einen Multi Source Ansatz bezieht, der in seiner Analyse unterschiedliche qualitative und quantitative Datensätze kombiniert und somit ein realistisches Bild der tatsächlichen Situation vermitteln kann. (Vgl. EuropAfrica 2011: 5)

Folgt man den Ergebnissen von EuropAfrica, so stellt man fest dass „the EU biofuel policy drives the rush for land in Africa in at least three ways.“ (EuropAfrica 2011: 5)

Zum einen liegt das an den, oben bereits erwähnten, durch den gestiegenen Bedarf in den europäischen Ländern ausgelösten, vermehrten Interesse der Investoren an afrikanischem Land.

„Many studies, including from the World Bank, confirm this trend and reliable data shows that between 3 and 5 million ha have already been directly or indirectly secured by EU companies to grow biofuel feedstock in Africa.“ (EuropAfrica 2011: 5)

Im Vergleich zu Exportländern wie Brasilien, das 2011 der Hauptlieferant für Bioethanol der EU ist, sind die Exportzahlen vom afrikanischen Kontinent bis dato noch relativ niedrig. 2011 etwa kommen nur 18% des in Europa ohnehin in geringen Mengen benötigten Bioethanols aus Afrika. Ebenso verhält es sich mit in Afrika produziertem Biodiesel. Allerdings wird davon ausgegangen, dass die Bedeutung Afrikas als Produzent und Lieferant beständig steigen wird. (Vgl. Diop, Blanco et al. 2013: 26f; EuropAfrica 2011: 5)

Mit dieser erwarteten Steigerung des Exportumfangs geht dann auch eine Steigerung des Ausmaßes der Landverpachtungen und – verkäufe einher.

Ein weiterer, von EuropAfrica identifizierter, Grund für einen Anstieg der Nachfrage nach afrikanischem Land liegt darin, dass durch die Produktion von Energiepflanzen auf europäischem Boden Flächen wegfallen, die ansonsten für die Nahrungsmittelproduktion oder die Produktion von Futtermittel verwendet werden könnten. Tritt dies ein, dann führt dies im nächsten Schritt logischerweise dazu, dass Ackerflächen außerhalb Europas für die Produktion von Nahrungspflanzen herangezogen werden müssen. (Vgl. EuropAfrica 2011: 6)

Dazu kommt, dass durch den Fokus auf Agrartreibstoffe und der eben erwähnten Folgeerscheinungen der Wert von Land ansteigt, was wiederum, wie oben bereits erwähnt, Spekulanten dazu animiert vermehrt in afrikanischen Boden zu investieren. (Vgl. EuropAfrica 2011: 6)

Auch die Food Regime Theorie stimmt mit diesen Erkenntnissen überein. Aus ihrer Sicht liegt der Ursprung des aktuellen Land Grabbing Booms, neben den Veränderungen in den Preisen für Nahrungsmittel, die einhergehen mit Ausfuhrverboten, in Regierungsmaßnahmen zur Sicherung von Anbauflächen für Nahrungsmittel auch außerhalb der eigenen Grenzen und vor allem in dem steigenden Bedürfnis der Sicherung von Anbauflächen für Energiepflanzen. Für Philip McMichael, dem Vater der Food Regime Theorie, spiegeln sie vor allem das gesteigerte Interesse der Spekulanten an Geschäften mit Nahrungsmittel und Biokraftstoffen, und damit verbunden auch mit dem Boden, auf dem diese produziert werden. (Vgl. McMichael 2012: 683)

Er betrachtet die zurzeit stattfindenden Landnahmen im großen Stil als „[...] illusory solutions to a fundamental accumulation crisis precipitated by the neoliberal globalization project [...]“. (McMichael 2012: 681)

Prosper B. Matondi, Kjell Havnevik und Atakilte Beyene gehen mit dieser Meinung konform wenn sie in ihrem oben erwähnten Werk *Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa* schreiben „Land grabbing is a response to the insecurity and vulnerability generated by the liberalized- and increasingly global- agro- food, fuel and financial system.“ (Matondi, Havnevik et al. 2011: 3)

Weiter identifizieren sie „[...] political absorption, economic change, redirection of societal change and social dominance[...]“ (Matondi, Havnevik et al. 2011: 3) als Folgen der Landnahme.

Sie halten fest, dass jene Länder, die sich für Grund und Boden zum Zwecke des Anbaus von Energiepflanzen am afrikanischen Kontinent interessieren, davon ausgehen dass sie als einzige die richtigen Mitteln und den benötigten wissenschaftlichen Hintergrund mitbringen, um afrikanischen Boden so gut wie nur möglich zu nutzen. Hier wird erneut eine Parallele zwischen vergangenen Tagen des Kolonialismus und dem heutigen Bestreben, so viel wie möglich aus dem Kontinent herauszuholen, gezogen, wenn auch betont wird dass es, im Unterschied zu vergangenen Tagen, nicht nur Ausländer sind, die sich heute an den großen Landflächen Afrikas bereichern wollen, sondern auch, wie im vorangegangenen Kapitel erwähnt, Afrikaner selbst, die mit den ausländischen Akteuren verhandeln. (Vgl. Matondi, Havnevik et al. 2011: 4)

„The narratives of Western colonialism convey a message that foreigners take out more than they give Africa, especially in relation to resources. Whereas in colonial times it was about people being settled, today it is about machines on large- scale monoculture farms displacing African smallholders.“ (Matondi, Havnevik et al. 2011: 5)

5.1.1) Der Prozess der Landanpachtung am Beispiel Tansania

Wie in vielen afrikanischen Ländern sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Landbesitz auch in Tansania historisch durch eine staatliche Kontrolle über den Boden geprägt, wobei der Präsident als Verwalter des Bodens fungiert.

Will ein ausländisches Unternehmen in tansanisches Land investieren, muss es zuerst mit dem Tanzania Investment Centre (TIC), einer Behörde die unter anderem für die Vermittlung zwischen verfügbarem Land und ausländischen Investoren verantwortlich ist und der alle verfügbaren Flächen des Landes aufliegen, in Kontakt treten. (Vgl. Exner 2011: 126; Sulle, Nelson 2009: 36-38)

Tansanisches Land ist in drei Kategorien eingeteilt, in „Reserved Land“, also Land das einem bestimmten Zweck zugeteilt wird, zum Beispiel als Nationalpark, „Village Land“, also Land das sich innerhalb eines festgelegten Gebietes um die einzelnen Dörfer befindet und von deren Bewohnern genutzt wird, und „General Land“. (Vgl. Sulle, Nelson 2009: 38)

Offiziell kann nur „General Land“ an Investoren verpachtet werden. Das TIC identifiziert dieses und überantwortet es einer Land Bank.

Kommt es zu einer Einigung zwischen Investor und TIC und handelt es sich bei der verhandelten Landfläche um als „General“ klassifiziertes Land, „[...] the land is vested with the TIC and transferred to the investor on the basis of a derivative title [...]. After the end of the investment project, the land reverts back to the TIC [...]“ (Cotula, Dyer et al. 2008: 46)

Will ein Unternehmen in eine Landfläche investieren, die offiziell als „Village Land“ gilt und die kleiner ist als 250 ha, müssen zuerst die Entscheidungsträger des Dorfes, unter dessen Nutzung das Land bis zu diesem Zeitpunkt steht, sowie das Bezirksamt dem das Dorf unterstellt ist, von dem Vorhaben überzeugt werden. Dies geschieht unter anderem mit der Aussicht auf Kompensationszahlungen und Versprechungen über Leistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Dorfbewohner. Überschreitet das besagte Gebiet eine Größe von 250 ha ist ihre Zustimmung hingegen nicht von Nöten. Ist die Zustimmung vorhanden, oder nicht von Nöten, liegt der letzte Schritt beim Präsidenten des Landes, denn nur er hat die Befugnis den offiziellen Status von

„Village Land“ zu „General Land“ umzuschreiben. (Vgl. Cotula, Dyer et al. 2008: 46, The Oakland Institute 2011: 10)

Sind all diese Schritte erfolgreich verlaufen und fällt die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv aus, erwirbt das Unternehmen die Rechte für das auserwählte Land entweder für 33, 66 oder 99 Jahre, je nach der Größenordnung der Investition, wobei Land für 99 Jahre an Unternehmen verpachtet wird die riesige Plantagen bewirtschaften wollen. (Vgl. van Teeffelen 2013: 47)

Ein großes Problem ist hierbei, dass, die den Dorfbewohner versprochenen Kompensationszahlungen, eines im Rahmen des Projektes „Save our Survace“ von Andreas Exner veröffentlichten Berichtes zur Folge, in der Regel erst dann ausbezahlt werden wenn das Land bereits von „Village Land“ zu „General Land“ umgeschrieben worden ist und die Investoren vom TIC die Garantie über die Nutzungsrechte des Landes ausgestellt haben. Das Risiko liegt also auf Seiten der Dorfbewohner, denn sollte der Investor aus irgendeinem Grund aus dem Projekt aussteigen, verlieren sie ihre Nutzungsrechte für das Land und erhalten im Gegenzug nicht einmal eine Entschädigungszahlung. (Vgl. Exner 2011:127)

Dazu kommt, dass die Abmachungen zwischen Unternehmen und der betroffenen Bevölkerung oftmals nur mündlich besiegelt werden. Dies macht es im Nachhinein sehr schwierig die versprochenen Leistungen und auch die vollen Kompensationszahlungen von den Investoren einzufordern. (Vgl. The Oakland Institute 2011: 26f)

5.1.2) Die Rolle der europäischen Agrartreibstoffinteressen im aktuellen Land Grab Boom am Beispiel Tansania

Tansania ist eines jener Länder, in dem das Interesse an der großflächigen Produktion von Biokraftstoffen erst relativ spät erwacht. Interessant ist, dass es in den Jahren 2004/2005 ungefähr zeitgleich mit kleineren Projekten die von zwei europäischen Firmen, der niederländischen Diligent und der deutschen PROKON, im Land durchgeführt werden, zu einer vermehrten Beschäftigung der Regierung mit diesem Thema kommt. (Vgl. van Teeffelen 2013: 38)

Am Beginn des Fokus der Regierung auf Agrartreibstoffproduktion steht auch eine von der ehemaligen Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)³ im Jahr 2005 veröffentlichte Studie, die dem Land unter anderem vorschlägt eine „high- level biofuels Task Force“ zu gründen, die die Regierung zum einen in der Erstellung von Biokraftstoffrichtlinien beraten und eine enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien sichern soll, und zum anderen als „Mittelsmann“ zwischen der Regierung und den verschiedenen Interessensgruppen aus der Industrie, der Bauernschaft, NGOs und aber auch der Zivilgesellschaft dienen soll. (Vgl. GTZ 2005: 5)

Insgesamt liefert das Dokument 9 konkrete Vorschläge an die tansanische Regierung, darunter auch der unter Punkt 5 gelistete Vorschlag „Pursue international facilitation options“, der besagt dass „[t]he Tanzanian Government should pursue international facilitation options, such as the Partnership Dialogue Facility (PDF) of the European Union Energy Initiative, the International Bioenergy Programme of the Food and Agriculture Organisation of the United Nations (FAO). These international institutions have the mandate to assist with the development of biofuels through (for example) G8, Global Bioenergy Partnership.“ (GTZ 2005: 6)

Während die politische Beschäftigung Tansanias mit Biokraftstoffen im Jahr 2008 noch in den Kinderschuhen steckt, entdecken die Investoren das Potential des Landes bereits für sich und 37 Unternehmen bekunden ihr Interesse an einer Investition in Anbauflächen in Tansania. (Vgl. van Teeffelen 2013: 38)

Eine von der niederländischen Evert Vermeer Foundation im Jahr 2013 veröffentlichte Studie identifiziert 4 Faktoren, die für die vermehrte und vor allem schnell erfolgende Ausbreitung europäischer Unternehmen in Tansania verantwortlich sind.

Zum einen bietet das Land, neben seiner langen Tradition mit der für die Biokraftstoffproduktion heiß begehrten Jatropha Pflanze, sehr gute Bedingungen für den Anbau von Energiepflanzen. (Vgl. van Teeffelen 2013: 38)

„Tanzania's climatic growing conditions and its arable land can accommodate the production of a wide variety of agricultural products.“ (GTZ 2005: 34)

³ Seit 2011 ist der GTZ gemeinsam mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH (InWEnt) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fusioniert.

Dazu kommt, dass es zunächst für europäische Unternehmen sehr einfach ist in das Land zu investieren, da die Regierung Tansanias sich aus den Biokraftstoffinvestitionen große Entwicklungsmöglichkeiten für das eigene Land erhofft.

Als ein weiterer, äußerst wichtiger Faktor, wird auch hier der steigende Bedarf Europas genannt. (Vgl. van Teeffelen 2013: 39)

„The European Union and its demand for biofuels is also invariably mentioned by government officials, activists and companies as one of the drivers behind the development of the biofuels sector in Tanzania. Investors seeking to capitalise on the European market found in Tanzania a country with ample opportunities for biofuel production.“ (van Teeffelen 2013: 39)

Laut einem von ActionAid Tanzania Jahr 2009 veröffentlichten Research Report sind es, im Jahr seiner Veröffentlichung, bereits 44 Unternehmen die in die Biokraftstoffproduktion in Tansania investiert haben. Europäische Unternehmen spielen, wie oben bereits erwähnt, dabei eine essentielle Rolle in der zunehmend größere Ausmaße annehmenden Landnahme und der Entwicklung des Agrartreibstoffproduktionssektors in Tansania, wobei der größte Teil europäischer Konzerne zwischen 2005 und 2006 in das Land investiert mit dem Ziel die Produktion für den Export nach Europa aufzunehmen. (Vgl. ActionAid 2009: 38; van Teeffelen 2013: 39f)

„The dominance of European companies in biofuels is explained by interviewed stakeholders from civil society to private companies as a result of the EU’s biofuel targets, which provide a ready market for biofuels produced in Tanzania. Even though the EU’s Renewable Energy Directive was only proposed in 2007 it was already in the pipeline when these projects started. [...] Ministry officials recognise the role of the EU. The “*big push from the European market*” was viewed as an opportunity, as a market for Tanzania-produced biofuels.“ (van Teeffelen 2013: 40)

5.2) Die Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffbestrebungen und ihren Folgeerscheinungen für die Landbevölkerung in den Anbauländern

Wie oben erwähnt, finden diese Land Deals unter der Propaganda einer „Win-Win“ Situation für alle Beteiligten statt. Agrartreibstoffprojekte sorgen demnach dafür, dass vorher ungenutztes Land, als Anbaufläche für Energiepflanzen, Entwicklung und Fortschritt in entlegene, ländliche Gebiete bringt, für Arbeitsplätze sorgt und generell die Lebensumstände der Landbevölkerung verbessert.

In der Realität gehen Land Deals aber mit lebens einschneidenden und oft sogar lebensbedrohlichen Konsequenzen für die Landbevölkerung der Anbauländer einher. Dies liegt nicht nur an den oben erwähnten Risiko ganzer Dörfer, im Falle eines Rücktritts der Investoren aus den Landgeschäften ohne Land und ohne Kompensationszahlungen weiterleben zu müssen, oder noch schlimmer, erst gar keine Kompensationszahlungen in Aussicht gestellt zu bekommen.

Ein großer Fehler in der „Win-Win“ Argumentation liegt vor allem auch in der Annahme es gäbe wirklich so viel marginales Land.

Wie eine, im Rahmen des Projektes *Save our Surface*, im Jahr 2011 veröffentlichte Studie zeigt, sind viele dieser offiziell ungenutzten Landflächen, um die sich ausländische Unternehmen bemühen, in Wahrheit nicht ungenutzt. Im Gegenteil dienen sie oft als lebensnotwendige Versorgungsquelle, vor allem für die arme Landbevölkerung, die sie auf verschiedenste Art nutzt. (Vgl. Exner 2011: 13)

Zu diesen Nutzungsmöglichkeiten zählen: „(1) Weidenutzung (saisonal), (2) Korridore für Pastoralisten, (3) Pufferbereiche für das Sammeln von Wildnahrungspflanzen und die Jagd, im Fall von Dürren oder saisonal, (4) Sammeln von Brennholz, (5) Nutzung von Medizinalpflanzen.“ (Exner 2011: 13)

Für einen großen Teil der Landbevölkerung Afrikas stellt Land, und die Möglichkeit dieses zu nutzen, die wichtigste Lebensgrundlage dar.

„Here, the land is often vital both for subsistence farming, water supplies, and a basic income.“ (ActionAid 2012: 17)

Die oben erwähnten, inoffiziellen Nutzungsmöglichkeiten spielen für viele Menschen eine essentielle Rolle für ihre Lebenserhaltung. Denn es sind gerade jene Dinge, wie die Möglichkeit des Zugangs zu Medizinpflanzen, die für viele Landbewohner in vielen

Ländern Afrikas, die oft keinen geregelten Zugang zu medizinischer Versorgung haben, den Unterschied zwischen Gesundsein und Krankheit, Leben und Tod ausmachen können. Genauso wichtig ist auch der Zugang zu Brennholz oder zu Wildpflanzen, die vielen Menschen als Nahrung dienen.

Dazu kommt, dass vor allem in Ostafrika, viele Dörfer von Hirten bewohnt sind, für deren Lebensstil die Möglichkeit ihre Tiere zu Futter- und Wasserstellen zu treiben unumgänglich ist. (Vgl. Exner 2011: 13)

Die Autoren des von ActionAid im Jahr 2012 veröffentlichten Reports *Fuel for thought. Addressing the social impacts of EU biofuels policies* gehen sogar soweit dass sie die EU Agrartreibstoffpolitik mit Verletzungen von Menschenrechten in Verbindung bringen.

„In fact, the question of access to land is intimately linked to several other human rights such as, the right to work and the right to water to mention a few.“ (ActionAid 2012: 17)

Sie identifizieren 4 Punkte bei denen die Europäische Union ihren Verpflichtungen, die sie im Jahr 2011 mit den *Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the area of Economic, Social and Cultural Rights* (ETO) eingegangen sind, nicht nachkommt.

Zum einen nennen sie an dieser Stelle die nicht nachgekommene Verpflichtung der Europäischen Union vor der Verabschiedung neuer Politiken die möglichen Konsequenzen auf Drittländer mittels Gutachten prüfen zu lassen.⁴

„[T]he EU and its member states cannot claim that they do not harm human rights if they do not take reasonable steps to assess the effect of their policies in third countries.“ (ActionAid 2012: 9)

Desweiteren kritisieren sie, dass die EU Grundsatz 13 der Maastrichter Prinzipien, die Verpflichtung zur Vermeidung von Schaden, nicht eingehalten habe. Zwar machen sie die Europäische Union nicht für jeden durch die Politik der EU in den Anbauländern ausgelösten, und durch europäische Unternehmen, Schaden verantwortlich, sehr wohl aber für jene Schäden die absehbar sind und dennoch in Kauf genommen werden. (Vgl.

⁴ Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the area of Economic, Social and Cultural Rights, Grundsatz 14

ActionAid 2012: 9; Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic, Social and Cultural Rights: 6)

Auch habe es die EU verabsäumt, sich an die, unter Grundsatz 24 festgehaltene, Verpflichtung zur Regulierung der europäischen Akteure zu halten. Es wäre möglich durch Richtlinien und Vorgaben dafür zu sorgen, dass europäische Unternehmen in Drittländern so agieren, dass kein Schaden für die dortige Bevölkerung entsteht. (Vgl. ActionAid 2012: 9; Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic, Social and Cultural Rights: 8)

„In contrast, the EU has adopted a weak approach to corporate regulation, preferring to it the non-binding concept of “corporate social responsibility”. This loophole in the EU policy has allowed EU-based agro-industries and private investors to grab land and harm ESCR⁵ in third countries, in violation of international standards.“ (ActionAid 2012: 9)

Ist der Schaden erst einmal entstanden, so verpflichtet Grundsatz 37 die Europäische Union eigentlich dazu, diejenigen, deren wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Rechte verletzt wurden, zu entschädigen. (Vgl. ActionAid 2012: 9; Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic, Social and Cultural Rights: 11)

„This is an essential component of the human rights approach, which guarantees that rights have concrete meaning. Yet, most of the people evicted from their land, suffering from hunger or otherwise affected by the RED⁶ have not had access to any remedy, and the harm has not been repaired.“ (ActionAid 2012: 9)

Wie im Kapitel 3 nachlesbar, hält die *Erneuerbare Energie Richtlinie* aus dem Jahr 2009 in Artikel 17 Absatz 1 fest, dass die eingesetzten Biokraftstoffe nur dann als ein Beitrag zu der Erreichung der Beimischungsverpflichtungen gezählt werden dürfen, wenn sie die Nachhaltigkeitskriterien gegenüber der Umwelt erfüllen, sie gesteht also deutlich ein dass Biokraftstoffe nicht automatisch die umweltschonendere Lösung

⁵ ESCR: economic, social and cultural rights

⁶ RED: Renewable Energy Directive. Richtlinie 2009/28/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG

darstellen, sondern dies nur unter gewissen Voraussetzungen der Fall ist. Im Artikel 23 wird zwar erwähnt dass die Kommission die Auswirkungen, die die Produktion der innerhalb Europas eingesetzten Biokraftstoffe auf die Menschen in den Anbaugebieten haben, überwacht, in diesem Zusammenhang werden auch Verdrängungseffekte angesprochen, es findet sich aber in der gesamten Richtlinie keine verbindlich einzuhaltenden sozialen Kriterien, die sicher stellen könnten dass ein Großteil der Produktion unter Bedingungen stattfindet, die sich nicht katastrophal auf die Menschen in den Anbaugebieten auswirken. (Vgl. ActionAid 2012: 4, EU 2009)

„[A]s the RED does not contain any binding social sustainability criteria, a strong signal has [...] been sent to investors that any social damage their biofuels production causes will not have any effects on their ability to make money when selling their produce to European markets, in particular when they operate in countries where the judicial system is too weak to protect affected people.“ (ActionAid 2012: 25)

Auch der im Jahr 2012 präsentierte *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*, bezieht sich hauptsächlich auf Vorschläge zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit. Verdrängungseffekte werden auch hier angesprochen, allerdings im Kontext ihrer Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen und nicht im Bezug auf die Konsequenzen für die Betroffenen.

Somit wird den Unternehmen zwar vermittelt dass der Umweltaspekt in Zukunft noch mehr Berücksichtigung finden muss, dem menschlichen Aspekt wird aber erneut zu wenig Bedeutung beigemessen.

5.2.1) Die Auswirkungen der europäischen Agrartreibstoffbestrebungen auf die Ernährungssicherheit

Der Vorschlag zur Änderung der Biokraftstoffgesetzgebung geht davon aus, dass „[...] im Jahr 2020 voraussichtlich fast die gesamte Biokraftstoffproduktion aus Pflanzen erfolgen dürfte, die auf Flächen angebaut werden, die zur Deckung des Bedarfs an

Nahrungs- und Futtermitteln verwendet werden könnten.“ (Europäische Kommission 2012: 8)

Sollte dieses Szenario eintreffen, hat es weitreichende Konsequenzen vor allem für die afrikanische Landbevölkerung.

Viele Länder Afrikas, die als Produktionsländer für Energiepflanzen dienen, gehören zu jenen Ländern der Welt, in denen die Ernährungssicherheit nicht immer gegeben ist. Ein Großteil von ihnen importiert bereits Nahrungsmittel um die eigene Produktion, die oft nicht ausreicht, zu ergänzen.

Dem Welthunger- Index von 2013 zur Folge, wird die Hungersituation aktuell in 19 Ländern als „sehr ernst“ oder „gravierend“ eingestuft, wobei alle Länder mit „gravierender“ Hungersituation in Afrika südlich der Sahara liegen⁷.

Durch die Verwendung von Pflanzen die durchaus auch essbar wären als Energiepflanzen haben sich die Preise der Energie- und Nahrungsmittelpflanzen aneinander geknüpft. (Vgl. Attah o.J. ; von Grebmer, Headey et al. 2013: 5)

Das bedeutet, dass Biokraftstoffe nicht nur die Preisvolatilität beeinflussen, sondern auch die Preise für Nahrungsmittel nach oben treiben.

„As petroleum fuels get more expensive, agro-fuels become more profitable, but at the risk of severe hunger.“ (Attah o.J.)

Dies steht in direktem Zusammenhang mit der europäischen Agrartreibstoffpolitik.

„Mandates and policy support for biofuels, and increasing biomass usage for heat and electricity, both in the EU and beyond, generate additional demand for land on which to grow feedstocks.“ (ActionAid 2012: 12)

Im Jahr 2009 ruft das deutsche *Bundesministerium für Bildung und Forschung* das Projekt *Biofuels as Social Fuels* ins Leben, das sich mit den sozialen Auswirkungen des Anbaus von Biokraftstoffen beschäftigt.

Im Rahmen dieses Projektes veröffentlicht das *Ecologic Institut* im Jahr 2012 eine Studie, die sich mit den sozialen Auswirkungen der europäischen Biokraftstoffpolitik auseinandersetzt und in der darauf eingegangen wird, dass diese dazu beiträgt, dass eine Konkurrenzsituation zwischen Pflanzen, die als Nahrungsmittel gedacht sind, und

⁷ Burundi, die Komoren und Eritrea (Grebmer, Headey 2013: 5)

jenen, die für die Produktion von Agrartreibstoffen angebaut werden, wahrscheinlich wird. Zum einen benötigen beide dieselbe Ressource- Land, zum anderen erhöhe der Verkauf der Energiepflanzen auch den Preis von Nahrungspflanzen. (Vgl. Kaphengst, Wunder et al. 2012: 6)

„Biofuel production boosts food prices by increasing the demand for agricultural commodities in general, especially for crops that can be used for food or fuel, e.g., corn, rapeseed, sugarcane, palm oil, etc.. In many areas, the production of biofuels has had an inflating effect on land prices, which has resulted in higher production costs for food and feed.“ (Kaphengst, Wunder et al. 2012: 6)

Die Autoren des Welthunger-Index von 2011 schreiben dazu: „Diese neue Nachfrage nach Nutzpflanzen zur Kraftstoffherstellung übt zusätzlichen Druck auf die Agrarmärkte aus, die ohnehin durch zeitliche Beschränkungen (Dauer der Produktionssteigerung), begrenzte Ressourcen (Boden, Wasser und Nährstoffe) sowie steigende Nachfrage aufgrund von demografischen Zuwächsen und höheren Einkommen gekennzeichnet sind. Die Starrheit der Beimischungsquoten für Agrartreibstoffe vergrößert nicht nur die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage, sie verschärft auch Preisschwankungen und verstärkt die weltweite Preisvolatilität. Und nicht zuletzt verstärken Agrartreibstoffe auch die Verknüpfung zwischen den (hoch volatilen) Energie- und den (ebenfalls volatilen) Nahrungsmittelmärkten, wodurch die Volatilität letzterer zusätzlich gesteigert wird.“ (von Grebmer, Torero et al. 2011: 24f)

Dies ist aber nicht die einzige Gefahr, die von den Beimischungszielen der Europäischen Union für die Nahrungssicherheit ausgeht. Ein großes Problem liegt auch in den kapitalistischen Anbaumethoden, deren wichtigster Stützpfeiler die Produktion auf riesigen Monokulturplantagen ist. So gewinnbringend diese Anbaumethode auch sein mag, so gravierende Auswirkungen hat sie auf die Lebensweise und den Lebensraum der in den Anbauregionen lebenden Landbevölkerung. Nicht nur verdrängen die riesigen Plantagenkomplexe die kleinbäuerliche Produktion, sondern auch, wie oben bereits erwähnt, andere Nutzungsmöglichkeiten, die für die Ernährung der Landbevölkerung wichtig sind. (Vgl. ActionAid 2012: 16)

Dazu kommt, dass die kapitalistisch betriebenen riesen Monokulturplantagen zwar auch Arbeitsmöglichkeiten schaffen, diese allerdings in den ärmsten Ländern der Welt meist

mit desaströsen Arbeitsbedingungen einhergehen. (Vgl. Kaphengst, Wunder et al. 2012: 7)

„Child labor, the arduous nature of the work, prolonged exposure to the sun, unfavorable employment conditions (e.g., with or without contracts, terms of payment, etc.), and long working days are a selection of issues that have raised concerns in terms of human and international labor rights.“ (Kaphengst, Wunder et al. 2012: 7)

5.3) Hunger und gebrochene Versprechen- Die Auswirkungen europäischer Agrartreibstoffbestrebungen am Beispiel Sun Biofuels Ltd in Tansania

Es gibt mittlerweile viele Beispiele von Agrartreibstoffprojekten und ihre oft desaströsen Auswirkungen für die afrikanische Bevölkerung.

Ein Beispiel, das die Thematik dieser Arbeit sehr gut widerzuspiegeln vermag, ist jenes des britischen Biokraftstoffunternehmens Sun Biofuels Ltd, das 2005 sein Interesse an einer Investition in tansanisches Land bekundet und das in Kisarawe im Jahr 2009 damit beginnt 8,200 ha ehemaliges „Village Land“ für den Anbau von Energiepflanzen vorzubereiten. Insgesamt sind 11 Dörfer von der Konvertierung ihres Landes in „General Land“ betroffen, ihren Bewohnern werden zu Beginn des Projektes wie so oft Versprechungen gemacht die die Landübernahme seitens der Bevölkerung problemloser gestalten. (Vgl. ActionAid 2012: 21)

„The communities only agreed to give up their land because of a series of promises made by the company - to provide employment, water supply points, schools, medical clinics, and other social provisions. Apart from poorly paid jobs (about 100,000 Tanzanian Shillings or €50/month), for those few who got them, none of these promises have been met according to the community.“ (ActionAid 2012: 22)

Aus dem *Country Report Tanzania* des Oakland Institutes geht hervor dass viele Dorfbewohner sich über die genauen Ausmaße dieser Verhandlungen zum Zeitpunkt ihrer Landabtretung gar nicht im Klaren sind. (Vgl. The Oakland Institute 2011: 27)

“We agreed verbally to give our land to the investors because we wanted their promises of social services in the area but we don’t know exactly how much land per person was taken as we have no documents and plans to let us know where our land starts and finishes. I did not know my land laws and land rights so [sic!] didn’t understand what I had agreed to until my land was gone, and I received no compensation.” (Participant in community focus group discussion, Palaka village, Kisarawe District, 3 December 2010 zitiert in The Oakland Institute 2011: 27)

Um dies zu bestätigen, fasst der Report die Aussagen von Distriktsbeamten folgendermaßen zusammen: „District government officials in Kisarawe agreed that in this case there was only one-sided information given to local people during community consultations. After weighing both positive and negative aspects of the proposed investment at the district level, and deciding at that level to proceed, community development officers were sent around the villages to “educate” local people on the advantages the investment would bring, with no mention of what they would lose⁸.“ (The Oakland Institute 2011: 27)

Im *Country Report* wird angedeutet, dass es die Aufgabe der Regierung sei, die Bevölkerung besser aufzuklären und wichtige Informationen jedermann zugänglich zu machen. Dies ist sicherlich richtig. Dennoch zeigt dieses Beispiel die Bereitschaft der großen Unternehmen die Unwissenheit der Bevölkerung zu ihren Gunsten auszunutzen.

Im Jahr 2011 muss das Unternehmen Insolvenz anmelden und es kommt zu einem Wechsel des Eigentümers von Sun Biofuels Ltd. Die Konsequenzen der Firmenniederlage für die Bevölkerung sind enorm. Das Projekt wird stark verkleinert und 700 tansanische Arbeiter verlieren ihre Arbeitsstelle, nur mehr ein sehr kleiner Teil der ursprünglich Angestellten kann weiterhin seinen Job behalten. Nicht nur wird das Versprechen der Schaffung vieler Arbeitsplätze also nicht eingehalten, dazu kommt auch noch dass die Kompensationszahlungen nicht wie verabredet verlaufen und viele entweder gar keine Entschädigungszahlung erhalten, oder nur einen kleinen Teil dessen was ihnen eigentlich zustehen würde. (Vgl. ActionAid 2012: 21)

⁸ Edfar Bayella, Head of Department to District Council Land Committee, und Saidi Kijiji, District Land Officer, Kisarawe District, direct communication (The Oakland Institute 2011: 52)

Dem *Country Report* des Oakland Institutes zur Folge, werden insgesamt nur 152 Haushalte ausbezahlt. Dies liegt zum einen an den oben erwähnten Nutzungsmöglichkeiten die offiziell nicht als solche anerkannt werden, was aber nichts daran ändert dass den Menschen damit die Grundlage zum Leben ohne Gegenleistung genommen wird.

Ein weiterer Grund hierfür ist, dass die Wertermittlung des Landes in diesem Fall in März durchgeführt wird, einem Monat in dem zum Beispiel kein Reis angebaut wird, weshalb es Fälle gibt, in denen die Menschen Jahr für Jahr Reis auf dem Land anbauen, dies aber in den offiziellen Ermittlungen, wegen des Monats ihrer Durchführung, nicht berücksichtigt wird und die Betroffenen deshalb auch keine Entschädigung bekommen. Dazu zu den geringen Ausgaben für Kompensationszahlungen kommt, dass ein großer Teil des Landes Waldgebiet ist, was dem Unternehmen besonders günstig kommt, da für Waldgebiet keine Entschädigungen bezahlt werden müssen. (Vgl. The Oakland Institute 2011: 28)

„For the 8,211 ha granted to Sun Biofuels in Kisarawe, the level of harvesting which would be possible from this land could therefore amount to a figure in just one year which is higher than the entire compensation package paid by Sun Biofuels to the 152 households in the 11 villages.“ (The Oakland Institute 2011: 28)

Wie oben erwähnt erhalten auch diejenigen, die ihre Entschädigung ausbezahlt bekommen, nur einen kleinen Betrag.

Der *Country Report* zitiert eine jener Gutachterinnen⁹, die den Wert des Landes und die Höhe der Kompensationszahlungen für Sun Biofuels ermittelt, mit folgenden Worten:

„Compensation is enough in the sense of the spirit of the act but not enough to help improve their situation and we are trained as valuers to meet the minimum requirements only.“ (The Oakland Institute 2011: 29)

Ein weiteres, nicht eingelöstes Versprechen, ist jenes vom sauberen Trinkwasser. Das Unternehmen, zu dessen Landbesitz nun auch die Wasserquelle der Dörfer zählt, hat den Bewohnern zwar Trinkwasserbrunnen versprochen, diese dann aber nicht gebaut „[...] and members of the affected communities said that they now spend up to 4 hours

⁹ Agnes N. Nwasumbi, Ardhi University, direct communication (The Oakland Institute 2011: 52)

per day, and considerable amounts of their income,collecting water.“ (ActionAid 2012: 22)

Weiter ist es den Menschen, trotz ursprünglich anders lautender Abmachung, nicht mehr erlaubt das Land zu betreten auf dem sich ihr Friedhof befindet.

Die Möglichkeit weiterhin den Friedhof zu nutzen und Verstorbene dort zu besuchen ist Teil der Vereinbarung zwischen dem Unternehmen und den Dorfbewohnern. Dennoch wird jenen im Jahr 2010 untersagt das Land zu betreten.

Dazu zu alledem kommt noch die Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung für die Dorfbewohner. Denn mit dem Wegfallen eines Großteils der Arbeitsplätze und somit auch des Einkommens sowie eines großen Teils des Landes das früher für die Nutzung der Bewohner zur Verfügung stand hat sich die Ernährungssituation der betroffenen Menschen stark verschlimmert. Diejenigen die noch eine Arbeitsstelle auf der Plantage haben verdienen so wenig dass beinahe ihr gesamtes Einkommen für Nahrungsmittel ausgegeben werden muss. (Vgl. ActionAid 2012: 22f)

Die Dorfbewohner müssen nun für Produkte des täglichen Lebens, wie etwa Brennholz, die nun von anderen Orten ins Dorf gebracht werden müssen, die vor der Landübernahme aber allen frei zur Verfügung standen, bezahlen. Diese Zusatzausgaben, in Kombination mit den verringerten oder gar ganz fehlenden Einkommen, verstärkt die Ernährungsunsicherheit der Betroffene, für die Ärmsten unter ihnen bedeutet dies sogar eine extreme Gefährdung der täglichen Versorgung mit Nahrung.

Ein weiteres essentielles Problem ist die Grundversorgung der Menschen mit Wasser. Wie oben angesprochen liegen die Wasserversorgungsquellen der Dörfer nun auf Land das die Betroffenen nicht mehr betreten dürfen und auch die versprochenen Brunnen wurden nicht gebaut. Für einen Teil der Dorfbewohner bedeutet dies sehr lange Wege zurücklegen zu müssen um Wasser zu kaufen das früher kostenlos in der Nähe ihrer Häuser zu finden war. Aber auch hier trifft es einige mehr als andere, denn den Ärmsten unter ihnen fehlt es an Transportmöglichkeiten um überhaupt Wasser besorgen zu können. (Vgl. The Oakland Institute 2012: 4f)

Vergleicht man die reale Situation mit der weit verbreiteten „Win-Win“ Propaganda, so merkt man schnell, dass beide nichts miteinander gemein haben. Selbst die, von den Befürwortern der Biokraftstoffprojekte, hochgehaltenen Jobmöglichkeiten bringen den Menschen oft mehr Nachteile als Vorteile. Zum einen liegt das an der oft sehr niedrigen

Bezahlung. Während die Menschen auf den Plantagen arbeiten können sie ihren früheren Tätigkeiten, wie zum Beispiel des Anbaus von Nahrungsmittel für die Subsistenz und für den Verkauf, nicht nachkommen, was bedeutet dass sie zum einen mehr Lebensmittel zukaufen müssen und ihnen zum anderen oft dennoch das benötigte Geld fehlt. (Vgl. The Oakland Institute 2012: 5)

Zum anderen zeigt das Beispiel von Sun Biofuels wie unsicher die, durch Plantagen geschaffenen, Jobmöglichkeiten wirklich sind und wie schnell man diese wieder verlieren kann.

Was die von den Befürwortern oft genannten Infrastrukturverbesserungen betrifft, so bleiben diese, wie das eben genannte Beispiel zeigt, oft nur leere Versprechungen, die entweder relativ spät, nur teilweise oder nie umgesetzt werden.

Was zu Lebzeiten Rosa Luxemburgs zutrifft hat heute also, wie das Beispiel von Sun Biofuels in Kisarawe, Tansania zeigt, nichts an Aktualität verloren.

Wie an diesem Beispiel deutlich wird, sucht sich ein Unternehmen Gebiete außerhalb der kapitalistischen Sphäre um die Produktion vergrößern zu können und gleichzeitig die Ausgaben zu minimieren.

Die Menschen, die dieses Gebiet bewohnen, pflegen einen zum größten Teil naturalwirtschaftlichen Lebensstil. Eine der ersten Handlungen des Unternehmens, in diesem Fall die Bestrebungen das Land der Dorfbewohner für seine Zwecke nutzen zu können, zielt darauf ab diese Lebensweise zu zerstören. Dies wird erreicht durch Versprechungen von Infrastrukturverbesserungen und Jobmöglichkeiten die den Menschen ein besseres Leben ermöglichen, als die von ihnen gepflegte Subsistenzwirtschaft es könnte. Dabei wird genau bedacht was die dort lebenden Menschen benötigen könnten, was ihnen also so wichtig wäre dass sie ihre Lebensweise und ihr Land dafür eintauschen würden.

Im Fall von Sun Biofuels in Kisarawe erkennt das Unternehmen zum Beispiel den dringenden Bedarf an sauberen Wasser und Gesundheitseinrichtungen, weshalb auch genau jene Dinge versprochen werden.

Dies lässt an die Worte Rosa Luxemburgs denken wenn sie im achtundzwanzigsten Kapitel ihres Werkes *Die Akkumulation des Kapitals* schreibt: „Doch ist die Friedlichkeit dieser Umwälzungen bloßer Schein. Die Handelsbeziehungen der ostindischen Kompagnien mit den Gewürzländern waren so gut Raub, Erpressung und

grober Schwindel unter der Flagge des Handels, wie heute die Beziehungen der amerikanischen Kapitalisten zu den Indianern in Kanada denen sie Pelze abkaufen, oder der deutschen Händler zu den Afrikanern. [sic!]" (Luxemburg 1970: 306)

Nicht nur gelingt es dem Unternehmen so, sich das Land der Dorfbewohner nutzbar zu machen, gleichzeitig zwingt es die früher von Subsistenz lebenden Menschen nun auch aktiv Teil des Warenmarktes zu werden indem es ihnen keine andere Wahl lässt als die notwendigen Dinge des Alltags von außen zuzukaufen.

„Most notable in this case is the complete lack of accountability for a company that has left people in a disastrous situation after having seriously impacted their livelihoods and environment. The villagers have not been compensated for the loss of their land, while the promises of durable employment and infrastructure have failed to materialize as well.“ (The Oakland Institute 2012: 1)

Dies zeigt deutlich das Zusammenspiel der „territorialen Logik“ mit der „kapitalistischen Logik“ der Macht. Denn es sind die Richtlinien und Gesetzgebungen, oder besser das Fehlen dieser, nicht nur Tansanias, sondern vor allem auch der Europäischen Union, die Praktiken wie die oben genannte überhaupt erst möglich machen.

6) Schlussfolgerungen

Im folgenden Kapitel, das zugleich auch den Abschluss dieser Arbeit darstellt, werden die zu Anfang dargelegten Forschungsfragen zusammenfassend dargestellt, sowie nochmals auf die Forschungshypothesen eingegangen und überprüft, ob diese, durch die Analyse der Thematik, verifiziert werden können.

Den Fragen, inwieweit die Entscheidungen der Europäischen Union in Bezug auf ihre Agrartreibstoffpolitik von wirtschaftlichen Interessen geprägt sind, inwieweit diese Entscheidungen Auswirkungen auf die Landbevölkerung in afrikanischen Ländern mit sich bringen sowie inwiefern sich darin eine neue Art des Imperialismus manifestiert, wird in den vorangegangenen vier Kapiteln ausführlich nachgegangen.

Eine der Hypothesen, die diesen Fragestellungen zu Grunde liegen, besagt, dass beständiges Wachstum eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung im kapitalistischen System bedeutet und der neu entstehende Agrartreibstoffmarkt dieses, durch die durch ihn entstehende, zusätzliche Möglichkeit der Kapitalakkumulation, sichert.

Mag es auch so aussehen als stütze sich diese Grundannahme rein auf die theoretische Ausgangsposition dieser Arbeit, so wird sie dennoch, darüber hinaus, auch durch die Betrachtung des Weltmarktes für Biokraftstoffe, seiner Entstehungsgeschichte sowie seiner aktuellen Funktion als Bereicherungsstätte großer Unternehmen aus Wirtschaft und Finanzwesen, bestätigt.

Auch jene Hypothese, die besagt, dass der Siegeszug der Biokraftstoffe in den letzten Jahren nur durch ein Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik ermöglicht werden konnte, kann im Hinblick auf die vorangegangenen Ausführungen als verifiziert betrachtet werden.

Dasselbe gilt für die, damit einhergehende, dritte Hypothese, die davon ausgeht, dass der wirtschaftliche Erfolg der Biokraftstoffe maßgeblich durch die Sicherheit, die den kapitalistischen Akteuren durch die Biokraftstoffrichtlinie aus dem Jahr 2003 sowie der Erneuerbaren- Energien- Richtlinie aus dem Jahr 2009 geboten wurde, mit beeinflusst wird, und dass diese Sicherheit auch im Jahr 2013, nachdem über die 2012 vorgeschlagene Abänderung der Erneuerbaren- Energie- Richtlinie abgestimmt wurde, durch andauernde, wenn auch etwas reduzierte, Beimischungsrichtlinien, beibehalten wird.

Weiter kann die Annahme, die Beimischungsbestrebungen der Europäischen Union führt zu einer erhöhten Nachfrage nach erneuerbaren Energieträgern, was wiederum die Ausweitung der Anbaugelände über den europäischen Kontinent hinaus zur Folge hat und für groß angelegte Landnahmen am afrikanischen Kontinent mitverantwortlich ist, durch die Darlegungen dieser Arbeit als bestätigt angesehen werden.

Auch die letzte Hypothese, die davon ausgeht, dass europäische Akteure die einzigen sind, die von der vermehrten Nachfrage nach Biokraftstoffen profitieren, während für die afrikanische Landbevölkerung dadurch mehr Nachteile für ihr Alltagsleben entstehen, stellt sich im Laufe dieser Arbeit als verifiziert heraus.

Es kann also festgestellt werden, dass sich die oft zitierte „Win-Win“ Situation, zumindest in Bezug auf die Auswirkungen der Biokraftstoffproduktion auf das Leben der afrikanischen Landbevölkerung, im Allgemeinen nicht einstellt.

Dies liegt vor allem auch an den Gesetzgebungen der Europäischen Union, die es den europäischen Wirtschaftsakteuren erlauben, die Möglichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise bis aufs Letzte auszunutzen.

Zwar wird immer wieder betont dass mögliche negative sozioökonomische Auswirkungen beobachtet werden sollen, gesetzlich verbindliche Verhaltensvorschriften gibt es aber nur im Bezug auf den Umweltschutz und die ökologische Nachhaltigkeit der Produktion.

Auf Grund dieser mangelnden Vorschriften agieren die kapitalistischen Unternehmen daher nicht im Interesse der Landbevölkerung der Anbauregionen, sondern ausschließlich in ihrem eigenen.

Dies führt oft zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der Betroffenen, die sich von einschneidenden Veränderungen des Alltagslebens, über das Aussterben der Subsistenzwirtschaft bis hin zur Gefährdung der Ernährungssicherheit äußert. Auf alle Fälle aber führen diese Entwicklungen immer zu einer gezwungenen vollständigen Integration von teilweise naturalwirtschaftlich lebenden Agrargesellschaftsschichten in den kapitalistischen Warenmarkt.

Die Biokraftstoffpolitik der Europäischen Union fördert also nicht nur vermehrte Landnahmen zur Produktion agrarischer Rohstoffe, vielmehr trägt sie auch zur Zerstörung der letzten, auf Subsistenz aufgebauten, Gesellschaftsformen bei.

Mit dem *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen* erkennt die Europäische Kommission an, dass die aktuelle Art und Weise der Produktion von Biokraftstoffen starke Mängel aufweist und schlägt Maßnahmen vor, diese Mängel zu beheben und die negativen Auswirkungen der Verwendung und Produktion von Agrartreibstoffen zu minimieren. Zwar geht auch dieses Dokument, ebenso wie jene davor, nicht auf eine Gesetzgebung zur sozial

nachhaltigeren Produktion ein, dennoch wäre es eine Möglichkeit gewesen die Richtung in der sich die Europäische Union mit ihrer Biokraftstoffpolitik bewegt, zu ändern.

Mit der Abstimmung über den Änderungsvorschlag am 11. September 2013, schlägt das Europäische Parlament diese Möglichkeit allerdings aus.

Literaturverzeichnis:

ActionAid Tanzania (2009): Implication of Biofuel Production on Food Security in Tanzania. Research Report. Online Im Internet:
http://www.actionaid.org/sites/files/actionaid/implications_of_biofuels_in_tanzania.pdf
[Zugriff am: 01.10.2013]

ActionAid (2012): Fuel for thought. Addressing the social impacts of EU biofuels policies. Online im Internet:
http://www.actionaid.org/sites/files/actionaid/fuel_for_thought.pdf [Zugriff am: 01.10.2013]

Anseeuw, W.; Boche, M. et al. (2012): Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South. Analytical Report based on the Land Matrix Database Number 1, April 2012. The Land Matrix Partnership. Online im Internet:
http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20120427_report_land_matrix.pdf
[Zugriff am: 19.09.2013]

Attah, Noah Echa (o.J.): Agro- fuels in Africa: Tiptoeing in the Minefield of Hunger. Online im Internet: <http://www.nai.uu.se/ecas-4/panels/121-140/panel-131/Attah-Echa-full-paper.pdf> [Zugriff am: 10.10.2013]

BBC News Online (2007): Biofuels 'crime against humanity'. Online im Internet:
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7065061.stm> [Zugriff am: 15.08.2013]

Börnecke, Stephan; Beste, Andrea (2012): Die Ernte der Heuschrecken. Das weltweite Land Grabbing und die Verantwortung Europas. Eine Studie im Auftrag von Martin Häusling. Die Grünen. Europäische Freie Allianz. Online im Internet:
http://www.greens-ef.eu/fileadmin/dam/Documents/Studies/201_BroschuereLandgrabbing_Download.pdf
[Zugriff am: 11.10.2013]

Cotula, L., Dyer, N. et al. (2008): Fuelling Exclusion? The Biofuels Boom and Poor People's Access to Land. London: International Institute for Environment and

Development (IIED). Online im Internet: <http://pubs.iied.org/pdfs/12551IIED.pdf>
[Zugriff am: 03.09.2013]

Deininger, Klaus; Byerlee, Derek et al. (2011): Rising Global Interest in Farmland: Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? The World Bank's Agriculture and Rural Development publication series. Online im Internet:
http://siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW_Sept7_final_final.pdf
[Zugriff am: 19.09.2013]

Deppe, Frank; Salomon, David; et al. (2011): Imperialismus. Köln: PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG

derStandard.at (2007): Jean Ziegler: Biodiesel ist "Verbrechen gegen Menschheit".
Online im Internet: <http://derstandard.at/3090264> [Zugriff am: 15.08.2013]

Diop, Demba; Blanco, Maria et al. (2013): Assessing the impact of biofuels production on developing countries from the point of view of Policy Coherence for Development – Final Report. Contract N° 2012/299193 FWC COM 2011 - Lot 1 – Studies and Technical Assistance in all Sectors. Online im Internet:
http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/biofuels_final_report_assessing_impact_of_eu_biofuel_policy_pcd_22022013_en.pdf [Zugriff am: 01.10.2013]

EU (o.J.): Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung. Online im Internet:
http://europa.eu/legislation_summaries/energy/renewable_energy/121061_de.htm
[Zugriff am: 04.02.2013]

EU (2003): Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor. Online im Internet: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:123:0042:0046:DE:PDF>
[Zugriff am: 01.05.2013]

EU (2009): Richtlinie 2009/28/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur

Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG.
Online im Internet: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=L:2009:140:0016:0062:de:PDF>
[Zugriff am: 01.05.2013]

EuropAfrica (2011): (Bio) Fueling Injustice? Europe's responsibility to counter climate change without provoking land grabbing and compounding food insecurity in Africa. The EuropeAfrica 2011 Monitoring Report on EU Policy Coherence for Food Security. Online Im Internet: <http://www.europafrika.info/en/publications/biofueling-injustice>
[Zugriff am: 02.10.2013]

European Biofuels Technology Platform (o.J.) a: Biodiesel in Europe. Online im Internet: <http://www.biofuelstp.eu/biodiesel.html> [Zugriff am: 01.04.2013]

European Biofuels Technology Platform (o.J.) b: Bioethanol use in Europe and globally Online im Internet: <http://www.biofuelstp.eu/bioethanol.html> [Zugriff am: 01.04.2013]

European Biofuels Technology Platform (o.J.) c: Biofuel Production. Advanced Biofuels. Online im Internet: <http://www.biofuelstp.eu/fuelproduction.html#second>
[Zugriff am: 01.04.2013]

Europäische Kommission (2001): Grünbuch – Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Online im Internet: <http://www.uni-mannheim.de/edz/pdf/kom/gruenbuch/kom-2000-0769-de.pdf> [Zugriff am: 01.05.2013]

Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission. Aktionsplan für Biomasse. Online im Internet: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0628de01.pdf [Zugriff am: 01.05.2013]

Europäische Kommission (2006): Mitteilung der Kommission. Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe. Online im Internet:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0034:FIN:DE:PDF>
[Zugriff am: 28.04.2013]

Europäische Kommission (2011): Commission Staff Working Paper. Key facts and figures on the external dimension of the EU energy policy. Accompanying document to the Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: On security of energy supply and international cooperation - "The EU Energy Policy: Engaging with Partners beyond Our Borders". Online im Internet:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52011SC1022:EN:NOT>
[Zugriff am: 24.04.2013]

Europäische Kommission (2012): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Online im Internet:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/doc/biofuels/com_2012_0595_de.pdf
[Zugriff am: 24.05.2013]

Europäische Kommission (2013): Energiepolitik: Herausforderungen und Maßnahmen. Beitrag der Kommission zur Tagung des Europäischen Rates am 22. Mai 2013. Online im Internet: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/energy2_de.pdf [Zugriff am: 24.05.2013]

Europäisches Parlament (2013) a: Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. September 2013 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (COM(2012)0595 – C7-0337/2012 – 2012/0288(COD)). Online im Internet:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0357+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> [Zugriff am: 10.11.2013]

Europäisches Parlament (2013) b: Pressemitteilung: Europäisches Parlament befürwortet Umstellung auf fortschrittliche Biokraftstoffe. Online im Internet: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130906IPR18831/html/Parlament-bef%C3%BCrwortet-Umstellung-auf-fortschrittliche-Biokraftstoffe> [Zugriff am: 29.10.2013]

EU Statistical Pocketbook (2012): transport in figures. Online im Internet: <http://ec.europa.eu/transport/facts-fundings/statistics/doc/2012/pocketbook2012.pdf> [Zugriff am: 26.03.2013]

Eurostat Glossary (o.J.): Biofuels. Online im Internet: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Biofuels [Zugriff am: 27.03.2013]

Exner, Andreas (2011): Studie „Save our Surface“ im Auftrag des Österreichischen Klima- und Energiefonds. Teilbericht 4a: Ökologische und soziale Folgen der Biomasseproduktion für energetische Zwecke. Die Situation in (potenziellen) Exportländern mit Fokus auf den globalen Süden und dem Fallbeispiel Tanzania. Arbeitspaket 2 – Globale und regionale Rahmenbedingungen. Online im Internet: http://www.umweltbuero.klagenfurt.at/sos/wpcontent/uploads/Teilbericht_4a_Biomasse_Exner_Schlussversion.pdf [Zugriff am: 02.10.2013]

FOCUS Online (2012): Interview mit dem Soziologen und Aktivisten Jean Ziegler: Biosprit ist „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Online im Internet: http://www.focus.de/wissen/klima/erneuerbare-energien/interview-mit-dem-soziologen-und-aktivisten-jean-ziegler-biosprit-produktion-ist-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit_aid_845750.html [Zugriff am: 16.08.2013]

Franco, Jennifer; Levidow, Les et al. (2010): Assumptions in the European Union biofuels policy: frictions with experiences in Germany, Brazil and Mozambique. In:

The Journal of Peasant Studies, Nr.4, 661-698

Friedmann, Harriet (1982): The political economy of food: the rise and fall of the postwar international food order. In: American Journal of Sociology, Supplement: Marxist Inquiries: Studies of Labor, Class, and States, 248-286

Friedmann, Harriet; McMichael, Philip (1989): Agriculture and the state system. The rise and decline of national agricultures, 1870 to the present. In: Sociologia Ruralis, Nr.2, 93-118

Fritz, Thomas (2007): Das Grüne Gold. Welthandel mit Bioenergie – Märkte, Macht und Monopole. Berlin: FCDL-Verlag.

Galtung, Johan (1969): Violence, Peace and Peace Research. In: Journal of Peace Research Nr.3, 167-191

Galtung, Johan (1971): A Structural Theory of Imperialism. In: Journal of Peace Research Nr.2, 81-117

GRAIN (2007) a: Corporate power: Agrofuels and the expansion of agribusiness. In: Seedling- July 2007, 10-25. Online im Internet: <http://www.grain.org/article/entries/598-corporate-power-agrofuels-and-the-expansion-of-agribusiness> [Zugriff am: 19.09.2013]

GRAIN (2007) b: The new Scramble for Africa. In: Seedling- July 2007, 36-45. Online im Internet: <http://www.grain.org/article/entries/606-the-new-scramble-for-africa> [Zugriff am: 21.09.2013]

GRAIN (2011): Pension funds: key players in the global farmland grab. In: Against the grain. Online im Internet: <http://www.grain.org/article/entries/4287-pension-funds-key-players-in-the-global-farmland-grab> [Zugriff am: 20.09.2013]

GTZ (2005): Liquid Biofuels for Transportation in Tanzania. Potential and Implications for Sustainable Agriculture and Energy in the 21st Century. Online im Internet:

<http://www.tatedo.org/files/publications/Research%20And%20Studies/biofueltransport.pdf> [Zugriff am: 12.10.2013]

Hands of the Land (o.J): The European Union and the Global Land Grab. Online im Internet: <http://www.fian.at/assets/europeanunionandthegloballandgrab-a5.pdf> [Zugriff am: 01.10.2013]

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg: VSA-Verlag

Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge, London: Harvard University Press.

Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich, 279- 307

Houtart, François (2010): Agrofuels. Big Profits, Ruined Lives and Ecological Destruction. London, New York: Pluto Press

IEA (2012): World Energy Outlook 2012. Zusammenfassung. German Translation. Online im Internet: <http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/German.pdf> [Zugriff am: 03.04.2013]

Kaphengst, Timo; Wunder, Stephanie; Timeus, Krista (2012): The Social Dimension of EU Biofuel Policy. Ecologic Briefs. Online im Internet: <http://www.ecologic.eu/files/projects/2013/the%20social%20dimension%20of%20eu%20biofuel%20policy.pdf> [Zugriff am: 08.11.2013]

Katzenstein, Robert (1973): Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, 1-16. http://www.robert-katzenstein.de/pdfs/Zur_Theorie_Des_Staatsmonoplistischen_Kapitalis.pdf [Zugriff: 25.01.2013] (Ursprünglich erschienen in: Probleme des Klassenkampfes Nr.8/9, 1973, 1-16)

Kisker, Klaus Peter (1999): Kapitalkonzentration, Monopolisierung, Monopoltheorie-
theoriegeschichtliche und aktuelle Aspekte, 1-13. Online im Internet:

[http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/wirtschaftspolitik-
geschichte/kisker/texte/Konzentration.pdf](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/wirtschaftspolitik-geschichte/kisker/texte/Konzentration.pdf) [Zugriff: 25.01.2013] (Ursprünglich
erschieden in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr.39, September 1999)

Kleinhanß, Werner; Junker, Franziska Julia (2012) : Analyse und
Abschätzung des Biomasse-Flächennutzungspotenzials, Arbeitsberichte aus der VTI-
Agrarökonomie, No. 03/2012. Online im Internet: [http://nbn-
resolving.de/urn:nbn:de:gbv:253-201207-dn050400-7](http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:253-201207-dn050400-7) [Zugriff am: 01.10.2013]

Klima-und-Umweltschutz.de (o.J.): Klimawandel- Ursachen und Maßnahmen. Online
im Internet: <http://www.klima-und-umweltschutz.de/klimawandel.html> [Zugriff am
20.09.2013]

Lawrence, Robert Z. (2010): How Good Politics Results in Bad Policy:
The Case of Biofuel Mandates. Discussion Paper 2010-10. Belfer Center for Science
and International Affairs; CID Working Paper No. 200, Center for International
Development, Cambridge, Mass: Harvard University, 1-33

Lebensministerium (o.J.): Biokraftstoffe im Überblick. Online im Internet:
[http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/verkehr-
laermschutz/alternatkraftstoffe/bioksueberblick.html](http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/verkehr-laermschutz/alternatkraftstoffe/bioksueberblick.html) [Zugriff am: 01.04.2013]

Lebensministerium (2012): Biokraftstoffe im Verkehrssektor 2012. Zusammenfassung
der Daten der Republik Österreich gemäß Art. 4, Abs. 1 der Richtlinie 2003/30/EG für
das Berichtsjahr 2011. Online im Internet zum Downloaden:
[http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/verkehr-
laermschutz/kraftstoffe/biokraftstoffbericht.html](http://www.lebensministerium.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/verkehr-laermschutz/kraftstoffe/biokraftstoffbericht.html) [Zugriff am: 27.03.2013]

Leopold, Aaron (2011): The Changing Constellation of Power and Resistance in the
Global Debate over Agrofuels. The Global Governance Institute; GGI Analysis No 1/
2011

Luxemburg, Rosa (1970): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Archiv sozialistische Literatur 1. Vierte Auflage. Frankfurt: Verlag Neue Kritik

Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic, Social and Cultural Rights/ Die Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staaten Pflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. (2012)
Online im Internet: [http://www.etoconsortium.org/nc/en/library/maastricht-principles/?tx_drblob_pi1\[downloadUid\]=62](http://www.etoconsortium.org/nc/en/library/maastricht-principles/?tx_drblob_pi1[downloadUid]=62) [Zugriff am: 12.10.2013]

Matondi, Prosper B.; Havnenik, Kjell et al. (2011): Introduction: biofuels, food security and land grabbing in Africa. In: Matondi, Prosper B.; Havnevik, Kjell; Beyene, Atakilte (Hg.): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. London, New York: Zed Books, 1- 19

Matondi, Prosper B.; Mutopo Patience (2011): Attracting foreign direct investment in Africa in the context of land grabbing for biofuels and food security. In: Matondi, Prosper B.; Havnevik, Kjell; Beyene, Atakilte (Hg.): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. London, New York: Zed Books, 68-89

McMichael, Philip (2009) a: A food regime genealogy. In: The Journal of Peasant Studies, Vol. 36, Nr.1, 139-169

McMichael, Philip (2009) b: Food sovereignty, social reproduction, and the agrarian question. In: Akram-Lodhi, A.H; Kay, C. (Hg.): Peasants and globalization. Political economy, rural transformation and the agrarian question. London: Routledge, 288-311

McMichael, Philip (2010): Agrofuels in the food regime. In: The Journal of Peasant Studies, Vol. 27, Nr.4, 609-629

McMichael, Philip (2012): The land grab and corporate food regime restructuring. In: The Journal of Peasant Studies, Vol. 39:3-4, 681-701

Ratner, Michael; Belkin, Paul et al. (2013): Europe's Energy Security: Options and Challenges to Natural Gas Supply Diversification. CRS Report for Congress. Congressional Research Service. Online im Internet zum Downloaden: <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R42405.pdf> [Zugriff am: 02.05.2013]

Skarstein, Rune (2011): Peak oil and climate change: triggers of the drive for biofuel production. In: Matondi, Prosper B.; Havnevik, Kjell; Beyene, Atakilte (Hg.): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. London, New York: Zed Books, 60-67

Sulle, Emmanuel; Nelson, Fred (2009): Biofuels, land access and rural livelihoods in Tanzania. London: International Institute for Environment and Development (IIED). Online im Internet: <http://pubs.iied.org/pdfs/12560IIED.pdf> [Zugriff am: 12.09.2013]

ten Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH

The Oakland Institute (2011): Understanding Land Investment Deals in Africa. Country Report: Tanzania. Online im Internet: <http://www.oaklandinstitute.org/understanding-land-investment-deals-africa-tanzania> [Zugriff am: 01.09.2013]

The Oakland Institute (2012): Understanding Land Investment Deals in Africa. Tanzanian Villagers pay for Sun Biofuels Investment Disaster. Land Deal Brief September 2012
Online im Internet:
http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/OI_Land_Deals_Brief_Sun_Biofuels.pdf [Zugriff am: 19.10.2013]

UNCTAD (2007): Globalization for development: Opportunities and Challenges. Report of the Secretary-General of UNCTAD to UNCTAD XII. Online im Internet: unctad.org/fr/Docs/td413_en.pdf [Zugriff am: 01.10.2013]

Umweltbundesamt (o.J.) a: Energie der Zukunft. Online im Internet: <http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/energie/energietraeger/erneuerbareenergie/> [Zugriff am: 28.03.2013]

Umweltbundesamt (o.J) b: Kohlendioxid. Online im Internet:
<http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/treibhausgase/kohlendioxid/>
[Zugriff am: 29.09.2013]

van Teeffelen, Jasper (2013): Fuelling Progress or Poverty? The EU and Biofuels in Tanzania. Policy Coherence for Development in practice. Evert Vermeer Foundation. Online im Internet: <http://www.fairpolitics.nl/doc/Impact%20Study%20DEF.pdf>
[Zugriff am: 29.09.2013]

Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e.V. (2013): Ergebnisse der Abstimmung im Europäischen Parlament vom 11.9.2013. Online im Internet:
<http://www.biokraftstoffverband.de/index.php/detail/items/ergebnisse-der-abstimmung-im-europaeischen-parlament-vom-1192013.html> [Zugriff am: 28.10.2013]

von Grebmer, Klaus; Torero, Maximo; et al. (2011): Welthunger Index 2011. Herausforderung Hunger: Wie steigende und stark schwankende Nahrungsmittelpreise den Hunger verstärken. IFPRI, Concern Worldwide, Welthungerhilfe (Hg.). Bonn, Washington DC., Dublin. Online im Internet:
http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Mediathek/20110921_WHI-2011_final.pdf [Zugriff am: 12.10.2013]

von Grebmer, Klaus; Headey, Derek; et al. (2013): Welthunger- Index 2013. Herausforderung Hunger: Widerstandsfähigkeit stärken, Ernährung sichern. IFPRI, Concern Worldwide, Welthungerhilfe (Hg.). Bonn, Washington DC, Dublin. Online im Internet: <http://www.welthungerhilfe.de/ueber-uns/mediathek/whh-artikel/welthunger-index-2013.html> [Zugriff am: 12.10.2013]

Widengard, Marie (2011): Biofuel governance: a matter of discursive and actor intermesh. In: Matondi, Prosper B.; Havnevik, Kjell; Beyene, Atakilte (Hg.): Biofuels, land grabbing and food security in Africa. London, New York: Zed Books, 44-59

World Bank (2007): World development report. Agriculture for development 2008. Washington, DC: World Bank. Online im Internet:
<http://siteresources.worldbank.org/INTWDRS/Resources/477365->

1327599046334/8394679-1327614067045/WDROver2008-ENG.pdf [Zugriff am:
01.09.2013]

WWF Österreich (o.J.): Auswirkungen des Klimawandels. Online im Internet:
<http://www.wwf.at/de/menu471/> [Zugriff am 26.09.2013]

Anhang

Zusammenfassung

Schlüsselbegriffe: Biokraftstoffe, EU-Biokraftstoffpolitik, Imperialismustheorie, Food Regime Theorie, Land Grabbing, Afrika

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts sind Biokraftstoffe ein wesentlicher Bestandteil der EU- Energiepolitik. Sie werden als Waffe gegen den Klimawandel und die, durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger, immer näher rückende, Bedrohung der Energieknappheit präsentiert und gelten somit als Lösung zweier gewichtiger Probleme unserer Zeit.

Mit der Biokraftstoffrichtlinie aus dem Jahr 2003 wird eine verpflichtende Beimischung von Biokraftstoffen zu den regulären fossilen Kraftstoffen von 5,75 Prozent bis zum Jahr 2010 beschlossen.

Mit der Erneuerbaren- Energien- Richtlinie aus dem Jahr 2009 wird dieser Wert auf 10 Prozent angehoben. Eine Entwicklung, die sich neben der europäischen Energielandschaft vor allem auch auf den afrikanischen Kontinent auswirkt, der mit seinen weiten Landflächen im besonderen Ausmaß das Interesse der Investoren erweckt.

Im Laufe der Zeit wird aber immer deutlicher dass der Biokraftstoffboom zwei Seiten hat.

Neben dem Potential als Alternative für fossile Brennstoffe zu dienen, kann der, auf Pflanzen basierende Kraftstoff, aber auch verheerende Auswirkungen nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf das Leben der Landbevölkerung in den Anbauländern haben. Obwohl diese Gefahren heute bekannt sind, führt die EU ihre Biokraftstoffbestrebungen fort. In einer Abstimmung im September 2013 werden die Beimischungsziele zwar auf 6 Prozent heruntergesetzt, die allgemeine Richtung wird aber beibehalten.

Die vorliegende Diplomarbeit nähert sich dieser Problematik auf Basis der Imperialismustheorien Rosa Luxemburgs und David Harveys, sowie der Food Regime Theorie. Das Forschungsziel ist es dabei, zu untersuchen inwieweit das Vorgehen der Europäischen Union von imperialistischen Interessen geprägt ist.

Abstract

Keywords: Biofuels, EU biofuel policy, theory of imperialism, food regime theory, land grabbing, Africa

Since the beginning of the 21st Century, biofuels are an essential part of the EU energy policy. They are presented as weapon against climate change and the threat of energy shortage caused by the finite nature of fossil fuels and are therefore regarded as solution to two great problems of our time.

The Biofuels Directive of 2003 adopts a blending of biofuels of 5.75 percent by 2010. The Renewable Energy Directive from 2009 increases the target up to 10 percent. Beside the energy landscape of the European Union, this development has especially potent consequences for the african continent. With its vast areas of land the continent is the focus of interest for investors.

Over time, however, it is increasingly clear that the biofuel boom has two sides. Besides the potential to serve as an alternative to fossil fuels, the plant based fuel can also have devastating effects not only on the environment, but also on the lives of rural people in the producing countries. Although these dangers are known today, the EU continues its biofuel efforts. In a vote in September 2013, the blending targets are indeed lowered to 6 percent, but the general direction is maintained.

This thesis approaches this problem based on Rosa Luxemburg's and David Harvey's theories of imperialism and the food regime theory. The research goal is to investigate to what extent the approach of the European Union is dominated by imperialist interests.

CURRICULUM VITAE**Manuela Pichlmaier****Persönliche Daten**

Name: Manuela Pichlmaier

Geboren: 07. März 1988

Geburtsort: Leoben

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1994-1998	Volksschule	St.Michael
1998-2007	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium	Leoben
2007-2013 Wien	Studium Internationale Entwicklung	Universität

Praktika und ehrenamtliche Tätigkeiten

2010	Volunteertätigkeit XVIII	International Aids Conference
2010	Wien	
2011	Praktikum	Station Wien

Kontakt

Manuela Pichlmaier pichlmaier.manuela@gmail.com